



Statistische Rundschau Nordrhein Westfalen

Herausgeber

Landesamt
für Datenverarbeitung und Statistik
Nordrhein-Westfalen

12

Dezember 1993

Statistische Rundschau Nordrhein-Westfalen

45. Jahrgang · Dezember 1993

ISSN 0934-6767

Erscheinungsfolge: monatlich

Herausgeber:
Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik
Nordrhein-Westfalen

Hauptschriftleitung: Dr. Diemar Kühn
Redaktion: Udo Nockemann, Hans Lohmann

Jahresabonnement: 48,-DM, Einzelheft: 5,-DM

Bestellungen nehmen entgegen:

das Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik NRW,
Postfach 10 1105, 40002 Düsseldorf,
Mauerstraße 51, 40476 Düsseldorf
Fernruf: (02 11) 9449-01

sowie der Buchhandel.

Nachdruck, auch auszugsweise,
nur mit Quellenangabe gestattet

Bestell-Nr. Z 01 1 9312



Inhalt

Bauwirtschaft und Bautätigkeit	Bautätigkeit im Jahr 1992	597
	Auftragsbestand im Bauhauptgewerbe Ende September 1993	610
Produzierendes Gewerbe	Auftragseingänge in der Industrie im Oktober 1993	601
	Industrieproduktion im Oktober 1993	605
Geld und Kredit	Insolvenzen in den ersten drei Quartalen 1993	605
Preise	Preisindex für die Lebenshaltung im November 1993	606
	Baupreisindizes für Wohngebäude und Straßenbau im November 1993	618
Bildung	Altersstruktur der hauptamtlichen und hauptberuflichen Lehrer an berufsbildenden Schulen und Kollegschen	607
Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen	Der Wirtschaftszweig Mineralölverarbeitung in der regionalen Sozialproduktsberechnung	611
Bevölkerung	Reiseverhalten der Haushalte 1992/93	618
	Tabellenteil	619
	Zahlenspiegel	627

Zentrale Information und Beratung  (02 11) 9449-2495/2525

Zeichenerklärung

(nach DIN 55 301)

- 0 weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
- nichts vorhanden (genau null)
- Zahlenwert unbekannt oder geheimzuhalten
- ... Zahlenwert lag bei Redaktionsschluß noch nicht vor
- () Aussagewert eingeschränkt, da der Wert Fehler aufweisen kann
- / keine Angabe, da der Zahlenwert nicht sicher genug ist
- X Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll
- p vorläufige Zahl
- r berichtigte Zahl

Abweichungen in den Summen erklären sich aus dem Runden der Einzelwerte.

Bautätigkeit im Jahr 1992

Baugenehmigungen

Wohnungsbau

Verbesserte steuerliche Rahmenbedingungen sowie Zinssenkungen bei Hypothekendarlehen haben sich 1992 zweifellos positiv auf die Entwicklung der Bautätigkeit ausgewirkt: Im Jahr 1992 wurde der Neubau von 33 266 Wohngebäuden mit insgesamt 76 981 Wohnungen von den nordrhein-westfälischen Bauaufsichtsbehörden genehmigt. Dies entsprach einer prozentualen Zunahme gegenüber dem Vorjahr von 7,6 % bei den Gebäuden und – wegen des höheren Anteils von Mehrfamilienhäusern – von fast 10,5 % bei den Wohnungen. Als Bauherren traten bei 69,2 % aller Bauvorhaben private Haushalte auf, der entsprechende Anteil bei den genehmigten Wohnungen lag – bedingt durch die größere Zahl von Eigenheimbauten – wesentlich niedriger (52,7 %), und der auf private Haushalte entfallende Kostenanteil erreichte 61,4 %. Für Unternehmen wurden entsprechende Anteile von 30,1 % bei den Gebäuden, 44,8 % bei den Wohnungen und 36,4 % bei den veranschlagten Baukosten ermittelt. Öffentliche Bauherren sowie Organisationen ohne Erwerbszweck hatten wie stets als Auftraggeber für den Wohnungsbau keine große Bedeutung.

Bei 23 317 der genehmigten Bauvorhaben (70,1 %) handelte es sich um Einfamilienhäuser, deren Bau ganz überwiegend von privaten Haushalten (71,1 %) geplant wurde; sie wollen ihre Eigenheime fast immer selbst nutzen (90,4 %). Die geplanten Einfamilienhäuser, deren Zahl sich gegenüber dem Vorjahr um 5,6 % erhöhte, sollten eine mittlere Wohnfläche von 129 m² aufweisen, 2 m² mehr als die in 1991 genehmigten Einheiten. Die dazugehörige Grundstücksfläche wurde im Durchschnitt mit 477 m² (1991: 478) angegeben. Die veranschlagten Kosten je Einfamilienhaus belie-

fen sich auf 289 000 DM (1991: 267 000 DM), dabei planten private Bauherren (308 000 DM je Gebäude) im Durchschnitt großzügiger als Unternehmen (243 000 DM je Gebäude). Allerdings entfiel auf die erstgenannte Bauherrngruppe auch ein wesentlich größerer Anteil freistehender Eigenheime.

Die Zahl der Genehmigungen für Zweifamilienhäuser (4 558) nahm gegenüber dem Vorjahr um rund 15,4 % zu, auch hier standen private Bauherren an erster Stelle (86,0 %). Rund die Hälfte beabsichtigt, das geplante Zweifamilienhaus später selbst zu nutzen. Die Wohnfläche je Wohnung wurde wie 1991 im Durchschnitt mit 98 m² angegeben, und pro Gebäude wurden Baukosten in Höhe von 417 000 DM (1991: 395 000 DM) kalkuliert. (Siehe Tabelle Seite 620.)

Für den Bau von Mehrfamilienhäusern wurden 1992 insgesamt 5 267 Genehmigungen erteilt, rd. ein Zehntel mehr als im Jahr zuvor (Wohnungen: +12,0 %). Bei fast der Hälfte der Bauvorhaben wurden die Genehmigungen von Unternehmen beantragt. An der Gesamtzahl der genehmigten Wohnungen bzw. an den gesamten Baukosten errechneten sich für diese Bauherrngruppe Anteile von 58,6 % bzw. 57,6 %. Die 1992 genehmigten Wohnungen in Mehrfamilienhäusern waren im Durchschnitt kleiner als in 1991, wie sich anhand der Wohnfläche je Wohnung von 70 m² (1991: 71 m²) ablesen läßt. Pro Gebäude waren wiederum durchschnittlich 8 Wohnungen vorgesehen. Die Kosten je Bauwerk wurden auf 1,1 Mill. DM veranschlagt (1991: 1,0 Mill. DM), womit sich durchschnittliche Baukosten je Wohnung von 137 000 DM (1991: 131 000 DM) errechneten.

Merklich zugenommen hat im Vergleich zum Vorjahr die Zahl der Genehmigungen für Wohngebäude mit Eigentumswohnungen (+19,3 %). Die Zahl der hier neu entstehenden Wohnungen lag 1992 rund ein Viertel höher als in 1991. Für den Bau einer Wohneinheit wurden dabei im Durchschnitt 139 000 DM (1991: 135 000 DM) veranschlagt; sie sollen über eine mittlere Wohnfläche von 73 m² (1991: 76 m²) verfügen.

Die geplanten Wohngebäude werden überwiegend in konventioneller Bauweise ausgeführt, lediglich bei 4,2 % ist Fertigteilbauweise vorgesehen. Bei insgesamt 94,8 % der Bauvorhaben war die Installation einer Zentralheizung geplant, dabei war Gas der bevorzugte Energieträger (84,7 %).

Durch Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden (Um-, An- oder Ausbaumaßnahmen), das waren insgesamt 10 153 Fälle (+7,8 %), sollen noch weitere 7 974 Wohnungen entstehen, was einer Zunahme gegenüber dem Vorjahr um fast ein Zehntel entsprach. Je Baumaßnahme wurde ein durchschnittlicher Kostenaufwand von 146 000 DM kalkuliert (1991: 114 000 DM).

Die Regionalsauswertung der Baugenehmigungsstatistik zeigt, daß besonders in den drei Regierungsbezirken Münster (+15,4 %), Detmold (+15,5 %) und Arnsberg (+17,1 %) die Bautätigkeit gegenüber dem Vorjahr erweitert werden soll. In den dichter besiedelten Regierungsbezirken Düsseldorf (+3,0 %) sowie Köln (+8,9 %) zeigt der Vergleich mit dem Vorjahr demgegenüber niedrigere Wachstumsraten, wenn auch hier mit 19 405 bzw. 21 443 Einheiten die höchste Zahl an neu zu errichtenden Wohnungen genehmigt wurde. Größere Unterschiede in der regionalen Entwicklung ergaben sich auch hinsichtlich der Gebäudearten. So schnellte die Zahl der Genehmigungen für Einfami-

Genehmigte Wohngebäude und Wohnungen 1991 und 1992 nach Gebäudeart und Verwaltungsbezirken						
Verwaltungsbezirk a = 1991 b = 1992 c = Veränderung 1992 gegenüber 1991 in %		Wohngebäude mit ... Wohnung(en)				Wohnungen insgesamt
		1	2	3 und mehr ¹⁾		
				Gebäude	Wohnungen	
Regierungsbezirke						
Düsseldorf	a	5 814	806	1 301	11 411	18 837
	b	5 628	870	1 375	12 037	19 405
	c	− 3,2	+ 7,9	+ 5,7	+ 5,5	+ 3,0
Köln	a	5 775	982	1 298	11 960	19 699
	b	6 065	1 117	1 445	13 144	21 443
	c	+ 5,0	+13,7	+11,3	+ 9,9	+ 8,9
Münster	a	4 146	727	720	5 194	10 794
	b	4 519	882	839	6 171	12 454
	c	+ 9,0	+21,3	+16,5	+18,8	+15,4
Detmold	a	2 757	571	672	4 442	8 341
	b	3 420	720	737	4 771	9 631
	c	+24,0	+26,1	+ 9,7	+ 7,4	+15,5
Arnsberg	a	3 585	865	905	6 677	11 992
	b	3 685	969	995	8 425	14 048
	c	+ 2,8	+12,0	+ 9,9	+26,2	+17,1
Nordrhein-Westfalen	a	22 077	3 951	4 896	39 684	69 663
	b	23 317	4 558	5 391	44 548	76 981
	c	+ 5,6	+15,4	+10,1	+12,3	+10,5

1) einschl. Wohnheimen

lien Häuser im Regierungsbezirk Detmold in die Höhe (+24,0 %), während die Bauaufsichtsbehörden im Regierungsbezirk Düsseldorf einen Rückgang meldeten (-3,2 %). Auch bei der Zahl der Genehmigungen für den Bau von Zweifamilienhäusern stand der Regierungsbezirk Detmold mit einem Zuwachs von 26,1 % an der Spitze, gefolgt vom Regierungsbezirk Münster mit 21,3 %. Die entsprechenden prozentualen Zunahmen der anderen Regierungsbezirke lagen zwischen 7,9 % und 13,7 %. Bei den Mehrfamilienhäusern wurde vor allem im Regierungsbezirk Münster ein deutlicher Anstieg (+ 16,5 %) im Vergleich zum Vorjahr verzeichnet. Auch in den anderen Regierungsbezirken lagen die Genehmigungszahlen hier höher als 1991, wobei wiederum im Regierungsbezirk Düsseldorf mit knapp 5,7 % die geringste Ausweitung festgestellt wurde.

Nichtwohnbau

Bei der Errichtung neuer Nichtwohngebäude zeigten sich die Bauherren zurückhaltender als beim Wohnungsbau: Im Jahr 1992 wurden bei den nordrhein-westfälischen Bauämtern insgesamt 4 805 Genehmigungen für den Bereich des Nichtwohnbaus erteilt, was einer Abnahme gegenüber 1991 um fast 9,8 % entsprach (-515). Die geplanten Vorhaben sollen insgesamt über einen Rauminhalt von 36,6 Millionen m³ (-1,9 %) und eine Nutzfläche von 5,8 Mill. m² (-1,2 %) verfügen. Allerdings wurden trotz rückläufiger Zahl der geplanten Nichtwohngebäude die hierfür veranschlagten Baukosten mit 8 122 Mill. DM (+14,1 %) weit höher angesetzt als im Jahr zuvor. Teilweise resultierte diese Kostensteigerung daraus, daß im Durchschnitt größere Projekte gebaut werden sollen. Der Rauminhalt je Ge-

bäude wurde 1992 mit durchschnittlich 7 621 m³ (1991: 7 019 m³) und die mittlere Nutzfläche mit 1 207 m² (1991: 1 104 m²) angegeben. Maßgeblich für den höheren Kostenansatz verantwortlich dürfte jedoch die allgemeine Verteuerung der Bauleistungen sein, was sich auch in den sehr deutlich gegenüber dem Vorjahr gestiegenen Kosten je m³ Rauminhalt von 222 DM bzw. je m² Nutzfläche von 1 400 DM (+16,2 % bzw. +15,5 % gegenüber 1991) ablesen läßt. (Siehe Tabelle Seite 620.)

Gemessen am veranschlagten Kostenaufwand der Bauwerke haben Unternehmen als Bauherren für den Nichtwohnbau die größte Bedeutung: Im Jahr 1992 belief sich der entsprechende Anteil auf 79,0 %. An zweiter Stelle standen öffentliche Bauherren (10,5 %), gefolgt von Organisationen ohne Erwerbszweck (6,6 %) und privaten Haushalten (4,0 %). Je nach Gebäudeart lassen sich jedoch Unterschiede erkennen. So entfallen z. B. auf öffentliche Bauherren bzw. Organisationen ohne Erwerbszweck bei der Planung von Anstaltsgebäuden (1992: 34,7 % bzw. 46,5 %) sowie bei sonstigen Nichtwohngebäuden (40,4 % bzw. 26,6 %) – hierzu zählen u. a. Schulen, Hochschulen, Kirchen, Sporthallen sowie Gebäude aus dem kulturellen Bereich – weitaus höhere Kostenanteile als bei anderen Gebäudearten.

Der größte Teil der 1992 genehmigten neu zu errichtenden Nichtwohngebäude zählte zu den nichtlandwirtschaftlichen Betriebsgebäuden, wozu z. B. Fabrik- und Werkstattgebäude, Handels- und Lagergebäude sowie Hotels und Gaststätten gehören. Im Jahr 1992 wurden hier für den Neubau 2 743 Genehmigungen erteilt, das waren 407 weniger als im Jahr zuvor (-12,9 %). Die geplante Nutzfläche reduzierte sich nicht ganz so stark

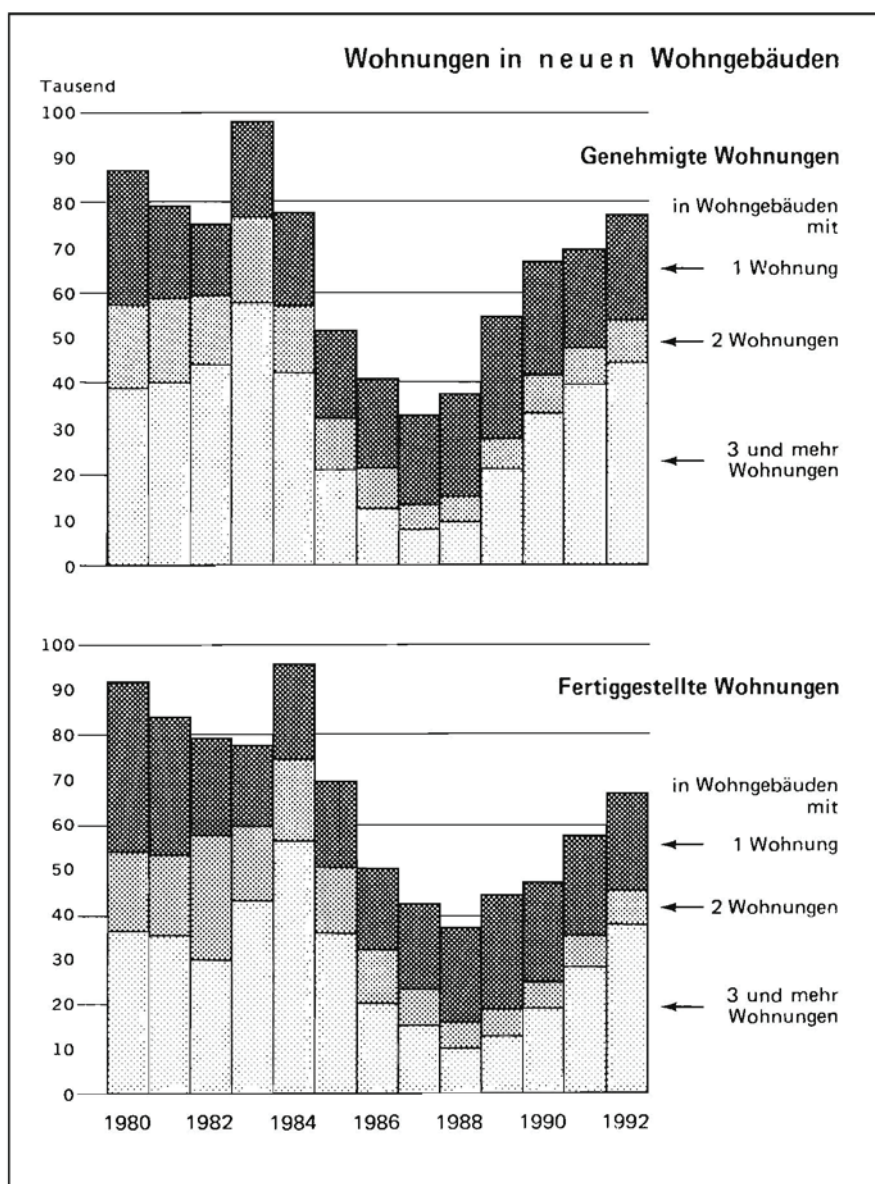
(-8,1 %) auf 3,618 Mill. m². Die aufzuwendenden Kosten wurden mit 4,0 Mrd. DM kalkuliert (+2,4 %).

Zahlenmäßig an zweiter Stelle standen die landwirtschaftlichen Betriebsgebäude, für die im betrachteten Jahr 883 Genehmigungen verzeichnet wurden, 91 weniger als im Vorjahr (-9,3 %). Die dazugehörige Nutzfläche lag bei 0,391 Mill. m² (-18,4 %). Gemessen an den veranschlagten Baukosten, die sich 1992 auf 208 Mill. DM beliefen (-9,7 %), fallen landwirtschaftliche Betriebsgebäude im Vergleich zu den anderen Gebäudearten am wenigsten ins Gewicht. Die zweithöchste Baukostensumme weisen in der Regel die Büro- und Verwaltungsgebäude auf (1992: 2,6 Mrd. DM; 1991: 1,8), für deren Neubau 1992 insgesamt 639 Genehmigungen (1991: 640) erteilt wurden. Dabei waren die in 1992 geplanten Projekte im Durchschnitt größer als im Vorjahr, die gesamte Nutzfläche nahm um fast 25,5 % auf 1,191 Mill. m² zu, was nicht ohne Auswirkungen auf die kalkulierten Baukosten blieb (2,6 Mrd. DM; +41,7 %).

Bei den sonstigen Nichtwohngebäuden nahm die Zahl der Genehmigungen (490) gegenüber dem Vorjahr nicht so stark ab (-2,8 %) wie bei den o. g. Gebäudearten. Die geplante Nutzfläche wurde mit insgesamt 0,437 Mill. m² (+5,1 %) angegeben, die hierfür angesetzten Baukosten lagen bei 922 Mill. DM (+1,3 %). Des weiteren wurde in 1992 noch der Neubau von 50 Anstaltsgebäuden genehmigt (1991: 52). Die Bauvorhaben waren wesentlich größer angelegt als im Jahr zuvor, was an der Zunahme der Nutzfläche um rd. 76,2 % auf 0,164 Mill. m² deutlich wird. Dies führte z. T. auch zu einem drastisch gestiegenen veranschlagten Kostenaufwand, der gegenüber 1991 um 72,3 % auf 397 Mill. DM zunahm.

Außer für die Errichtung neuer Nichtwohngebäude wurden 1992 noch 2 162 Genehmigungen für Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden erteilt. Hiermit verbunden war eine Kostensumme von 1,4 Mrd. DM, der Zugang bei der Nutzfläche belief sich auf rd. 1 Mill. m². Gegenüber 1991

wurde damit die Zahl der Baumaßnahmen an Nichtwohngebäuden um knapp 7,8 % reduziert, gleichwohl nahm der hierfür veranschlagte Kostenaufwand – nicht zuletzt wegen der größeren Nutzfläche (+4,6 %) – um fast 10,7 % zu. (Siehe Tabelle Seite 621.)



Genehmigte Wohn- und Nichtwohngebäude, Rauminhalt sowie veranschlagte Baukosten der Bauwerke insgesamt und im Fertigteilbau 1991 und 1992

Gebäudeart	Gebäude			Veranschlagte Baukosten der Bauwerke	
	insgesamt	mit Rauminhalt			
	Anzahl	1 000 m ³	%	1 000 DM	%
1991					
Wohngebäude zusammen	30 924	36 623	100,0	12 704 874	100,0
darunter im Fertigteilbau	1 344	1 156	3,2	405 296	3,2
Nichtwohngebäude zusammen	5 320	37 342	100,0	7 117 581	100,0
darunter im Fertigteilbau	1 958	17 728	47,5	2 270 801	31,9
Gebäude insgesamt	36 244	73 965	100	19 822 428	100
darunter im Fertigteilbau	3 302	18 884	25,5	2 676 097	13,5
1992					
Wohngebäude zusammen	33 266	40 025	100,0	14 726 078	100,0
darunter im Fertigteilbau	1 400	1 193	3,0	440 694	3,0
Nichtwohngebäude zusammen	4 805	36 620	100,0	8 122 146	100,0
darunter im Fertigteilbau	1 694	16 176	44,2	2 399 652	29,5
Gebäude insgesamt	38 071	76 645	100	22 848 224	100
darunter im Fertigteilbau	3 094	17 369	22,7	2 840 346	12,4

Auch bei den Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden spielen – gemessen an den veranschlagten Baukosten – Unternehmen als Bauherren die größte Rolle (69,9 %), öffentliche Bauherren haben hier jedoch vergleichsweise mehr Bedeutung als bei der Errichtung neuer Gebäude (19,2 %).

Die Fertigteilbauweise spielt beim Bau von Nichtwohngebäuden eine wesentlich größere Rolle als im Wohnungsbau. So sollen von den 1992 geplanten Nichtwohngebäuden 35,3 % in Fertigteilbauweise entstehen. Gemessen am Rauminhalt erlangte der Fertigteilbau einen Anteil von 44,2 %. Sowohl im Wohnungsbau als auch beim Bau von Nichtwohngebäuden nahm die Bedeutung des Fertigteilbaus jedoch gegenüber dem Vorjahr ab.

Baufertigstellungen

Wohnungsbau

Mit insgesamt 73 538 bezugsfertig gewordenen Wohnungen meldeten die nordrhein-westfälischen Bauämter für 1992 ein außergewöhnlich positives Ergebnis. Eine höhere Zahl fertiggestellter Wohnungen hatte es zuletzt im Jahr 1984 (98 985) gegeben. Gegenüber dem Vorjahr ergab sich wieder eine zweistellige Zuwachsrate (17,1 %). Dabei entstanden 66 756 Wohnungen durch den Neubau von insgesamt 30 363 Wohngebäuden, weitere 6 782 kamen aufgrund von 8 969 Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden hinzu.

Private Bauherren führten bei 69,7 % der Baumaßnahmen (Errichtung neuer Wohngebäude und Baumaßnah-

men an bestehenden Gebäuden) Regie, Unternehmen traten bei 29,4 % der Bauvorhaben als Auftraggeber auf. Auf öffentliche Bauherren sowie Organisationen ohne Erwerbszweck entfiel – wie bei den Baugenehmigungen – nur ein unbedeutender Anteil (1992: 1,0 %). (Siehe Tabelle Seite 621.)

Die veranschlagten reinen Baukosten aller beendeten Baumaßnahmen wurden mit 13,5 Mrd. DM angegeben, was einem Durchschnittswert von 183 000 DM je Wohnung (1991: 180 000 DM) entsprach.

Bei den neu errichteten Wohngebäuden handelte es sich in 21 672 Fällen um Einfamilienhäuser, deren Zahl damit gegenüber dem Vorjahr leicht abnahm (–363). Sie wiesen eine mittlere Wohnfläche von 127 m² (1991: 126 m²) auf und wurden mit einem Kostenaufwand von durchschnittlich 266 000 DM (1991: 253 000 DM) veranschlagt. In 64,3 % der Fälle waren private Bauherren die Auftraggeber. Die Zahl der fertiggestellten Zweifamilienhäuser belief sich 1992 auf 3 903 Einheiten, das waren 295 mehr als im Jahr zuvor. Auch hier wiesen die Wohnungen gegenüber den im Vorjahr bezugsfertig gewordenen Einheiten mit 98 m² (1991: 96 m²) im Durchschnitt etwas mehr Wohnfläche auf, was zum Teil auch die höheren Baukosten je Wohnung (1992: 197 000 DM; 1991: 186 000 DM) beeinflusst haben dürfte. Zweifamilienhäuser wurden zum ganz überwiegenden Teil (85,4 %) unter der Regie privater Bauherren fertiggestellt.

Die Forcierung des Mehrfamilienhausbaus hat sich im Jahr 1992 weiter fortgesetzt: Mit insgesamt 4 664 fertiggestellten Gebäuden wurde hier die höchste Zahl seit 1984 (6 350 Gebäude) verzeichnet. Gegenüber dem Vorjahr entsprach dies einer Steigerung von 27,4 % (+1 003 Gebäude).

Baufertigstellungen im Wohnbau (neue Gebäude) 1991 und 1992 nach Gebäudearten						
Merkmal	Einheit	Wohngebäude				
		mit ... Wohnung(en)			insgesamt ¹⁾	darunter in Fertigteil- bauweise
		1	2	3 und mehr		
1991						
Gebäude	Anzahl	22 035	3 608	3 661	29 443	1 144
	%	74,8	12,3	12,4	100	3,9
Wohnungen	Anzahl	22 035	7 216	27 057	57 068	1 641
	%	38,6	12,6	47,4	100	2,9
Wohnfläche	1 000 m ²	2 774	691	1 956	5 456	156
	%	50,8	12,7	35,9	100	2,9
Veranschlagte Kosten des Bauwerkes	1 000 DM	5 573 939	1 343 294	3 355 135	10 428 598	323 161
	%	53,4	12,9	32,2	100	3,1
1992						
Gebäude	Anzahl	21 672	3 903	4 664	30 363	1 290
	%	71,4	12,9	15,4	100	4,2
Wohnungen	Anzahl	21 672	7 806	36 013	66 756	1 857
	%	32,5	11,7	53,9	100	2,8
Wohnfläche	1 000 m ²	2 750	764	2 589	6 156	188
	%	44,7	12,4	42,1	100	3,1
Veranschlagte Kosten des Bauwerkes	1 000 DM	5 759 983	1 540 576	4 759 069	12 250 521	398 964
	%	47,0	12,6	38,8	100	3,3

1) einschl. Wohnheimen

Die Zahl der Wohnungen nahm noch stärker zu, da die in 1992 errichteten Mehrfamilienhäuser im Durchschnitt mehr Wohnungen aufwiesen als 1991 (8 Wohnungen gegenüber 7 Wohnungen). Die Zahl der bezugsfertig gewordenen Wohnungen nahm damit gegenüber 1991 um 33,1 % zu. Die Wohnungen wiesen eine mittlere Wohnfläche von knapp 72 m² auf, etwas weniger als die im Jahr zuvor fertige-

stellten Einheiten (73 m²); dabei errechneten sich durchschnittliche Baukosten von 132 000 DM (1991: 124 000 DM). Wie bei den Baugenehmigungen waren auch bei den Baufertigstellungen in etwa der Hälfte aller Fälle Unternehmen die Bauherren.

Bei den fertiggestellten Einfamilienhäusern handelte es sich zu einem großen Teil um freistehende Einzel-

häuser (49,0 %). Jeweils etwa ein Viertel zählte zu den Doppelhäusern bzw. Reihenhäusern. Einfamilienreihenhäuser wiesen dabei mit einer durchschnittlichen Wohnfläche von 115 m² je Wohnung die niedrigsten durchschnittlichen Baukosten auf (216 000 DM je Gebäude). Von den fertiggestellten Zweifamilienhäusern war der überwiegende Teil (70,2 %) freistehend. Doppelhäuser (21,4 %) und Reihenhäuser (7,3 %) – auch hier mit durchschnittlich 334 000 DM der kostengünstigste Haustyp – waren nur in geringem Umfang vertreten. (Siehe Tabelle Seite 622.)

Auch Mehrfamilienhäuser wurden bevorzugt als Einzelhäuser errichtet (50,3 %), bei 22,5 % handelte es sich um Reihenhäuser, und der sonstige Haustyp war hier etwas stärker vertreten (14,8 %). Mehrfamilienhäuser waren am preisgünstigsten, wenn sie als Doppelhaus (845 000 DM) errichtet wurden. Auch die Kennziffer veranschlagte Baukosten je m² Wohnfläche, die je nach Gebäudeart und Haustyp schwankt, lag hier mit 1 796 DM am niedrigsten. Der höchste entsprechende Wert errechnete sich mit 2 216 DM je m² Wohnfläche bei freistehenden Einfamilienhäusern, was sicherlich auch auf die allgemein qualitativ höhere Ausstattung zurückzuführen sein dürfte.

Regional betrachtet hat das Ausmaß der Bautätigkeit – hier gemessen an der Zahl der bezugsfertig gewordenen Wohnungen – im Vergleich zum Vorjahr am stärksten in den Regierungsbezirken Köln (+27,3 %) und Arnsberg (+27,0 %) zugenommen. Aber auch die Regierungsbezirke Münster (+21,4 %) sowie Detmold (+11,9 %) schnitten relativ gut ab, wogegen in Düsseldorf (+2,3 %) vergleichsweise geringere Zuwachsraten zu verzeichnen waren. Während im Regierungsbezirk Köln besonders der Bau von Wohnungen in Mehrfamilienhäusern (+54,2 %) intensiviert

Auftragseingänge in der Industrie im Oktober 1993

Die Auftragseingänge der nordrhein-westfälischen Industrie waren im Oktober 1993 um 4 % niedriger als ein Jahr zuvor. Dabei ging die Inlandsnachfrage um 7 % zurück, während sich die Auslandsnachfrage um 5 % erhöhte.

Im Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe (-3 %) wurde der Rückgang bei den Inlandsorders (-7 %) durch einen gleichzeitigen Anstieg bei den Auslandsaufträgen (+5 %) abgemildert. Ähnlich war die Entwicklung im Investitionsgüter produzierenden Gewerbe (insgesamt -4 %; Inland -10 %; Ausland +9 %). Dagegen nahmen im Verbrauchsgüter produzierenden Gewerbe (-3 %) sowohl Inlandsbestellungen (-3 %) als auch Auslandsaufträge (-4 %) ab.

**Fertiggestellte Wohngebäude und Wohnungen 1991 und 1992
nach Gebäudearten und Verwaltungsbezirken**

Verwaltungsbezirk		Wohngebäude mit ... Wohnung(en)				Wohnungen insgesamt
		1	2	3 und mehr ¹⁾		
				Gebäude	Wohnungen	
a = 1991						
b = 1992						
c = Veränderung 1992 gegenüber 1991 in %						
Regierungsbezirke						
Düsseldorf	a	6 460	743	1 037	8 689	16 635
	b	5 655	686	1 145	9 997	17 024
	c	- 12,5	- 7,7	+ 10,4	+ 15,1	+ 2,3
Köln						
	a	5 527	859	865	7 049	14 294
	b	5 514	907	1 288	10 872	18 200
	c	- 0,2	+ 5,6	+ 48,9	+ 54,2	+ 27,3
Münster						
	a	3 827	631	586	3 825	8 914
	b	4 046	760	769	5 259	10 825
	c	+ 5,7	+ 20,4	+ 31,2	+ 37,5	+ 21,4
Detmold						
	a	2 844	624	603	3 650	7 742
	b	2 833	617	697	4 593	8 660
	c	- 0,4	- 1,1	+ 15,6	+ 25,8	+ 11,9
Arnsberg						
	a	3 377	751	709	4 604	9 483
	b	3 624	933	889	6 557	12 047
	c	+ 7,3	+ 24,2	+ 25,4	+ 42,4	+ 27,0
Nordrhein-Westfalen						
	a	22 035	3 608	3 800	27 817	57 068
	b	21 672	3 903	4 788	37 278	66 756
	c	- 1,6	+ 8,2	+ 26,0	+ 34,0	+ 17,0

1) einschl. Wohnheimen

wurde, trug im Regierungsbezirk Arnsberg der Bau von Wohnungen sowohl in Zweifamilienhäusern (+24,2 %) als auch in Mehrfamilienhäusern (+42,4 %) zum positiven Gesamtergebnis bei. Ähnlich verhielt es sich im Regierungsbezirk Münster. In den Regierungsbezirken Detmold und Düsseldorf gab es dagegen Rückgänge im Ein- und Zweifamilienhausbau, was aber durch den Zuwachs beim Bau von Wohnungen in Mehrfamilienhäusern wieder wettgemacht wurde.

Nichtwohnbau

Auch bei Fertigstellungen im Nichtwohnbau, d. h. sowohl bei der Errichtung neuer Gebäude als auch bei den Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden, ergab sich 1992 noch eine Zunahme, und zwar um 4,5 % auf insgesamt 7 186 Baumaßnahmen. Dabei wiesen die fertiggestellten Projekte insgesamt eine größere Nutzfläche als im Vorjahr auf (1992: 7,0 Mill. m²; 1991: 6,4 Mill. m²), so daß das Kosten-

volumen (9,0 Mrd. DM) deutlich über dem Vorjahresniveau lag (+15,9 %). Beim Nichtwohnbau stehen Unternehmen als Bauherren traditionell an erster Stelle, ihr Anteil belief sich 1992 auf 80,6 %. Die auf private Haushalte (8,0 %), öffentliche Bauherren (6,0 %) sowie Organisationen ohne Erwerbszweck (5,4 %) entfallenden Anteile nahmen sich demgegenüber vergleichsweise gering aus. Gemessen an den veranschlagten reinen Baukosten spielen öffentliche Bauherren mit 16,2 % allerdings eine etwas größere Rolle. Dies dürfte darauf zurückzuführen sein, daß – ähnlich wie bei den Organisationen ohne Erwerbszweck – ein großer Teil des Baus von sehr kostenintensiven Anstaltsgebäuden unter ihrer Regie erfolgte (29,9 %). (Siehe Tabelle Seite 623.)

Bei den in 1992 neu errichteten 5 051 Nichtwohngebäuden handelte es sich vor allem um nichtlandwirtschaftliche Betriebsgebäude. Hier wurden 2 946 Gebäude fertiggestellt, 43 mehr als im Jahr zuvor. Bei einer Nutzfläche von 4,0 Mill. m² (+7,9 %) und einem

Rauminhalt von 27,3 Mill. m³ wurden insgesamt 4,0 Mrd. DM (+7,7 %) in diesen Gebäudetyp investiert. Bei den landwirtschaftlichen Betriebsgebäuden gab es insgesamt 24 Fertigstellungen weniger als im Vorjahr (1992: 977 Gebäude). Gleichwohl erhöhte sich die veranschlagte Kostensumme bei nur geringfügig reduzierter Nutzfläche (431 000 m²; -1,8 %) sowie etwas größerem Rauminhalt (2,5 Mill. m³; +3,6 %) um insgesamt 9,1 %. Im Jahr 1992 wurde darüber hinaus der Bau von 579 Büro- und Verwaltungsgebäude (1991: 536 Gebäude) abgeschlossen. Nutzfläche und Rauminhalt lagen mit 1,0 Mill. m² bzw. 5,3 Mill. m³ nur etwas höher als im Vorjahr (2,5 % bzw. 3,6 %), die veranschlagten Baukosten wurden mit 2,2 Mrd. DM dagegen um 14,5 % höher angesetzt. Gegenüber 1991 wurden deutlich mehr sonstige Nichtwohngebäude (1992: 476; 1991: 393) ihrer Bestimmung übergeben. Die Projekte verfügten über eine Nutzfläche von 415 000 m² (+13,1 %) und einen Rauminhalt von 2,6 Mill. m³ (+34,7 %). Nicht nur die gegenüber 1991 höhere Zahl von Gebäuden, sondern auch der deutlich erhöhte Rauminhalt schlugen sich in den Kosten nieder, die mit rd. 1 Mrd. DM weit über dem Niveau des Vorjahres lagen (+83,5 %). Die sonstigen Nichtwohngebäude lagen damit – gemessen an den Kosten je m² Nutzfläche – mit 2 553 DM an der Spitze, gefolgt von den Anstaltsgebäuden mit 2 352 DM und den Bürogebäuden mit 2 196 DM. Die Zahl der 1992 fertiggestellten Anstaltsgebäude nahm wie die aller anderen Gebäudearten ebenfalls zu und lag bei 73 (1991: 49 Gebäude). Sie wiesen zusammen eine Nutzfläche von 147 000 m² (+67,0 %) und einen Rauminhalt von 768 000 m³ (+76,6 %) auf. Insgesamt wurde für ihren Bau eine Summe von 346 Mill. DM (+74,7 %) investiert. (Siehe Tabelle Seite 623.)

Über die Errichtung neuer Nichtwohngebäude hinaus wurden 1992

noch 2 135 Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden (Um-, Ausbauten und sonstige bauliche Veränderungen) beendet (+7,1 %). Hierfür wurden insgesamt knapp 1,1 Mrd. DM aufgewendet, ein Achtel des gesamten Kostenvolumens 1992 im Nichtwohnbau. Die dadurch zugewonnene Nutzfläche lag bei 959 000 m².

Auf Fertigteilbauten entfiel ein Anteil von 36,8 % (1991: 35,9 %). Besonders groß war die Bedeutung des Fertigteilbaus in der Gruppe der nichtlandwirtschaftlichen Betriebsgebäude bei den Fabrik- und Werkstattgebäuden (48,3 %) und den Handelsgebäuden einschl. Lagergebäuden (45,4 %), ferner bei den landwirtschaftlichen Betriebsgebäuden (36,2 %). Demgegenüber lagen die Anteile bei den Anstaltsgebäuden, den Büro- und Verwaltungsgebäuden sowie den sonstigen Nichtwohngebäuden weitaus niedriger, da diese vorwiegend in konventioneller Bauweise entstehen. Fertigteilbauweise wird bevorzugt bei größeren Projekten gewählt, wie sich an den vergleichsweise höheren Anteilen bei Rauminhalt (46,1 %) und Nutzfläche (43,0 %) ablesen läßt. Darüber hinaus spielen die kürzere Bauzeit sowie die geringeren Baukosten je m² Nutzfläche, die sich bei den in 1992 fertiggestellten Nichtwohngebäuden auf durchschnittlich 889 DM (konventioneller Bau: 1 626 DM) beliefen, bei der Entscheidung für den Fertigteilbau eine entscheidende Rolle. (Siehe Tabelle Seite 624.)

Abgänge von Gebäuden und Gebäudeteilen

Im Jahr 1992 meldeten die Bauaufsichtsbehörden insgesamt 2 820 Abgänge von Gebäuden und Gebäudeteilen im Wohn- und Nichtwohnbau, das waren 95 Abgänge weniger als im Vorjahr (Totalabgang von Bausubstanz oder Nutzungsänderung ganzer Gebäude zwischen Wohn- und Nichtwohnbau sowie umgekehrt). Hier-

Abgang von Gebäuden und Gebäudeteilen im Wohn- und Nichtwohnbau 1991 und 1992

Merkmal	1991		1992	
	Anzahl	%	Anzahl	%
Gebäude und Gebäudeteile insgesamt	2 915	100	2 820	100
darin befindliche Wohnungen in Wohn- und Nichtwohngebäuden	2 335	x	2 323	x
Räume in Wohnungen	9 653	x	8 943	x
darunter ganze Gebäude	2 829	97,0	2 728	96,7
davon Wohngebäude	903	31,9	873	31,0
darin befindliche Wohnungen	1 947	82,5	1 842	79,3
Nichtwohngebäude	1 926	68,1	1 855	68,0
darin befindliche Wohnungen	368	15,7	435	18,7

durch gingen 2 323 Wohnungen mit zusammen 8 943 Räumen verloren. Dabei waren die betroffenen Wohnungen 1992 im allgemeinen etwas kleiner als im Vorjahr, wie sich aus der durchschnittlichen Anzahl der Räume je Wohnung ablesen läßt (1992: 3,8; 1991: 4,1). In fast allen Fällen (96,7 %) wurde der Abgang ganzer Gebäude gemeldet, dabei lag die Zahl der von Abriß oder Nutzungsänderung betroffenen Nichtwohngebäude (1 855) – wie schon in den Vorjahren – weit höher als diejenige der Wohngebäude (873).

In weit mehr als der Hälfte aller Fälle, in denen ein Wohngebäude abgebrochen werden sollte, war die Errichtung eines neuen Wohngebäudes geplant (57,7 %). Die Schaffung von öffentlichen Verkehrs- oder Freiflächen wurde bei 17,2 % der Fälle als Abgangsursache angegeben. Dritt- bzw. vierthäufigster Zweck des Abgangs bei Wohngebäuden war die Errichtung eines neuen Nichtwohngebäudes (7,4 %) bzw. die Umwandlung in ein Nichtwohngebäude durch Nutzungsänderung (7,0 %). (Siehe Tabelle Seite 625.)

Bei den Nichtwohngebäuden wurde als häufigste Abgangsursache angegeben, daß ein neues Wohngebäude (18,2 %) oder Nichtwohngebäude

(21,6 %) errichtet werden sollte. Zweithäufigster Grund für den Abgang war die Umwandlung in ein Wohngebäude durch Nutzungsänderung (38,2 %), dies war vor allem bei kleineren Objekten der Fall. Bei 13,7 % der Gebäude sollte das Nichtwohngebäude zwecks Schaffung von öffentlichen Verkehrs- oder Freiflächen abgerissen werden.

Ergebnisse der Fortschreibung des Gebäude- und Wohnungsbestands

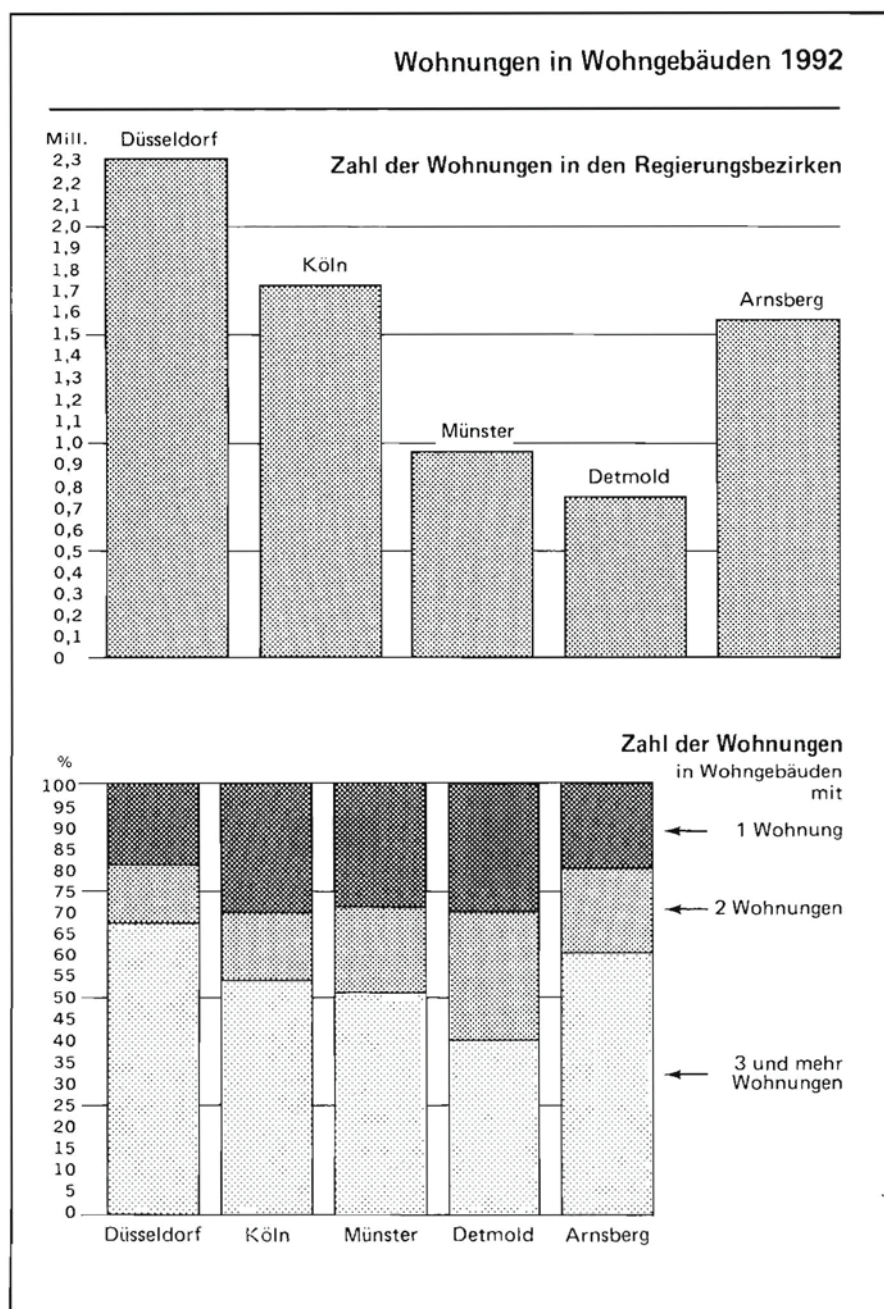
Die rege Bautätigkeit im Bereich des Wohnungsbaus schlug sich in den Ergebnissen der Bestandsfortschreibung für 1992 entsprechend nieder: Zum 31. 12. 1992 wurde ein Wohnungsbestand von insgesamt 7 442 743 Wohnungen (ohne Wohnungen in Gebäuden mit ganzer oder teilweiser Wohnheimnutzung) in Nordrhein-Westfalen ermittelt, was einem Zugang gegenüber dem Vorjahresstichtag um 72 406 Einheiten entsprach. Hiermit setzte sich die seit 1988 zu beobachtende kontinuierliche Bestandsmehrung fort (1992 gegenüber 1991: +1,0 %). (Siehe Tabelle Seite 625.)

Die höchste absolute Zunahme an Wohnungen in Wohn- und Nicht-

wohngebäuden (z. B. Hausmeisterwohnungen in Schulen u. ä.) wurde mit 19 519 Einheiten für den Regierungsbezirk Köln festgestellt, gefolgt vom Regierungsbezirk Düsseldorf mit 17 527 Einheiten sowie dem Regie-

rungsbezirk Arnsberg mit 13 763 Einheiten. Im Regierungsbezirk Münster kamen 11 768 durch Neubau oder Baumaßnahmen geschaffene Wohnungen hinzu, und im Regierungsbezirk Detmold wuchs der Wohnungs-

bestand um 9 829 Einheiten. Bezogen auf den Gesamtbestand wies der letztgenannte Regierungsbezirk mit 1,3 % die höchste und der Regierungsbezirk Düsseldorf mit 0,8 % die niedrigste Wachstumsrate beim Vorjahresvergleich auf. Seit dem Basisjahr 1986 hat sich damit der Wohnungsbestand in Nordrhein-Westfalen um 4,1 % erhöht, dabei war der Zuwachs in den Kreisen (+5,5 %) wegen der besseren Verfügbarkeit von Bauland stärker ausgeprägt als in den kreisfreien Städten (+2,6 %). Unter den Regierungsbezirken wies der Regierungsbezirk Münster (+5,3 %) die größte und der Regierungsbezirk Arnsberg (+3,3 %) die geringste Ausweitung des Wohnungsangebots im betrachteten Zeitraum aus. In absoluten Zahlen gemessen, kamen im Regierungsbezirk Düsseldorf seit 1986 die meisten Einheiten (81 547) und im Regierungsbezirk Detmold die wenigstens Einheiten (36 449) hinzu. (Siehe Tabelle Seite 625.)



Die Bestandsfortschreibung in der Unterteilung nach Gebäudearten läßt für 1992 gegenüber dem Vorjahr eine Zunahme bei den Einfamilienhäusern von insgesamt 19 094 Wohnungen erkennen, bei den Zweifamilienhäusern wuchs der Wohnungsbestand um 10 938 Einheiten, und die Zahl der in Mehrfamilienhäusern vorhandenen Wohnungen stieg um 40 451 Einheiten. Darüber hinaus kamen noch 1 923 Wohnungen in Nichtwohngebäuden hinzu. Damit lag zum Jahresende 1992 der Anteil der in Einfamilienhäusern befindlichen Wohnungen am Gesamtbestand – wie auch im Vorjahr – bei 24 %, für Zweifamilienhäuser bzw. Mehrfamilienhäuser errechneten sich entsprechende Anteile von 18 % bzw. 58 %. Bei dieser Verteilung zeigen sich deutliche regionale Unterschiede. Generell lag in den Kreisen der Anteil der Wohnungen in Mehrfamilienhäusern weitaus niedriger (41 %) als in den kreisfreien Städten (77 %).

Auch für 1992 errechnete sich nach Berücksichtigung der saldierten Zu- und Abgänge eine Durchschnittszahl von 4,3 Räumen je Wohnung. Rein rechnerisch teilten sich 2,4 Einwohner eine Wohnung, diese Kennziffer hat sich gegenüber den beiden Vorjahren nicht geändert, da Einwohnerzahlen und das Ausmaß der Bautätigkeit im gleichen Maße gewachsen sind. Ebenfalls unverändert geblieben ist die Kennziffer „Wohnfläche je Einwohner“ mit 34,8 m², aufgrund des höheren Anteils von Einfamilienhäusern liegt dieser Durchschnittswert in den Kreisen stets höher als in den kreisfreien Städten (1992: 35,5 m² gegenüber 34,0 m²).

Die Aufgliederung des Wohnungsbestandes nach Anzahl der Räume zeigt, daß der überwiegende Teil der Wohnungen (68 %) 4 und mehr Räume (einschl. Küchen) aufweist. Knapp ein Fünftel aller Wohnungen verfügt über

insgesamt 3 Räume, der Anteil der Wohnungen mit zwei Räumen bzw. einem Raum ist dagegen mit lediglich 6 % bzw. 2 % im Landesdurchschnitt vergleichsweise gering. Etwas mehr Bedeutung haben kleinere Wohnungen lediglich in großstädtisch geprägten Regierungsbezirken wie z. B. in den Regierungsbezirken Düsseldorf oder Köln, die dementsprechend bei den größeren Wohnungen unterdurchschnittliche Anteile aufweisen. (Siehe Tabellen Seite 626.)

Die Bestandsfortschreibung der Wohngebäude weist für 1992 einen Zugang von 30 039 Einheiten gegenüber dem Vorjahr auf. Von den 3,1 Millionen Wohngebäuden zählten knapp 1,8 Millionen zu den Einfamilienhäusern, 659 000 zu den Zweifamilienhäusern und 709 000 zu den Mehrfamilienhäusern. Die Eigenheimquote (Anteil der Ein- und Zweifamilienhäuser am Gesamtbestand

der Wohngebäude) reichte von 70 % im Regierungsbezirk Düsseldorf bis hin zu 85 % im Regierungsbezirk Detmold (Landesdurchschnitt: 77 %). (Siehe Tabelle Seite 626.)

Im Durchschnitt verfügte eine Wohnung über 82 m² Wohnfläche (kreisfreie Städte: 73 m²; Kreise 91 m²). Bei Einfamilienhäusern wurden 118 m², bei Zweifamilienhäusern 84 m² und bei mehrgeschossigen Wohngebäuden 67 m² durchschnittliche Wohnfläche ermittelt. Im Regierungsbezirk Detmold wurden unabhängig von der Gebäudeart die jeweils größten Kennziffern dieser Art festgestellt, im Regierungsbezirk Düsseldorf wiesen die Wohnungen bei allen Gebäudearten im Vergleich zu den anderen Regierungsbezirken die jeweils niedrigste durchschnittliche Wohnfläche je Wohnung auf. ■

Insolvenzen in den ersten drei Quartalen 1993

Die Zahl der Insolvenzen in Nordrhein-Westfalen hat deutlich zugenommen: in den ersten drei Quartalen dieses Jahres wurden bei den Amtsgerichten im Lande 3 719 Anträge auf Eröffnung eines Konkurs- oder Vergleichsverfahrens gestellt, gut ein Fünftel (22,1 %) mehr als im entsprechenden Vorjahreszeitraum. Rund drei Viertel dieser Insolvenzen betrafen Unternehmen (2 823 Fälle); hier betrug die Steigerungsrate 24,4 %, während sie bei den übrigen Gemeinschuldern (896 Fälle) 15,2 % ausmachte. Die von den Gläubigern angemeldeten Forderungen summierten sich auf 2,6 Milliarden DM (zum Vergleich: Jan. – Sept. 1992 2,0 Milliarden DM).

Die Zunahme der Unternehmensinsolvenzen war in allen Branchen zu beobachten: Im Handel wurden 732 Insolvenzfälle registriert (+25,1 %), im Bereich „Dienstleistungen von Unternehmen und freien Berufen“ 710 (+13,6 %), im Baugewerbe 592 (+26,2 %) und im Verarbeitenden Gewerbe 513 (+28,6 %). Am häufigsten waren „jüngere“ Unternehmen betroffen; fast vier Fünftel der insolventen Unternehmen (79 %) hatten zum Zeitpunkt ihres Zusammenbruchs noch keine acht Jahre bestanden.

Industrieproduktion im Oktober 1993

Die nordrhein-westfälische Industrie (Verarbeitendes Gewerbe einschl. Bergbau) produzierte im Oktober dieses Jahres 3 % weniger als ein Jahr zuvor. Der Rückgang beruhte vor allem auf Produktionseinbußen bei Investitionsgütern (–5 %) und einer Verringerung der Förderung im Bergbau (–14 %). In den übrigen Wirtschaftsbereichen verlief die Entwicklung günstiger: Während die Produktion im Verbrauchsgütersektor um 1 % abnahm, konnte bei der Herstellung von Grundstoff- und Produktionsgütern das Vorjahresniveau erreicht und bei der Herstellung von Nahrungs- und Genussmitteln ein um 5 % höheres Ergebnis erzielt werden als vor einem Jahr.

Preisindex für die Lebenshaltung im November 1993

Der Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte ist in Nordrhein-Westfalen seit vorigem **Monat** (Mitte November/Mitte Oktober) um 0,3 % auf 119,3 Punkte gestiegen (Basis 1985 = 100); gegenüber dem **Vorjahr** (November 1992) beträgt die Indexveränderung +3,4 %. Dies ist die niedrigste für Jahresabstände berechnete Teuerungsrate seit 14 Monaten (Sept. 1992); im Oktober hatte der Preisanstieg noch bei +3,7 % gelegen.

Der deutliche Rückgang der Inflationsrate von Oktober auf November ist darauf zurückzuführen, daß sich der Preisindex im gleichen Zeitraum des Vorjahres überdurchschnittlich erhöht hatte (Nov./Okt. 1992: +0,5 %, 1993: +0,3 %; sog. Basiseffekt). Dennoch blieben Preisauftriebskräfte bis zuletzt (Nov./Okt. 1993) vor allem bei Dienstleistungen (+0,5 %) und Wohnungsmieten (+0,3 %) spürbar; jahreszeitlich bedingt verteuerten sich auch Nahrungsmittel deutlich (+0,3 %). Dagegen blieben, anders als im gleichen Zeitraum des Vorjahres, die Preise für Heizöl und Kraftstoffe insgesamt seit Mitte Oktober stabil (Nov./Okt. 1992: +1,8 %, 1993: ±0 %).

Für die ersten elf Monate 1993 errechnet sich gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres eine durchschnittliche Veränderungsrate des Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte von +3,9 % (Januar bis November 1992/91: +4,0 %).

Für Vier-Personen-Haushalte von Arbeitern und Angestellten mit **mittlerem Einkommen** betrug die Indexveränderung gegenüber dem Vormonat +0,3 % (auf 118,9 Punkte) und in Jahresfrist +3,3 %, für Vier-Personen-Haushalte von Beamten und Angestellten mit **höherem Einkommen** (auf 120,4 Punkte) +0,2 % bzw. +3,4 % und für Zwei-Personen-Haushalte von Renten- und Sozialhilfeempfängern mit **geringem Einkommen** (auf 118,7 Punkte) +0,3 % bzw. +3,4 %.

Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte in NRW (Basis 1985 = 100) im November 1993 (Monatsmitte) Veränderungen der Hauptgruppen-Indizes und andere wichtige Preisveränderungen

Rangfolge*)	Hauptgruppe Gütergruppe Gut	Wägungs- anteil	Veränderung gegenüber		Indexstand
			Vormonat	gleichem Monat des Vorjahres	
		%	%		Punkte
	Gesamtpreisindex	1 000	+ 0,3	+ 3,4	119,3
	ohne Heizöl und Kraftstoffe	952,49	+ 0,2	+ 3,6	121,0
	ohne Saisonwaren ¹⁾	977,15	+ 0,3	+ 3,5	119,9
	ohne Dienstleistungen und Reparaturen (jedoch mit Wohnungs- und Garagennutzung)	750,29	+ 0,2	+ 2,8	115,5
	nur Dienstleistungen und Reparaturen (ohne Wohnungs- und Garagennutzung)	249,71	+ 0,5	+ 5,3	131,0
	nur Heizöl und Kraftstoffe	47,51	–	– 1,0	85,3
1	Güter für die persönliche Ausstattung, Dienstleistungen des Beherbergungsgewerbes sowie Güter sonstiger Art	109,41	+ 1,0	+ 6,8	137,5
	Dienstleistungen der Versicherungen		+ 1,7	+ 8,8	145,0
2	Wohnungsmieten, Energie	250,29	+ 0,3	+ 3,9	117,6
	Wohnungsmieten		+ 0,3	+ 4,5	128,7
	Haushaltsenergie		–	+ 1,3	90,3
	Feste Brennstoffe (z. B. Kohle)		+ 0,5	+ 1,6	110,4
	Gas		+ 0,1	+ 3,1	82,9
	Heizöl		– 0,8	– 0,2	58,4
3	Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	229,89	+ 0,2	+ 1,9	113,0
	Nahrungsmittel zusammen		+ 0,3	+ 0,9	109,7
	saisonabhängige Nahrungsmittel		+ 1,3	+ 1,4	88,6
	Frischgemüse		+ 5,5	– 4,1	78,1
	Kopfsalat		+39,8	– 3,6	76,6
	Tomaten		+ 6,5	– 6,5	77,2
	Gurken		+ 5,7	– 2,7	78,2
	Frischfisch		+ 0,9	+ 3,5	143,9
	Frischobst		– 0,5	+ 5,6	84,7
	Weintrauben		+ 5,8	–12,1	60,2
	Apfel		– 0,7	+ 6,3	81,2
	Apfelsinen		– 6,0	– 1,7	82,6
	Kartoffeln		– 2,0	– 0,3	116,2
	sonstige Nahrungsmittel		+ 0,2	+ 0,9	112,6
	Milch, Eier, Butter, Fette, Öle		+ 0,2	+ 0,7	107,4
	Getränke, Tabakwaren		–	+ 2,5	114,7
	Tafelwasser, Fruchtsäfte, Erfrischungsgetränke		– 0,2	+ 2,2	127,2
	Kaffee		– 0,3	– 0,6	65,8
	Verzehr in Gaststätten und Kantinen		+ 0,2	+ 3,6	122,3
4	Güter für Bildung, Unterhaltung, Freizeit	83,71	+ 0,2	+ 2,0	116,7
	Schnittblumen und Topfpflanzen		+ 2,8	– 0,6	99,4
	Phono- und Videogeräte		– 0,5	– 3,9	74,7
	Fernsehpfeiler		– 0,7	– 2,8	90,3
5	Möbel, Haushaltsgeräte und andere Güter für die Haushaltsführung	72,21	+ 0,2	+ 3,1	117,1
6	Bekleidung, Schuhe	69,47	+ 0,2	+ 3,3	119,8
7	Güter für die Gesundheits- und Körperpflege	40,99	+ 0,1	+ 4,2	119,8
8	Güter für Verkehr und Nachrichtenübermittlung	144,03	–	+ 3,3	121,0
	Kraftstoffe (Benzin, Diesel)		+ 0,3	– 1,3	99,3

*) Der Einfluß einer jeden Hauptgruppe auf die Gesamtindex-Veränderung wird hier aus dem Produkt der Veränderungsrate gegenüber dem Vormonat und dem Wägungsanteil berechnet: Rang 1 = größter preistreibender (bzw. geringster preisdämpfender) Einfluß; Rang 8 = geringster preistreibender (bzw. größter preisdämpfender) Einfluß. – 1) Kartoffeln, Frischgemüse, Frischobst einschl. Süßfrüchten, Frischfisch und Blumen

Altersstruktur der hauptamtlichen und hauptberuflichen Lehrer an berufsbildenden Schulen und Kollegschaften 1992

Der Altersaufbau der Lehrerschaft kann als Resultat von dynamisch ablaufenden demographischen und sozialen Prozessen, von politischen Entscheidungen und deren langfristigen Auswirkungen zwangsläufig nicht von homogener Struktur im Sinne einer Gleichverteilung sein. Zu vielfältig sind die Faktoren, die einer Entwicklung auf einen stationären Zustand hin entgegenstehen. Von Schuljahr zu Schuljahr verändert sich aufgrund von Zu- und Abgängen die personelle Zusammensetzung des Lehrerkreises und damit auch dessen Altersstruktur. Der Lehrbedarf¹⁾ läßt sich anhand der Entwicklung der Schülerzahlen, der politisch festgelegten Schüler-Lehrer-Relationen²⁾ und des Sonderbedarfs³⁾ kalkulieren. Der Vergleich der (zukünftigen) Entwicklung des Lehrbestands mit derjenigen des Lehrbedarfs gibt Aufschluß über einen möglichen Einstellungsbedarf. Die tatsächlichen Einstellungen für öffentliche Schulen erfolgen aber letztlich aufgrund der bereitgestellten Haushaltsmittel⁴⁾.

Aufgrund der demographischen Entwicklung erreichte die Schülerzahl an den berufsbildenden Schulen zu Beginn des Schuljahres 1985/86 mit 662 632 Schülern ihren bis dahin höchsten Wert. Danach ging sie ständig bis auf 461 951 im Jahre 1992 zurück. Dementsprechend wurden bis einschließlich 1985 den berufsbildenden Schulen (im folgenden immer ohne die Sonderschulen im berufsbildenden Bereich) per Saldo mehr Lehrer zugewiesen als abgingen, so daß

Hauptamtliche und hauptberufliche Lehrer*), Bestandsveränderungen und Schüler-Lehrer-Relationen am Schuljahresbeginn 1982 – 1992

Jahr	Berufsbildende Schulen				Kollegschaften			
	Lehrer	Veränderung gegenüber Vorjahr		Schüler je Lehrer	Lehrer	Veränderung gegenüber Vorjahr		Schüler je Lehrer
		Anzahl	%			Anzahl	%	
1982	19 165	x	x	33,2	1 508	x	x	26,9
1983	19 479	+314	+1,6	32,7	1 743	+235	+15,6	27,3
1984	20 086	+607	+3,1	32,5	1 917	+174	+10,0	26,8
1985	20 455	+369	+1,8	32,4	1 968	+51	+2,7	26,6
1986	20 164	-291	-1,4	31,7	2 225	+257	+13,1	26,5
1987	19 856	-308	-1,5	31,1	2 242	+17	+0,8	25,7
1988	19 652	-204	-1,0	30,1	2 193	-49	-2,2	25,2
1989	18 850	-802	-4,1	28,9	2 444	+251	+11,4	24,7
1990	18 294	-556	-2,9	28,0	2 658	+214	+8,8	23,8
1991	17 644	-650	-3,6	27,5	2 847	+189	+7,1	23,7
1992	17 135	-509	-2,9	27,0	3 038	+191	+6,7	24,0

*) einschließlich Lehrern, die abgeordnet sind oder wegen Krankheit bzw. Mutterschaft keinen Unterricht erteilen

sich der Bestand an hauptamtlichen und hauptberuflichen Lehrern auf 20 455 erhöhte. In den darauffolgenden Jahren wurde wegen der rückläufigen Schülerpopulation der Lehrbestand sukzessive wieder abgebaut (1992: 17 135 Lehrer; Abnahme gegenüber 1985: 16,2 %), und zwar in einem relativ geringeren Maße, als die Schülerpopulation abnahm (Rückgang von 1985 bis 1992: 30,3 %), so daß sich die Schüler-Lehrer-Relation im selben Zeitraum weiterhin von 32,4 auf 27,0 verbesserte.

Infolge der fortgesetzten Ausweitung des Kollegschaftsversuchs, die zahlenmäßig auch zu Lasten der berufsbildenden Schulen ging⁵⁾, stieg die Schülerzahl dieser Schulform im hier gewählten Betrachtungszeitraum (1982 – 1992) um 79,9 % auf 72 946 an. Gleichzeitig wurde die Zahl der hauptamtlichen und hauptberuflichen Lehrer von 1 508 auf 3 038 etwas mehr als verdoppelt. Diese Lehrer stammten z. T. von berufsbildenden Schulen, zumal die Kollegschaften überwiegend durch Konversion ehemaliger berufsbildender Schulen entstanden sind. Im Zeitraum 1985 – 1992 verloren die berufsbildenden Schulen ins-

gesamt 3 320 hauptamtliche/hauptberufliche Lehrkräfte (jeweils bezogen auf den Bestand zu Schuljahresbeginn), denen eine Erhöhung der Lehrerschaft bei den Kollegschaften um per Saldo 1 070 gegenüberstand.

Die Anpassung des Lehrbestandes an die rückläufigen Schülerzahlen der berufsbildenden Schulen, die unter Ausnutzen der natürlichen Fluktuation⁶⁾ (einschließlich der Möglichkeit, Lehrer zu anderen Schulformen zu

1) Vgl. z. B. Kirschbaum, Klaus: Lehrbedarf an berufsbildenden Schulen steigt weiter, Prognosen bis 2005 für berufsbildende Schulen und Kollegschaften, in: „der berufliche Bildungsweg“ (bbw), Nr. 2/93, S. 14 ff.

2) Interdependenzen zu den Klassenfrequenzrichtwerten, Stundentafeln und zum Lehrerpflichtstunden-soll sind bei der Festlegung zu beachten.

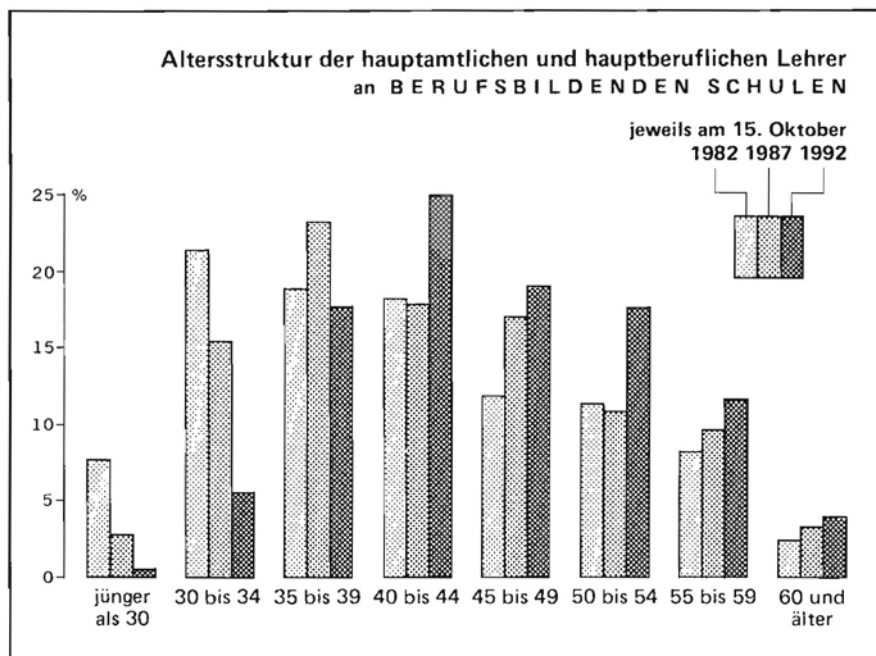
3) Unterrichtsmehrbedarf aufgrund von Aussiedlern und Ausländern, Ausgleichsbedarf für Stellenreserve, Arbeitszeitverkürzung (ab 1993 schon in den Schüler-Lehrer-Relationen berücksichtigt), Fachleiter- und Personalratstätigkeit, Fortbildungsmaßnahmen u. dgl.

4) Vgl. Kirschbaum, K.: a. a. O., S. 14.

5) So wurden z. B. aus drei berufsbildenden Schulen mit zusammen 7 841 Schülern am Schuljahresbeginn 1991/92 die drei neuen Kollegschaften des Jahres 1992/93 mit zusammen 7 687 Schülern gebildet.

6) Zum Beispiel traten von den im Zeitraum 16. 10. 1991 bis 15. 10. 1992 von berufsbildenden Schulen abgehenden Lehrern 245 (19,5 %) in den Ruhestand, schieden 139 (11,0 %) aufgrund von Dienst-, Erwerbs- oder Berufsunfähigkeit aus, verstarben 29 (2,3 %), wechselten 18 (1,4 %) in den Schuldienst eines anderen Bundeslandes, gingen 69 (5,5 %) für eine befristete Zeit sowie 396 (31,5 %) aus sonstigen Gründen ab. 363 Lehrer (28,8 %) wechselten innerhalb des Landes die Schule (d. h. wurden versetzt); von den 320 „Schulwechselern“ bei den öffentlichen Schulen (Daten werden in dieser Ausprägung für private Schulen nicht erhoben) waren 54 (16,9 %) auch „Schulformwechsler“. (Zugänge und Abgänge von schulforminternen Schulwechselern haben sich auf Landesebene bekanntlich rechnerisch auf.)

Hinweis: Für die öffentlichen Schulen beruhen die Daten zur Lehrerbewegung auf einer statistischen Auswertung der beim LDS NRW für das Kultusministerium geführten sog. „STD-Historikdatei“, die nur die aufgrund von verarbeiteten Stellendatei-Änderungsbelegen abgeschlossenen Lehrerbewegungs-fälle und somit – systembedingt – nur eine Teilmenge enthält. Für die privaten Schulen werden die Daten im Rahmen der Erhebung der „Ämtlichen Schuldaten“ (ASD) direkt bei den Schulen erfragt. Mithin ist die obige rechnerische Zusammenfassung der so gewonnenen, definitoren unterschiedlichen Daten methodisch nicht ganz korrekt.



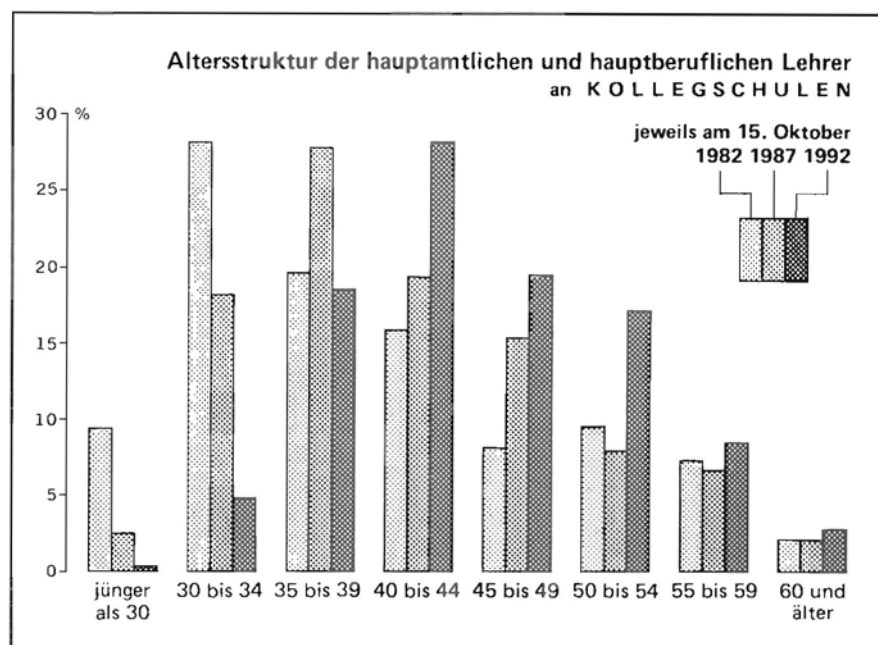
versetzen) sowie durch eine restriktive Personalpolitik bei den Neueinstellungen erfolgte, hat u. a. die Altersstruktur der hauptamtlichen/hauptberuflichen Lehrer in Richtung der höheren Altersgruppen verschoben. 1992 gehörten bereits 25,0 % der Lehrer an berufsbildenden Schulen bzw. 28,2 % der Kollegsullehrer zur am stärksten besetzten Altersgruppe der 40- bis 44jährigen. Fünf Jahre zuvor war die Altersgruppe der 35- bis 39jährigen noch die zahlenmäßig stärkste mit 23,2 % bzw. 27,8 % gewesen; und vor 10 Jahren gar hatten die 30- bis 34jährigen Lehrer die größte Gruppe mit 21,4 % bzw. 28,1 % ausgemacht. Die relative Bedeutung letztgenannter Altersklasse sowie die der unter 30jährigen Lehrer hat im Betrachtungszeitraum stark abgenommen (berufsbildende Schulen: von 21,4 % auf 5,5 % bzw. von 7,7 % auf 0,5 %; Kollegsulen: von 28,1 % auf 4,8 % bzw. von 9,4 % auf 0,3 %)⁷⁾. Andererseits waren die höheren Altersgruppen („45- bis 49jährige“ und folgende Altersklassen) i. d. R. relativ stärker besetzt als in den Vergleichsjahren 1987 und 1982. Infolgedessen ist eine steigende Tendenz beim Durchschnittsalter feststellbar. So betrug 1992 das Alter eines Lehrers an den berufsbildenden Schulen ebenso wie das eines Kollegsullehrers im Durchschnitt 45 Jahre. Die Lehrerinnen, die unter der Lehrerschaft der genannten Schulformen nur mit geringeren Anteilen (1992: 31,5 % bzw. 27,8 %) als bei den allgemeinbildenden Schulen (59,7 %) vertreten waren, hatten mit jeweils 43 Jahren ein um 3 resp. 2 Jahre geringeres Durchschnittsalter als ihre männlichen Kollegen von den berufsbildenden Schulen mit 46 Jahren bzw. von den Kollegsulen mit 45 Jahren.

7) Diese Entwicklung läßt sich nicht mit einem höheren Alter der neu eintretenden Lehrer aufgrund durchschnittlich längerer Studienzeiten erklären. Die Kandidaten für das Lehramt „Berufliches Schulwesen“ sind i. d. R. nach wie vor beim Ablegen der Ersten Staatsprüfung zwischen 28 und 30 Jahre alt.

Hauptamtliche und hauptberufliche Lehrer an berufsbildenden Schulen und an Kollegsulen am 15. 10. 1982, 1987 und 1992 nach Altersgruppen									
Jahr	Lehrer								
	insgesamt	davon im Alter von ... bis ... Jahren							
		unter 30	30 – 34	35 – 39	40 – 44	45 – 49	50 – 54	55 – 59	60 und mehr
berufsbildende Schulen									
Anzahl									
1982	19 165	1 469	4 110	3 613	3 487	2 255	2 191	1 576	464
1987	19 856	560	3 067	4 597	3 553	3 370	2 145	1 902	662
1992	17 135	92	949	3 037	4 285	3 264	3 019	1 816	673
%									
1982	100	7,7	21,4	18,9	18,2	11,8	11,4	8,2	2,4
1987	100	2,8	15,4	23,2	17,9	17,0	10,8	9,6	3,3
1992	100	0,5	5,5	17,7	25,0	19,0	17,6	10,6	3,9
Kollegsulen									
Anzahl									
1982	1 508	141	423	296	239	123	144	110	32
1987	2 242	55	418	623	432	344	176	147	47
1992	3 038	10	147	563	856	593	522	259	88
%									
1982	100	9,4	28,1	19,6	15,8	8,2	9,5	7,3	2,1
1987	100	2,5	18,6	27,8	19,3	15,3	7,9	6,6	2,1
1992	100	0,3	4,8	18,5	28,2	19,5	17,2	8,5	2,9
berufsbildende Schulen und Kollegsulen zusammen									
Anzahl									
1982	20 673	1 610	4 533	3 909	3 726	2 378	2 335	1 686	496
1987	22 098	615	3 485	5 220	3 985	3 714	2 321	2 049	709
1992	20 173	102	1 096	3 600	5 141	3 857	3 541	2 075	761
%									
1982	100	7,8	21,9	18,9	18,0	11,5	11,3	8,2	2,4
1987	100	2,8	15,8	23,6	18,0	16,8	10,5	9,3	3,2
1992	100	0,5	5,4	17,8	25,5	19,1	17,6	10,3	3,8

Der Anteil der 60jährigen und älteren Lehrer, der im Hinblick auf die Einstellungschancen der Bewerber für eine Lehrerplanstelle besonders interessiert, hat sich an den berufsbildenden Schulen von 4,1 % (bzw. 721 Lehrern) 1991 auf 3,9 % (bzw. 673 Lehrer) 1992 verringert; im längerfristigen Vergleich ist aber eine Zunahme der relativen Besatzungsstärke in dieser Altersklasse nicht zu übersehen. Bei den Kollegschaften ist die Zahl der Lehrer in dieser Altersgruppe (1992: 88 Lehrer) und damit auch der Anteil (2,9 %) größer geworden – sowohl im Vergleich zum Vorjahr (1991: 73 Lehrer bzw. 2,6 %) als auch langfristig (1982: 32 bzw. 2,1 %; 1987: 47 bzw. 2,1 %). Somit sind an den berufsbildenden Schulen und Kollegschaften relativ mehr Lehrer dieser Alterskategorie tätig als an den allgemeinbildenden Schulen (1991 und 1992: jeweils 2,0 %). Bis 1997 kann also wegen Erreichens der Altersgrenze mit dem Eintritt von mindestens rd. 750 hauptamtlichen/hauptberuflichen Lehrern und Lehrerinnen der berufsbildenden Schulen und der Kollegschaften aus dieser Altersgruppe in den Ruhestand gerechnet werden. Darüber hinaus ist zu erwarten, daß bis dahin aus demselben Grund wegen der für Frauen geltenden vorgezogenen Altersgrenze die Mehrzahl der 1992 zusammen 565 Lehrerinnen umfassenden Altersgruppe der 55- bis 59jährigen ausscheiden wird. Zusätzlich werden die übrigen Faktoren der natürlichen Fluktuation die Zahl der Lehrer in den meisten aktiven Altersjahrgängen tendenziell weiter verringern.

Die Altersstruktur der Lehrer mit „Lehramt an berufsbildenden Schulen“ bzw. mit „Lehramt für die Sekundarstufe II (mit beruflichen Fachrichtungen)“ und mit der Fachrichtung „Metalltechnik“, „Elektrotechnik“ oder „Wirtschaftswissenschaften“ (für diese Fachrichtungen wird ein vorrangiger Einstellungsbedarf gesehen)⁸⁾, von denen es im Jahre 1992 an



Hauptamtliche und hauptberufliche Lehrer mit dem Lehramt an berufsbildenden Schulen bzw. für die Sekundarstufe II (mit beruflicher Fachrichtung) 1992 nach Altersgruppen

Maßeinheit	Lehrer								
	insgesamt	davon im Alter von ... bis ... Jahren							
		unter 30	30 – 34	35 – 39	40 – 44	45 – 49	50 – 54	55 – 59	60 und mehr
berufsbildende Schulen									
Anzahl	11 298	36	468	1 574	3 107	2 320	2 105	1 207	481
%	100	0,3	4,1	13,9	27,5	20,5	18,6	10,7	4,3
darunter mit Fachrichtung 04, 11, 12 oder 60 ¹⁾									
Anzahl	8 200	20	252	991	2 434	1 791	1 576	822	314
%	100	0,2	3,1	12,1	29,7	21,8	19,2	10,0	3,8
Kollegschaften									
Anzahl	1 817	4	51	252	553	406	334	163	54
%	100	0,2	2,8	13,9	30,4	22,3	18,4	9,0	3,0
darunter mit Fachrichtung 04, 11, 12 oder 60 ¹⁾									
Anzahl	1 328	1	28	179	431	316	235	104	34
%	100	0,1	2,1	13,5	32,5	23,8	17,7	7,8	2,6
berufsbildende Schulen und Kollegschaften zusammen									
Anzahl	13 115	40	519	1 826	3 660	2 726	2 439	1 370	535
%	100	0,3	4,0	13,9	27,9	20,8	18,6	10,4	4,1
darunter mit Fachrichtung 04, 11, 12 oder 60 ¹⁾									
Anzahl	9 528	21	280	1 170	2 865	2 107	1 811	926	348
%	100	0,2	2,9	12,3	30,1	22,1	19,0	9,7	3,7

1) Fachrichtung 04: Metalltechnik, Maschinenbau (außer Kfz), Verfahrens-, Fertigungstechnik; Fachrichtung 11: Elektrotechnik – Energietechnik; Fachrichtung 12: Elektrotechnik – Nachrichtentechnik; Fachrichtung 60: Wirtschaftswissenschaften in kaufmännischen Berufen

8) Vgl. Kirschbaum, K.: a. a. O., S. 14 ff.

den berufsbildenden Schulen und Kollegschaften zusammen 9 528 gab, ähnelte dem allgemeinen Altersklassenaufbau der hauptamtlichen/hauptberuflichen Lehrer an den genannten Schulformen mit dem Unterschied, daß relativ mehr Lehrer dieser (Mangel-)Fachrichtungen 40 Jahre oder älter waren (84,6 %), als dies allgemein (76,2 %) oder bei den Lehrern mit Lehramt an berufsbildenden Schulen bzw. für die Sekundarstufe II (mit beruflichen Fachrichtungen) insgesamt (81,8 %) der Fall war. Die drei von der Personenzahl her stärksten Altersgruppen waren jeweils (in absteigender Rangfolge) die Gruppen der 40- bis 44jährigen, der 45- bis 49jährigen und der 50- bis 54jährigen.

An den berufsbildenden Schulen waren mehr als die Hälfte (51,5 %) der Lehrer mit den vorgenannten Lehramt und Fachrichtungen 40 bis 49 Jahre alt. Dementsprechend betrug das Durchschnittsalter der Lehrer mit diesen speziellen Lehramt-Fachrichtung-Kombinationen (ebenso wie für die gesamte Lehrergruppe mit einem der beiden Lehramt, aber gleichgültig welcher Fachrichtung) 46 Jahre (Männer: 46 Jahre; Frauen: 44 Jahre). Die Altersgruppe der 60jährigen und älteren war mit einem Anteilswert von 3,8 % in ähnlicher relativer Stärke vertreten wie unter den hauptamtlichen/hauptberuflichen Lehrern insgesamt (3,9 %). Bis 1997 werden die Fachrichtungen „Metalltechnik“, „Elektrotechnik“ und „Wirtschaftswissenschaften“ zusammen voraussichtlich mindestens rd. 300 Lehrkräfte aus letztgenannter Altersklasse aufgrund altersbedingter Berufsaustritte verlieren. Weiterhin ist aus demselben Grund im gleichen Zeitraum mit dem Ausscheiden eines Großteils der 139 Lehrerinnen entsprechender Qualifikation, die 1992 zwischen 55 und 59 Jahre alt waren, zu rechnen – von den Abgängen aus den übrigen Gründen ganz zu schweigen.

An den Kollegschaften gehörten von den 1 328 Lehrern der vorgenannten Lehramt-Fachrichtung-Kombinationen 747 (56,3 %) in die Altersklasse der 40- bis 49jährigen. Das Durchschnittsalter der Lehrer mit dieser fachlichen Qualifikation entsprach sowohl im ganzen (45 Jahre) als auch in der Differenzierung nach Geschlechtern (Männer: 45 Jahre; Frauen: 43 Jahre) den Ergebnissen für die Kollegschaftslehrer insgesamt. Im Vergleich zu dem geschlechtsspezifischen Durchschnittsalter der Lehrer bzw. Lehrerinnen sämtlicher Fachrichtungen der obigen zwei beruflichen Lehramt (Männer: 46 Jahre; Frauen: 44 Jahre; zusammen: 45 Jahre) waren die männlichen und weiblichen Lehrkräfte der drei (Mangel-)Fachrichtungen durchschnittlich ein Jahr jünger. Bis 1997 werden von den betreffenden Kollegschaftslehrern der Fachrichtungen „Metalltechnik“, „Elektrotechnik“ und „Wirtschaftswissenschaften“ in der obersten Altersgruppe mindestens 30 wegen Erreichens der Altersgrenze in den Ruhestand treten. Diese Zahl kann sich noch um einige der bzw. auch um alle 13 Lehrerinnen, die 1992 zu den 55- bis 59jährigen gehörten, erhöhen.

Aussichten

Für die Zukunft erwartet das Kultusministerium des Landes Nordrhein-Westfalen nach seiner jüngsten Schülerprognose⁹⁾ für die berufsbildenden Schulen ab dem Schuljahr 1996/97 wieder ein vorübergehendes Ansteigen der Schülerzahlen bis auf ein Zwischenhoch von 441 900 Schülern 1997/98. Auf den anschließenden ge-

ringen Rückgang bis auf 437 150 Schüler im Schuljahr 2000/2001 soll dann ein bis zum Jahre 2009/2010 mit 507 430 Schülern anhaltender kräftiger Aufschwung folgen. Bezüglich der Kollegschaften, deren Schülerzahl nach der Prognose 1993/94 ein vorläufiges Maximum von 76 030 erreichen sowie danach bis 1995/96 auf 73 940 Schüler zurückgehen wird, stellt sich der zeitliche Entwicklungsverlauf der Schülerpopulation ähnlich wie bei den berufsbildenden Schulen dar, so daß im Schuljahr 2009/2010 für diese Schulform ebenfalls ein Höchstwert mit 85 890 Schülern prognostiziert wird. Zwischen der „Talsohle“ des Schuljahres 1995/96 und der „Spitze des Schülerberges“ 2009/2010 wird ein „Höhenunterschied“ von ca. 84 400 Schülern (16,6 %) für berufsbildende Schulen und Kollegschaften zusammen liegen. Dementsprechend wird sich der Lehrbedarf langfristig entwickeln. ■

Auftragsbestand im Bauhauptgewerbe Ende September 1993

Das nordrhein-westfälische Bauhauptgewerbe verfügte Ende September 1993 über einen Auftragsbestand von 12,1 Milliarden DM, das waren 5 % mehr als vor Jahresfrist. Dabei nahm das Auftragspolster im Hochbau um 6 % und im Tiefbau um 4 % zu.

Besonders gut entwickelte sich die Auftragslage mit 20 % wiederum im Wohnungsbau. Demgegenüber gab es im gewerblichen und industriellen Hochbau nur ein bescheidenes Wachstum (+1 %), und im öffentlichen Hochbau schrumpften die Auftragsbestände (-5 %). Innerhalb des Tiefbaus zeigte sich wiederum ein Rückgang im Straßenbau (-12 %), während der sonstige öffentliche Tiefbau (+9 %) sowie der gewerbliche und industrielle Tiefbau (+10 %) deutliche Zuwächse verzeichneten.

⁹⁾ Die Prognosezahlen wurden den vom Kultusministerium freundlicherweise vorab überlassenen Tabellen 3.1 und 4 entnommen. Siehe Kultusministerium des Landes Nordrhein-Westfalen (Hrsg.): Vorausberechnung der Schülerzahlen bis zum Jahre 2020, (Basis: Schuljahr 1992/93), Statistische Übersicht Nr. 248/I, Düsseldorf 1993.

Der Wirtschaftszweig Mineralölverarbeitung in der regionalen Sozialproduktsberechnung

Die Aggregate der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen werden teilweise nach Wirtschaftsbereichen auf gegliedert. Besondere Bedeutung haben dabei die Aggregate Wertschöpfung und Anlageinvestitionen. Bei der Berechnung werfen die verschiedenen Wirtschaftsbereiche je nach ihren Eigenarten und den über sie verfügbaren Daten unterschiedlich große Probleme auf. Diese Probleme sind in der Regel dann besonders gravierend, wenn Ergebnisse für Regionen – Teile des nationalen Wirtschaftsgebietes – zu ermitteln sind. Die folgenden Ausführungen behandeln – im Anschluß an entsprechende Darstellungen für die Wirtschaftsbereiche „Verkehr und Nachrichtenübermittlung“, „Energie- und Wasserversorgung“ und „Baugewerbe“¹⁾ – die Grundsätze, Methoden und Datenquellen für die Ermittlung der Bruttowertschöpfung und der Bruttoanlageinvestitionen des Wirtschaftszweiges „Mineralölverarbeitung“ im Rahmen der Sozialproduktsberechnung für die Länder der Bundesrepublik Deutschland, die im folgenden mit „Regionen“ gemeint sind. Die dargestellten Ergebnisse beschränken sich auf die zehn westdeutschen Bundesländer; die Vereinheitlichung der Methoden für die west- und die ostdeutschen Länder war bei diesen Berechnungen noch nicht abgeschlossen. Ergänzend wird auf die Methoden und ausgewählte Ergebnisse der Berechnungen für die Kreise und kreisfreien Städte des Landes Nordrhein-Westfalen eingegangen.

Berechnung der Wertschöpfung für die Bundesländer

Der Wirtschaftszweig „Mineralölverarbeitung“ weist einige Besonderheiten auf, die sich deutlich in seiner Kostenstruktur ausdrücken und für die Berechnung der Bruttowertschöpfung relevant sind. Der Produktionsfaktor Kapital hat hier ein erheblich größeres Gewicht als in den meisten anderen Zweigen. Die Mineralölprodukte sind im allgemeinen sehr stark mit indirekten Steuern belastet. In den Vorleistungen sind in der Regel in überdurchschnittlichem Maße Kosten für von anderen Unternehmen ausgeführte Lohnarbeiten enthalten. Diese Besonderheiten können für Westdeutschland – d. h. das Gebiet der „alten“ Bundesländer ohne Berlin – nach den Ergebnissen der jährlichen amtlichen Kostenstrukturerhebung quantifiziert werden. Von den in der Kostenstrukturerhebung erfaßten Kostenarten sind die Löhne und Gehälter sowie die Sozialkosten eindeutig dem Produktionsfaktor Arbeit, die Abschreibungen dagegen eindeutig dem Produktionsfaktor Kapital zuzurechnen. Der Anteil der Abschreibungen an der Summe dieser drei Kostenarten ist somit als Indikator für die Kapitalintensität anzusehen. Bei den nach ihrem wirtschaftlichen Schwerpunkt zur Mineralölverarbeitung gehörenden Unternehmen betrug der Anteil der Abschreibungen im Jahre 1990 29,5 %. Im Gesamtdurchschnitt des Verarbeitenden Gewerbes ergab sich dagegen ein Anteil von nur 13,6 %. Da die Erhebung die erfaßten Unternehmen nicht nach örtlichen Einheiten aufgliedert, kommt in diesen Zahlen nicht zum Ausdruck, daß die Kapitalintensität in den produzierenden gegenüber den verwaltenden Unternehmensteilen stark abweicht. Für die Mineralölverarbeitung ist typisch, daß der Einsatz des Faktors Arbeit in den Verwaltungssitzen, der

Einsatz des Faktors Kapital dagegen vor allem in den Raffinerien konzentriert ist. Die unterschiedliche Kapitalintensität der örtlichen Einheiten der mineralölverarbeitenden Unternehmen ist für die regionale wirtschaftliche Gesamtrechnung dann von besonderer Bedeutung, wenn die Verwaltungen in anderen Regionen ansässig sind als die Raffinerien. Die Kostenstrukturerhebung erfaßt in der Position „Verbrauchssteuern auf selbst hergestellte Erzeugnisse“ bei den schwerpunktmäßig zur Mineralölverarbeitung gehörenden Unternehmen in erster Linie die Mineralölsteuer. Diese ist als Produktionssteuer in der Bruttowertschöpfung (zu Marktpreisen) enthalten. Danach betrug der Anteil der Produktionssteuern an der Bruttowertschöpfung im Jahre 1990 in der westdeutschen Mineralölverarbeitung 82,4 %, im Verarbeitenden Gewerbe insgesamt nur 7,6 %. Der bei weitem dominierende Teil der Bruttowertschöpfung der Mineralölverarbeitung ist damit nicht auf die Leistung der in den Unternehmen eingesetzten Produktionsfaktoren, sondern auf die steuerbedingte Aufblähung der Marktpreise zurückzuführen. Die Kostenstrukturerhebung liefert auch Informationen über die horizontale Verflechtung der Unternehmen durch die Vergabe von Lohnarbeiten. Der Anteil der Kosten für Lohnarbeiten am Bruttoproduktionswert betrug im Jahre 1990 in der westdeutschen Mineralölverarbeitung 2,4 % gegenüber 2,3 % im Durchschnitt des Verarbeitenden Gewerbes insgesamt, übertraf diesen Durchschnitt in anderen Jahren aber wesentlich stärker (1989: Mineralölverarbeitung 2,8 %, Verarbeitendes Gewerbe 2,2 %). Die überdurchschnittliche horizontale Verflechtung der einzelnen mineralölverarbeitenden Unternehmen ist vor allem für die

1) Vgl. Wolfgang Gerß: Verkehr und Nachrichtenübermittlung in der regionalen Sozialproduktsberechnung; Statistische Rundschau Nordrhein-Westfalen (SR) Heft 5/1993, S. 239 ff.

– Die Energie- und Wasserversorgung in der regionalen Sozialproduktsberechnung; SR Heft 7/1993, S. 327 ff.

– Das Baugewerbe in der regionalen Sozialproduktsberechnung; SR Heft 1/1993, S. ff.

Beziehungen innerhalb dieses Wirtschaftszweiges selbst typisch. So kommt es vor, daß eine Raffinerie durch mehrere Unternehmen gemeinsam genutzt wird. Neben der Kostenstruktur weist die westdeutsche Mineralölverarbeitung als weitere Besonderheit eine starke regionale Konzentration der Unternehmenssitze auf. Nach den Ergebnissen der amtlichen Arbeitsstättenzählung war der Anteil der innerhalb der Region „Bundesland Hamburg“ ansässigen Unternehmen an der Gesamtzahl der westdeutschen Unternehmen im Jahre 1987 in der Mineralölverarbeitung mehr als sechsmal so hoch wie im Verarbeitenden Gewerbe insgesamt. In der Region „Bundesland Bremen“ war der Anteil an der Gesamtzahl der westdeutschen Unternehmen in der Mineralölverarbeitung mehr als viermal so hoch wie im Verarbeitenden Gewerbe. Die Unternehmenssitze der Mineralölverarbeitung sind danach offensichtlich tendenziell in den großen Seehäfen konzentriert. Dies gilt in besonderem Maße für die „Mehrländerunternehmen“, d. h. die Unternehmen mit örtlichen Einheiten in mehr als einem Bundesland. 50 % der in der Kostenstrukturhebung erfaßten westdeutschen Mehrländerunternehmen der Mineralölverarbeitung haben ihren Sitz in Hamburg.

Die in der deutschen Regionalberechnung der Bruttowertschöpfung angewendete Methode versucht, die Besonderheiten der Mineralölverarbeitung zu berücksichtigen. Das Kernstück der Methode in der bis zum Berichtsjahr 1990 angewendeten Version besteht in der individuellen Aufteilung der diesen Wirtschaftszweig prägenden großen Mehrländerunternehmen auf ihre örtlichen Einheiten, wobei zwischen den Leistungen der beiden Produktionsfaktoren Arbeit und Kapital unterschieden und die Mineralölsteuer gesondert behandelt wird. Die Rechnung geht von der Bruttowertschöpfung der einzelnen in der

Kostenstrukturhebung erfaßten Mehrländerunternehmen aus. Von der Wertschöpfung werden die Produktionssteuern subtrahiert. Sowohl die Wertschöpfung als auch die Produktionssteuern ergeben sich direkt aus den Angaben der befragten Unternehmen. Der verbleibende Teil der Bruttowertschöpfung wird dann gesondert für jedes Unternehmen schätzungsweise in einen arbeitsbezogenen und einen kapitalbezogenen Betrag zerlegt. Als Zerlegungsschlüssel dient das Verhältnis der Summe aus den Löhnen und Gehältern und den Sozialkosten (arbeitsbezogener Anteil) zu der Summe aus den verbrauchsbedingten Abschreibungen auf Sachanlagen und den Fremdkapitalzinsen (kapitalbezogener Anteil); diese Daten fallen direkt aus der Kostenstrukturhebung an. Der arbeitsbezogene Teil der Bruttowertschöpfung wird im nächsten Rechenschritt für jedes einzelne Mehrländerunternehmen auf dessen einzelne örtliche Einheiten nach deren Anteilen an den Löhnen und Gehältern sämtlicher erfaßten Betriebe des Unternehmens verteilt. Die Datenquelle für die Löhne und Gehälter der örtlichen Einheiten ist die monatliche amtliche Berichterstattung für Betriebe des Bergbaus und Verarbeitenden Gewerbes. Der kapitalbezogene Teil der Bruttowertschöpfung jedes Mehrländerunternehmens wird auf die örtlichen Einheiten nach deren Anteilen am mengenmäßigen Rohöldurchsatz (Verarbeitungseinsatz von deutschem und ausländischem Rohöl und Wiedereinsatz von Halbfabrikaten) des Unternehmens verteilt. Die dazu benötigten Informationen über den Rohöldurchsatz werden vom Mineralölwirtschaftsverband zur Verfügung gestellt. Der Rohöldurchsatz dient auch als Schlüssel für die Verteilung der Produktionssteuern jedes Unternehmens auf seine örtlichen Einheiten. Die Summe aus den verteilten Beträgen der arbeitsbezogenen und der kapitalbezogenen Wertschöpfung und

der Produktionssteuern ist die geschätzte Bruttowertschöpfung der örtlichen Einheiten der in der Kostenstrukturhebung erfaßten Mehrländerunternehmen. Die Bruttowertschöpfung der anderen in der Kostenstrukturhebung erfaßten Unternehmen – das sind definitionsgemäß „Einlandunternehmen“, d. h. Einbetriebsunternehmen oder Mehrbetriebsunternehmen, die jeweils nur in einem einzigen Bundesland örtliche Einheiten haben – ist den Bundesländern im Sinne der regionalen Rechnung a priori richtig zugeordnet; diese Beträge können direkt aus den Ergebnissen der Kostenstrukturhebung übernommen werden. Die Bruttowertschöpfung der in der – als Stichprobenerhebung durchgeführten – Kostenstrukturhebung nicht erfaßten Unternehmen muß aus anderer Quelle erschlossen werden. Die Rechnung geht hier vom Umsatz dieser Unternehmen aus; dabei wird der Umsatz der in der Kostenstrukturhebung nicht erfaßten Mehrländerunternehmen individuell auf deren örtliche Einheiten nach den Löhnen und Gehältern dieser Einheiten – also hier ohne gesonderte Berücksichtigung eines kapitalbezogenen Anteils – verteilt. Die Summe aus den regional vorliegenden bzw. nachträglich schätzungsweise regionalisierten Beträgen des Umsatzes der in der Kostenstrukturhebung nicht erfaßten Einlandunternehmen bzw. Mehrländerunternehmen sowie des Umsatzes der aus der Kostenstrukturhebung generell ausgeschlossenen industriellen Kleinbetriebe – die ebenfalls ausgeschlossenen handwerklichen Kleinbetriebe kommen in der Mineralölverarbeitung nicht vor – ergibt den den örtlichen Einheiten zugeordneten Umsatz aller außerhalb der Kostenstrukturhebung existierenden Unternehmen. Zu diesem Umsatz werden im nächsten Rechenschritt der Wert der Lagerbestandsveränderung (Bestand am Jahresende abzüglich des Bestands am Jahresanfang) an

Gütern eigener Produktion und der Wert der selbsterstellten Anlagen addiert, die sich in denjenigen örtlichen Einheiten ergeben haben, die keinem in der Kostenstrukturhebung erfaßten Unternehmen angehören. Das Ergebnis dieser Addition ist der Bruttoproduktionswert der örtlichen Einheiten der außerhalb der Kostenstrukturhebung existierenden Unternehmen. An den Bruttoproduktionswert wird die Vorleistungsquote (Wert der Vorleistungen dividiert durch Produktionswert) angelegt, die in der Kostenstrukturhebung ohne regionale Differenzierung für die Gesamtheit der westdeutschen Mineralölunternehmen ermittelt worden ist. Durch Subtraktion der auf diese Weise geschätzten Vorleistungen vom Bruttoproduktionswert ergibt sich die den örtlichen Einheiten zugeordnete Bruttowertschöpfung der in der Kostenstrukturhebung nicht erfaßten Unternehmen. Die Summe der regionalen Beträge der Wertschöpfung der in der Kostenstrukturhebung erfaßten Mehrländer- und Einlandunternehmen sowie der in der Kostenstrukturhebung nicht erfaßten Unternehmen ist dann der „unkoordinierte“ – noch nicht mit dem unabhängig von der Regionalberechnung ermittelten nationalen Wert abgestimmte – Regionalwert der Bruttowertschöpfung des gesamten Wirtschaftsbereichs. Die unkoordinierten Regionalwerte werden nachträglich rein zahlenmäßig dem unabhängig ermittelten nationalen Wert angepaßt, so daß die Summe der koordinierten Regionalwerte mit dem nationalen Wert übereinstimmt. Dabei wird ein an anderer Stelle ausführlich beschriebenes pauschales Anpassungsverfahren verwendet²⁾. Die in die dargestellte Berechnung der Wertschöpfung des nicht von der Kostenstrukturhe-

bung erfaßten Teils der Mineralölverarbeitung eingehenden Daten stammen ausschließlich aus amtlichen Quellen, und zwar den Monatsberichten für Unternehmen (Umsatz) und für Betriebe (Löhne und Gehälter der örtlichen Einheiten) im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe, der jährlichen Erhebung bei Kleinbetrieben im Bergbau und in der Verarbeitenden Industrie (Umsatz) und der jährlichen Investitionserhebung bei Betrieben des Bergbaus und des Verarbeitenden Gewerbes (Lagerbestände und selbsterstellte Anlagen).

Im folgenden wird der bisher gültige Ablauf der Regionalberechnung der Bruttowertschöpfung der Mineralölverarbeitung anhand von Daten für das Land Nordrhein-Westfalen (Berichtsjahr 1990) veranschaulicht. Da nur zwei Mehrländerunternehmen der Mineralölverarbeitung ihren Sitz in Nordrhein-Westfalen haben, kann deren nach den Unternehmenssitzen regionalisierte Wertschöpfung wegen der gesetzlichen Geheimhaltungsbestimmungen nicht bekanntgegeben werden. Wenn die in Westdeutschland ansässigen Mehrländerunternehmen nach den örtlichen Einheiten regionalisiert werden, entfallen auf Nordrhein-Westfalen 620 Mill. DM arbeitsbezogene Bruttowertschöpfung, 407 Mill. DM kapitalbezogene Bruttowertschöpfung und 4 649 Mill. DM Produktionssteuern; das ergibt eine Summe von 5 676 Mill. DM Bruttowertschöpfung insgesamt einschließlich Produktionssteuern. Diese Wertschöpfung der Betriebe der Mehrländerunternehmen bestimmt das Ergebnis für den gesamten Wirtschaftszweig; hinzu kommen nur noch Beträge von 440 Mill. DM für die in der Kostenstrukturhebung erfaßten Einlandunternehmen und 13 Mill. DM für die in der Kostenstrukturhebung nicht erfaßten Unternehmen. Die unkoordinierte Bruttowertschöpfung der in Nordrhein-Westfalen liegenden örtlichen Einheiten der Unternehmen

des gesamten Wirtschaftszweiges beträgt 6 129 Mill. DM. Nach der Koordinierung der Ergebnisse aller Regionen auf den Bundeswert ergibt sich für Nordrhein-Westfalen ein Betrag von 6 883 Mill. DM. Entsprechende Daten der Jahre 1970 bis 1990 sind in der Tabelle auf Seite 614 außer für Nordrhein-Westfalen für das Gesamtgebiet der westdeutschen Bundesländer zusammengestellt.

Die hier für das Berichtsjahr 1990 beschriebenen nordrhein-westfälischen Ergebnisse sowie die hier nicht wiedergegebenen entsprechenden Zahlen für die einzelnen anderen Bundesländer unterstreichen die Notwendigkeit und die Wirksamkeit der zur Ermittlung der Bruttowertschöpfung vorgenommenen aufwendigen Umrechnung der statistischen Ausgangsdaten. Die Wertschöpfung der in der Kostenstrukturhebung erfaßten westdeutschen Mehrländerunternehmen der Mineralölverarbeitung ist so stark in der Region „Bundesland Hamburg“ konzentriert, daß die anderen Regionen dagegen fast bedeutungslos erscheinen. Demgegenüber weisen nach der Zuordnung der Wertschöpfung dieser Unternehmen zu den örtlichen Einheiten die anderen Regionen zum Teil höhere Werte auf als Hamburg. Dies gilt bei gesonderter Betrachtung des Einsatzes der beiden Produktionsfaktoren speziell für die kapitalbezogene Wertschöpfung. Die arbeitsbezogene Wertschöpfung ist dagegen auch nach der Zuordnung zu den örtlichen Einheiten in Hamburg am höchsten, wenn auch bei weitem nicht mehr so dominierend wie vorher. Damit bestätigt sich, daß der Faktor Arbeit besonders stark in den Hauptverwaltungen in Hamburg konzentriert ist, wogegen der Faktor Kapital vor allem in den wesentlich gleichmäßiger über die Regionen verteilten Raffinerien eingesetzt wird. Die Bruttowertschöpfung der in der Kostenstrukturhebung erfaßten Einlandunternehmen ist – anders als bei

2) Vgl. Wolfgang Gerß: Verfahren zur Abstimmung der regionalen Ergebnisse auf das nationale Ergebnis in der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung. Statistische Rundschau für das Land Nordrhein-Westfalen, Heft 12/1979, S. 695 ff.

**Bruttowertschöpfung und Bruttoanlageinvestitionen
der Mineralölverarbeitung in Nordrhein-Westfalen und
im Gesamtgebiet der westdeutschen Bundesländer 1970 bis 1990
Mill. DM**

Jahr	Nordrhein-Westfalen ²⁾				Gesamtgebiet der westdeutschen Bundesländer einschl. Berlin-West ³⁾			
	Bruttowertschöpfung	Bruttoanlageinvestitionen			Bruttowertschöpfung	Bruttoanlageinvestitionen		
		neue Bauten	neue Aus-rüstungen	neue Anlagen		neue Bauten	neue Aus-rüstungen	neue Anlagen
1970	3 390	50	390	450	10 990	230	760	990
1971	3 530	70	700	770	12 530	160	1 230	1 390
1972	3 760	50	600	650	13 440	140	1 440	1 580
1973	5 010	30	560	600	18 840	90	1 460	1 550
1974	4 630	10	160	160	17 670	140	1 540	1 680
1975	4 140	20	380	400	17 560	120	1 400	1 520
1976	4 140	20	200	210	18 390	120	1 150	1 270
1977	4 050	20	200	210	18 240	110	1 340	1 450
1978	4 420	20	180	200	20 960	140	1 360	1 500
1979	5 930	10	210	220	27 670	130	900	1 030
1980	7 660	20	440	460	26 430	170	1 240	1 410
1981	7 800	50	540	590	26 770	190	1 490	1 680
1982	8 000	30	550	580	26 610	150	1 820	1 970
1983	7 800	50	1 000	1 060	26 580	200	1 970	2 170
1984	7 990	10	290	300	27 790	250	1 080	1 330
1985	8 000	10	560	570	28 440	150	1 220	1 370
1986	8 280	10	270	280	30 310	220	1 050	1 270
1987	5 430	50	200	250	21 930	150	1 010	1 160
1988	6 130	30	250	280	24 310	130	990	1 120
1989	6 700	30	290	320	26 590	140	930	1 070
1990 ¹⁾	6 880	30	350	370	28 700	180	1 230	1 410

1) vorläufige Ergebnisse – 2) Quelle: Eigene Arbeit des Landesamtes für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen – 3) Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 18 Reihe 1.3

ten und der Summe der unkoordinierten Regionalwerte als Maß der relativen Ungenauigkeit dieser Regionalwerte angesehen werden⁴⁾. Die Regionalwerte der Bruttowertschöpfung werden in Deutschland für 34 Zweige des Bergbaus und Verarbeitenden Gewerbes nach weitestgehend einheitlichen Datenquellen und Berechnungsverfahren ermittelt. Der Quotient aus der koordinierten und der unkoordinierten Summe erreicht zwar in keinem dieser Wirtschaftszweige den – als relative Fehlerlosigkeit der Regionalwerte zu interpretierenden – Idealbetrag 1 (bzw. 100 %); er weicht davon jedoch nur in drei Zweigen (Nichtkohlenbergbau, Ernährungsgewerbe, Ledererzeugung und -verarbeitung einschließlich Herstellung von Schuhen) weiter ab als in der Mineralölverarbeitung (Berichtsjahr 1990).

Die nicht voll befriedigende Genauigkeit der regionalen Schätzwerte der Mineralölverarbeitung gibt Anlaß, alternative Berechnungsmethoden zu erproben, wozu jedoch für die deutschen statistischen Ämter wegen der bereits weitgehend ausgeschöpften Datenbasis nur ein geringer Spielraum besteht. Die typische horizontale Verflechtung zwischen mineralölverarbeitenden Unternehmen durch Lohnarbeit könnte berücksichtigt werden, indem die besonders stark miteinander verflochtenen Unternehmen bei der Berechnung der Bruttowertschöpfung jeweils als ein einziges – gewissermaßen konsolidiertes – Unternehmen behandelt und dementsprechend gemeinsam regionalisiert werden. Die kapitalbezogene Wertschöpfung der Mehrländerunternehmen könnte statt nach dem Rohöldurchsatz nach den über mehrere aufeinanderfolgende Jahre aufsummierten Anlageinvestitionen den ein-

den Mehrländerunternehmen – in den größeren Flächenstaaten der gewöhnlichen Erwartung entsprechend zum Teil mindestens annähernd so hoch wie in dem verhältnismäßig kleinen Stadtstaat Hamburg. Von der Wertschöpfung der in der Kostenstrukturhebung nicht erfaßten Unternehmen entfällt bei Berücksichtigung der Zuordnung zu den örtlichen Einheiten ein zwar großer, aber bei weitem nicht der dominierende Anteil auf Hamburg. Bei der Beurteilung der Ausgleichswirkung der regionalen Aufteilung der Mehrländerunternehmen der Kostenstrukturhebung einerseits und der in der Kostenstrukturhebung nicht erfaßten Mehrländerunternehmen andererseits ist zu bedenken, daß bei den in der Kostenstrukturhebung nicht erfaßten Mehrländerunternehmen als Aufteilungsschlüssel ausschließlich die Löhne und Gehälter verwendet werden, also wohl der Einsatz des regional stärker konzentrierten Faktors Ar-

beit, aber nicht der Einsatz des weiter gestreuten Faktors Kapital berücksichtigt wird.

Obwohl bei der Ermittlung der Bruttowertschöpfung alle verfügbaren Datenquellen genutzt werden und ein großer Arbeitsaufwand in Kauf genommen wird, bleibt die Mineralölverarbeitung in der regionalen wirtschaftlichen Gesamtrechnung ein problematischer Wirtschaftsbereich. Die erreichte Genauigkeit der regionalen Schätzwerte ist im Vergleich zu den meisten anderen Branchen gering. Die Existenz der Schätzfehler drückt sich in den Unterschieden zwischen den koordinierten – nach dem erwähnten Verfahren³⁾ nachträglich zahlenmäßig mit dem Bundeswert abgestimmten – und den unkoordinierten Regionalwerten aus. Unter bestimmten Annahmen kann der Quotient aus der Summe der koordinier-

3) Vgl. Fußnote 2.

4) Vgl. Wolfgang Gerß: Beurteilung der Ergebnisgenauigkeit in der regionalen Sozialproduktsberechnung. Statistische Rundschau Nordrhein-Westfalen, Heft 12/1992, S. 652 ff.

zelen örtlichen Einheiten zugeordnet werden. Der Verteilungsschlüssel „Anlageinvestitionen“ wird auch in den anderen Zweigen des Bergbaus und Verarbeitenden Gewerbes verwendet⁵⁾. Der Rohöldurchsatz würde dann nur noch als Regionalschlüssel für die individuelle Verteilung der Produktionssteuern der Mineralölverarbeitung dienen. Als alternativer Regionalschlüssel wäre an dieser Stelle die Raffineriekapazität anwendbar, über die für die einzelnen örtlichen Einheiten Angaben des Mineralölwirtschaftsverbands vorliegen.

Für die zukünftige Berechnung – rückwirkend ab Berichtsjahr 1990 – der regionalen Bruttowertschöpfung der Mineralölverarbeitung ist ein teilweise geändertes Verfahren vorgesehen. Dabei wird der gesamte Wirtschaftszweig wie ein einziges Mehrländerunternehmen behandelt und geschlossen auf die Bundesländer aufgeteilt. Zunächst wird vom Bundeswert der Bruttowertschöpfung die Mineralölsteuer subtrahiert. Die Steuer wird dann den Ländern anteilig nach Maßgabe der in ihnen liegenden Produktionsstandorte der Mineralölverarbeitung zugeordnet. Der Bundeswert des Restbetrages der Bruttowertschöpfung – d. h. nach Abzug der Mineralölsteuer – wird in einen arbeits- und einen kapitalbezogenen Anteil zerlegt. Diese beiden Komponenten werden dann auf die Länder mit Hilfe der Bruttolohn- und -gehaltsumme (arbeitsbezogene Wertschöpfung) bzw. der mengenmäßigen Raffinerieproduktion (kapitalbezogene Wertschöpfung) geschlüsselt. Die für die Konstruktion des Regionalschlüssels der Mineralölsteuer und der kapitalbezogenen Wertschöpfung notwendigen Informationen werden vom Mineralölwirtschaftsverband zur Verfügung gestellt. Damit wird es – im Gegensatz

zu den anderen Zweigen des Bergbaus und Verarbeitenden Gewerbes – keine gesonderten Ergebnisse über die unkoordinierte und die koordinierte Bruttowertschöpfung der Mineralölverarbeitung mehr geben, so daß der erwähnte Quotient als Maß der Ungenauigkeit der Schätzung nicht mehr gebildet werden kann.

Berechnung der Anlageinvestitionen für die Bundesländer

Zur Berechnung der Regionalwerte der Bruttoanlageinvestitionen des Wirtschaftszweiges Mineralölverarbeitung steht in Deutschland die jährliche Investitionserhebung im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe zur Verfügung, die als partielle Totalerhebung die örtlichen Einheiten aller Unternehmen mit 20 oder mehr Beschäftigten erfaßt. Den Ergebnissen dieser Erhebung werden die nach Bundesländern aufsummierten Betriebsangaben über die im Berichtsjahr aktivierten neuen Bauten und neuen Ausrüstungen entnommen. Die Hochrechnung auf die örtlichen Einheiten der Gesamtheit der Unternehmen erfolgt, indem die Ergebnisse der Investitionserhebung mit dem Hochrechnungsfaktor „Umsatz sämtlicher Unternehmen dividiert durch den Umsatz der in der Investitionserhebung erfaßten Unternehmen“ multipliziert werden. Die hierzu verwendeten Umsatzdaten sind die bei der Berechnung der Bruttowertschöpfung ermittelten Werte für örtliche Einheiten. Die Hochrechnungsfaktoren jeweils einer Region sind für die Bauinvestitionen und die Ausrüstungsinvestitionen einheitlich. Sie sind in allen Regionen nur in sehr geringem Ausmaß größer als 1; das heißt, daß die in der Investitionserhebung nicht erfaßten Unternehmen mit weniger als 20 Beschäftigten in der Mineralölverarbeitung nahezu keine Rolle spielen. Die aus der Investitions-

erhebung übernommenen Werte der Bau- und der Ausrüstungsinvestitionen stimmen daher mit den entsprechenden (hochgerechneten) unkoordinierten Regionalwerten nahezu überein. Die – mit dem nationalen Wert abgestimmten – koordinierten Regionalwerte der Bruttoanlageinvestitionen ergeben sich wie bei der Bruttowertschöpfung durch Anwendung des pauschalen Anpassungsverfahrens⁶⁾. Zur Veranschaulichung der Berechnungsmethode seien die Ergebnisse für das Berichtsjahr 1990 über die in der Investitionserhebung erfaßten bzw. unkoordinierten sowie über die koordinierten Bruttoanlageinvestitionen der im Land Nordrhein-Westfalen liegenden örtlichen Einheiten der Mineralölverarbeitung angegeben: Für die nordrhein-westfälischen Betriebe der in der Investitionserhebung erfaßten Unternehmen wurden Beträge von 12 Mill. DM als Käufe neuer Bauten und 249 Mill. DM als Käufe neuer Ausrüstungen gemeldet. Als koordinierte Landeswerte der Mineralölverarbeitung ergaben sich Bruttobauinvestitionen in Höhe von 27 Mill. DM und Bruttoausrüstungsinvestitionen in Höhe von 348 Mill. DM. Entsprechende Daten der Jahre 1970 bis 1990 sind in der Tabelle auf Seite 614 außer für Nordrhein-Westfalen für das Gesamtgebiet der westdeutschen Bundesländer zusammengestellt.

Die entsprechenden Zahlen für die einzelnen anderen Bundesländer werden hier nicht explizit wiedergegeben. Wie bei der Wertschöpfung zeigt sich auch bei den Investitionen die große Bedeutung des Bundeslandes Hamburg. Dabei gibt es jedoch einen kennzeichnenden Unterschied zwischen den Bau- und den Ausrüstungsinvestitionen. Bei den neuen Bauten dominiert Hamburg bei weitem; bei den neuen Ausrüstungen haben dagegen

5) Vgl. Hans-Jürgen Treock: Ursachen und Auswirkungen der Revision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen 1970 bis 1990 für Nordrhein-Westfalen. Statistische Rundschau Nordrhein-Westfalen, Heft 9/1992, S. 443 ff.

6) Vgl. Fußnote 2.

zwei andere Regionen (Nordrhein-Westfalen und Bayern) noch höhere Werte. Die Bauten wurden offensichtlich in besonders starkem Maße an den in Hamburg konzentrierten Verwaltungssitzen errichtet. Die Ausrüstungen wurden dagegen in größerem Ausmaß auch für die über die Regionen verstreuten produzierenden örtlichen Einheiten beschafft. Die regionale Verteilung der Investitionen bestätigt somit das bei der Wertschöpfung dargestellte Bild der Mineralölverarbeitung als eines vor allem von Hamburg aus verwalteten Wirtschaftszweiges mit Raffinerien in der Nähe der Verbrauchsschwerpunkte.

Neben der branchentypischen regionalen Verteilung fällt auch der große Unterschied zwischen den unkoordinierten und den koordinierten Regionalwerten der Investitionen auf. Der Quotient aus der koordinierten und der unkoordinierten Summe über alle Regionen (Berichtsjahr 1990) beträgt bei den Bauinvestitionen 230 % und bei den Ausrüstungsinvestitionen 140 %. Obwohl mit der Investitionserhebung ein adäquates Datenfundament vorhanden ist, lassen sich die den Konzepten der wirtschaftlichen Gesamtrechnung entsprechenden Regionalwerte der Bruttoanlageinvestitionen der Mineralölverarbeitung offensichtlich nur unter Inkaufnahme erheblicher – gegenüber der Bruttowertschöpfung noch wesentlich größerer – Schätzfehler ermitteln. Diese Fehler bestehen in einer beträchtlichen Untererfassung der Investitionserhebung. Die Investitionen in den deutschen Regionen werden für 30 Zweige des Bergbaus und Verarbeitenden Gewerbes nach einheitlicher Methode berechnet. Die für diese Zweige errechneten Quotienten aus den koordinierten und den unkoordinierten Summen sind – wie dargestellt wurde⁷⁾ – ein zwischen den Bran-

chen vergleichbares Maß der Ungenauigkeit der regionalen Schätzwerte. Bei den Bauinvestitionen tritt die bei weitem größte Abweichung des Quotienten von 100 % – und damit die größte Ungenauigkeit – in der Mineralölverarbeitung auf. Die zweitgrößte – aber viel geringere – Abweichung ergibt sich hier im Wirtschaftszweig „Ledererzeugung und -verarbeitung einschließlich Herstellung von Schuhen“. Bei den Ausrüstungsinvestitionen wird die Ungenauigkeit der Schätzwerte der Mineralölverarbeitung nur von der der Werte des Wirtschaftszweiges „Herstellung von Büromaschinen, ADV-Geräten und -Einrichtungen“ übertroffen. Die Mineralölverarbeitung ist demnach auch im Hinblick auf die Regionalberechnung der Investitionen ein besonders problematischer Wirtschaftszweig.

Die Problematik der statistischen Erfassung der Regionalwerte der Investitionen sei hier an zwei Fällen demonstriert, die zumindest für die deutsche Mineralölverarbeitung typisch sind. Der erste Fall betrifft die Tankstellen. Die Mineralölunternehmen sind in der Regel Eigentümer der Tankstellen, betreiben diese aber nicht selbst, sondern überlassen sie selbständigen Pächtern, die den Treibstoff im Namen und auf Rechnung der Mineralölunternehmen verkaufen. Die Investitionen in den Tankstellen werden – dem in der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung bisher ausschließlich gültigen Eigentümerkonzept entsprechend⁸⁾ – in der nationalen Rechnung durch die Aufbereitung nach institutionellen Einheiten (Unternehmen) vollständig erfaßt und konzeptgemäß richtig den Mineralölunternehmen zugeordnet. Bei

der Aufbereitung nach örtlichen Einheiten in der regionalen Rechnung werden die Tankstelleninvestitionen dagegen ausgeschlossen. Einerseits können sie nicht der Mineralölverarbeitung zugewiesen werden, weil die Tankstellen keine örtlichen Einheiten der mineralölverarbeitenden Unternehmen sind⁹⁾. Andererseits können diese Investitionen auch nicht den Pächtern – die in der Regel dem Wirtschaftsbereich Handel angehören – zugeordnet werden, weil die Pächter nicht Eigentümer der Tankstellen sind. Die Tankstelleninvestitionen gehen somit der regionalen, jedoch nicht der nationalen Rechnung verloren. Hierin dürfte ein wesentlicher Grund für das dargestellte Unterschreiten der koordinierten durch die unkoordinierten Regionalwerte liegen.

Der zweite Fall betrifft bestimmte Raffinerien. In einem – fiktiven, aber branchentypischen – Beispiel besaß ein Mineralölunternehmen mit Sitz in Region A ursprünglich eine Raffinerie als örtliche Einheit in Region B. Das Eigentum an der Raffinerieanlage wurde dann an ein in Region B ansässiges rechtlich selbständiges Tochterunternehmen übertragen, das Eigentum am Grundstück und am Gebäude blieb dagegen bei dem Mutterunternehmen. Das B-Unternehmen ist seitdem im Lohnauftrag für das A-Unternehmen tätig. Diese Umorganisation des Konzerns A/B hat auf die regionale statistische Erfassung der Raffinerieanlagen-Investitionen keine Auswirkung. Diese Investitionen werden weiterhin an ihrem Einsatzort erfaßt und bei der Aufbereitung nach örtlichen Einheiten richtig der Region B zugeordnet. Dagegen führt die Umorganisation bei Zugrundelegung des Eigentümerkonzepts dazu, daß die Grundstücks- und Gebäudeinvestitio-

8) Vgl. Wolfgang Gerß: Einige Methodenfragen zu den Regionalwerten der gesamtwirtschaftlichen Bruttoanlageinvestitionen. Statistische Rundschau Nordrhein-Westfalen, Heft 2/1993, S. 89 ff.

9) Vgl. Wolfgang Gerß: Statistische Einheiten in der Sozialproduktsberechnung. Statistische Rundschau Nordrhein-Westfalen, Heft 8/1992, S. 383 ff.

7) Vgl. Fußnote 4.

nen, die früher für die in der Region B liegende örtliche Einheit des A-Unternehmens, also regional richtig, erfaßt wurden, jetzt nur noch in der nationalen Rechnung durch die Aufbereitung nach institutionellen Einheiten (Unternehmen) und Zuordnung zum A-Unternehmen erfaßt werden. In die Aufbereitung nach örtlichen Einheiten gehen diese Investitionen nicht mehr ein, weil das Eigentümer-Unternehmen A am Einsatzort keine örtliche Einheit mehr hat und weil das Benutzer-Unternehmen B nicht das über Grundstück und Gebäude verfügende Wirtschaftssubjekt ist. Der regionalen Rechnung gehen die Grundstücks- und Gebäudeinvestitionen verloren, was aus der Sicht dieser Rechnung auf jeden Fall ein Fehler ist, denn es handelt sich um in der Region B tatsächlich vorhandene Werte. Die unterschiedliche Auswirkung der Umorganisation auf die – weiterhin vollständig erfaßten – Raffinerieanlagen-Investitionen einerseits und die – nunmehr untererfaßten – Grundstücks- und Gebäudeinvestitionen andererseits in der regionalen Rechnung kann ein Grund für die aus der o. a. Gegenüberstellung von unkoordinierten und koordinierten Werten ersichtliche stärkere Untererfassung der regionalen Schätzwerte der Bauinvestitionen im Vergleich zu denen der Ausrüstungsinvestitionen der Mineralölverarbeitung sein. Eine „kleine“ Lösung des in diesem Fallbeispiel dargestellten Problems könnte darin bestehen, innerhalb des gültigen Eigentümerkonzepts das Grundstück und Gebäude der in Region B vorhandenen Raffinerie als „fiktive Einheit“ – besser wäre die Bezeichnung „als-ob-Einheit“ – gemäß „Europäischem System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen“ und damit in der regionalen Rechnung als quasi-örtliche

Einheit zu behandeln¹⁰⁾. Die „große“ Lösung wäre die Einführung des Benutzerkonzepts anstelle des Eigentümerkonzepts sowohl in die regionale als auch in die nationale Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung¹¹⁾.

Berechnungen für Kreise und kreisfreie Städte

Die Bruttowertschöpfung und die Bruttoanlageinvestitionen werden jährlich auch für die einzelnen Kreise und kreisfreien Städte des Landes Nordrhein-Westfalen berechnet. Die Rechnung wird in tiefer wirtschaftssystematischer Gliederung und damit auch gesondert für den Wirtschaftszweig Mineralölverarbeitung durchgeführt. Die Ergebnisse werden jedoch nur nach Zusammenfassung zu größeren Wirtschaftsbereichen bekanntgegeben. Eine gleichzeitige kleinräumige und tiefe wirtschaftssystematische Gliederung der Schätzwerte ist unter Genauigkeitsgesichtspunkten nicht vertretbar. Bei der Veröffentlichung der Kreisergebnisse der Bruttowertschöpfung (zu Marktpreisen) ist die Mineralölverarbeitung ein unausgliederter Teil des Verarbeitenden Gewerbes. Die Bruttoanlageinvestitionen werden kreisweise nur für das Produzierende Gewerbe insgesamt (Energie- und Wasserversorgung, Bergbau, Verarbeitendes Gewerbe, Baugewerbe) veröffentlicht.

Die Methode der Kreisberechnung der Bruttowertschöpfung entspricht in der Mineralölverarbeitung wie im gesamten Produzierenden Gewerbe derjenigen der Berechnung für die Bundesländer. In der Kreisberechnung stehen anstelle der Mehrländer-

unternehmen die „Mehrkreisunternehmen“ – Unternehmen mit örtlichen Einheiten in mehr als einem Kreis bzw. einer kreisfreien Stadt – und anstelle der Einlandunternehmen die „Einkreisunternehmen“. Die Kreisergebnisse der Bruttobauinvestitionen werden in der Mineralölverarbeitung wie im gesamten Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe ermittelt, indem von dem kreisweise bekannten Wert der im Berichtsjahr neu erworbenen Gebäude und bebauten Grundstücke in Betrieben von Unternehmen mit 20 oder mehr Beschäftigten ausgegangen wird. Darüber hinaus wird die Differenz zwischen dem koordinierten Landeswert der Bruttobauinvestitionen und der Summe aller Kreiswerte des ersten Rechenschrittes auf die einzelnen Kreise und kreisfreien Städte nach deren Anteil am Landeswert der Anzahl der tätigen Personen in industriellen Kleinbetrieben verteilt. Dieser zweite Rechenschritt ist aber in der Mineralölverarbeitung zahlenmäßig bedeutungslos. Die Berechnung der Kreisergebnisse der Bruttoausrüstungsinvestitionen erfolgt analog unter Verwendung der kreisweise bekannten Daten über die im Berichtsjahr neu erworbenen Ausrüstungsgüter in Betrieben von Unternehmen mit 20 oder mehr Beschäftigten sowie Schätzung der Verteilung des Restbetrages nach den Beschäftigtenzahlen der industriellen Kleinbetriebe.

Obwohl die Mineralölverarbeitung in den Kreisergebnissen nicht gesondert ausgewiesen wird, spiegelt sie sich darin wider. Dies gilt speziell für die Bruttowertschöpfung. Der Grund liegt in der extrem hohen Verbrauchsteuerbelastung der Mineralölprodukte. In Nordrhein-Westfalen gibt es in den kreisfreien Städten Köln und Gelsenkirchen und im Erftkreis Raffinerie-

10) Vgl. Fußnote 9.

11) Vgl. Hans-Jürgen Treeck: Möglichkeiten und Grenzen der Investitionsberechnungen nach dem Nutzerkonzept im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für Nordrhein-Westfalen. Statistische Rundschau Nordrhein-Westfalen, Heft 11/1993, S. ff.

standorte. Für das Berichtsjahr 1990 beträgt die gesamtwirtschaftliche Bruttowertschöpfung zu Marktpreisen je Beschäftigten in Köln 95 576 DM, in Gelsenkirchen 86 709 DM und im Erftkreis 105 970 DM. Diese Pro-Kopf-Beträge übertreffen den Durchschnitt des Landes Nordrhein-Westfalen in Köln um 18 %, in Gelsenkirchen um 7 % und im Erftkreis um 31 %. Für die beiden Großstädte sind die verhältnismäßig hohen Beträge zunächst nicht besonders bemerkenswert, für den Kreis jedoch ungewöhnlich und hier eindeutig auf die Mineralölverarbeitung zurückzuführen. Der Erftkreis wird nach der Bruttowertschöpfung zu Marktpreisen je Beschäftigten in Nordrhein-Westfalen nur von der kreisfreien Stadt Leverkusen übertroffen, deren Stellung durch ihre einzigartige Wirtschaftsstruktur hinreichend erklärt ist. Noch auffälliger erscheinen die Ergebnisse für die Gebiete mit Raffineriestandorten, wenn man die Bruttowertschöpfung zu Marktpreisen der Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten gegenüberstellt. Die Marktpreisbewertung schließt die Produktionssteuern – und damit die Mineralölsteuer – ein, die Faktorkostenbewertung schließt sie aus. Der aktuellste Vergleich der beiden Bewertungsprinzipien ist zur Zeit nur für das Berichtsjahr 1988 möglich. Danach sinkt die gesamtwirtschaftliche Bruttowertschöpfung je Beschäftigten beim Übergang von der Marktpreisbewertung auf die Faktorkostenbewertung in Köln von 114 % auf 108 %, in Gelsenkirchen von 133 % auf 108 % und im Erftkreis von 139 % auf 131 % des Landesdurchschnitts. Ein erheblicher Teil der nach dem Marktpreiskonzept besonders hoch erscheinenden Wirtschaftskraft z. B. der Stadt Gelsenkirchen hat offensichtlich nichts mit dem Einsatz der Produktionsfaktoren zu tun, sondern ist Ausdruck der Mineralölsteuerbelastung. ■

Reiseverhalten der Haushalte 1992/93

Wenn nordrhein-westfälische Haushalte verreisen, dann organisieren zwei Drittel (66 %) die Reisen selbst. Nur jeder vierte (26 %) nimmt die Unterstützung eines professionellen Reiseveranstalters in Anspruch, und 8 % der Reisen werden durch karitative Organisationen, Vereine etc. organisiert. Dieses Resultat ergab eine Umfrage bei rund 1 000 Privathaushalten mit rd. 2 450 Personen. Die Umfrage ergab weiterhin, daß rd. 60 % der Personen innerhalb eines Jahres zumindest einmal für mindestens fünf Tage verreist waren; die übrigen gaben an, im letzten Jahr gar nicht oder nur kürzer verreist gewesen zu sein.

Beim überwiegenden Teil (73 %) der Reisen handelte es sich um Urlaubsreisen. 17 % dienten dem Besuch von Verwandten oder Bekannten, und der Rest entfiel auf Kuren, Aus- und Weiterbildung, Rundreisen u. ä. Als Transportmittel diente bei gut der Hälfte der Reisen (54 %) der Pkw, bei knapp einem Viertel (23 %) das Flugzeug und bei 14 % die Eisenbahn. Als Unterkunft wurde am häufigsten ein Hotel gewählt (34 %); es folgten Ferienwohnungen (22 %), Unterbringung bei Verwandten/Bekannten (19 %) und Privatzimmer (12 %).

Die beliebtesten Reiseziele im europäischen Ausland, in das jede zweite Reise (50 %) führte, lagen in Spanien (12 %) und Österreich (8 %). 44 % der Reisenden blieb in Deutschland.

Baupreisindizes für Wohngebäude und Straßenbau im November 1993

Der Baupreisindex für **Wohngebäude** (Bauleistungen am Bauwerk) in Nordrhein-Westfalen ist von August 1993 bis November 1993 um 0,1 % auf 136,1 Punkte gestiegen (Basis 1985 = 100). Gegenüber November 1992 erhöhte er sich um 4,4 %; damals hatte die Jahresveränderungsrate +5,3 %, im November 1991 sogar +6,6 % betragen.

Der Preisindex für den **Straßenbau** in NRW ist von August 1993 bis November 1993 um 0,2 % auf 125,8 Punkte gesunken (Basis 1985 = 100). Hier betrug die Veränderung im Jahresabstand +1,4 %; vor einem Jahr waren es 3,8 %, im November 1991 sogar +5,9 % gewesen.

Baupreisindizes in Nordrhein-Westfalen (Basis 1985 = 100)			
Preisindex für ...	Indexstand im November 1993	Veränderung in Prozent gegenüber	
		November 1992	August 1993
Wohngebäude			
Bauleistungen am Bauwerk	136,1	+4,4	+0,1
Rohbauarbeiten	134,7	+4,1	-0,1
Ausbauarbeiten	138,3	+4,9	+0,4
ausgewählte Gebäudetypen (Bauleistungen am Bauwerk)			
Ein- und Zweifamilienhäuser	136,1	+4,4	+0,1
Mehrfamilienhäuser	136,4	+4,4	+0,1
Gemischtgenutzte Gebäude	135,0	+4,2	+0,1
Bürogebäude	135,4	+4,2	+0,1
Gewerbliche Betriebsgebäude	133,8	+3,6	-0,1
Instandhaltung			
Schönheitsreparaturen in Wohnungen	141,4	+6,2	-
Straßenbau			
Straßenbau	125,8	+1,4	-0,2



Tabellenteil

Genehmigte Wohngebäude, Wohnungen, Wohnfläche und veranschlagte Baukosten 1991 und 1992 nach Gebäudearten									
Gebäudeart	Gebäude	Darin Wohnungen							Veranschlagte Baukosten der Bauwerke
		insgesamt	davon entfielen auf				mit Wohnfläche		
			öffentliche Bauherren	Unternehmen	private Haushalte	Organisationen ohne Erwerbszweck			
	Anzahl	%						1 000 m ²	1 000 DM
1991									
Wohngebäude mit ... Wohnung(en)									
1	22 077	22 077	100	0,4	34,2	65,3	0,1	2 807,9	5 898 993
2	3 951	7 902	100	0,6	14,6	84,7	0,2	771,1	1 560 995
3 und mehr	4 724	37 960	100	2,0	60,6	36,2	1,1	2 691,3	4 957 261
Wohnheime	172	1 724	100	6,3	66,1	0,4	27,2	77,4	287 625
Insgesamt	30 924	69 663	100	1,4	47,2	50,1	1,3	6 348,0	12 704 874
darunter Wohngebäude mit Eigentumswohnungen	1 658	11 388	100	0,1	75,0	24,9	–	860,6	1 542 498
1992									
Wohngebäude mit ... Wohnung(en)									
1	23 317	23 317	100	0,1	28,8	71,1	0,1	3 003,5	6 743 595
2	4 558	9 116	100	0,2	13,7	86,0	0,2	892,9	1 901 932
3 und mehr	5 267	42 505	100	1,6	58,6	37,8	2,0	2 973,3	5 808 819
Wohnheime	124	2 043	100	9,8	76,6	2,9	10,6	75,4	271 732
Insgesamt	33 266	76 981	100	1,2	44,8	52,7	1,4	6 945,1	14 726 078
darunter Wohngebäude mit Eigentumswohnungen	1 978	14 336	100	–	75,8	24,0	0,1	1 046,5	1 992 474

Genehmigte Nichtwohngebäude, Nutzfläche und veranschlagte Baukosten der Bauwerke 1991 und 1992 nach Gebäudearten und Bauherren								
Gebäudeart	Gebäude		Veranschlagte Baukosten der Bauwerke					
	insgesamt	mit Nutzfläche	insgesamt		davon entfielen auf			
					öffentliche Bauherren	Unternehmen	private Haushalte	Organisationen ohne Erwerbszweck
			Anzahl	1 000 m²	1 000 DM	%		
1991								
Anstaltsgebäude	52	92,9	230 296	100	42,5	28,9	1,9	26,4
Büro- und Verwaltungsgebäude	640	949,0	1 803 302	100	8,7	83,1	5,7	44,3
Landwirtschaftliche Betriebsgebäude	974	478,9	230 444	100	0,8	96,9	0,9	1,4
Nichtlandwirtschaftliche Betriebsgebäude	3 150	3 934,9	3 943 519	100	3,9	90,1	5,3	0,7
Sonstige Nichtwohngebäude	504	416,0	910 020	100	51,7	21,7	4,0	22,7
Nichtwohngebäude insgesamt	5 320	5 871,8	7 117 581	100	12,4	77,8	5,0	4,8
1992								
Anstaltsgebäude	50	163,7	396 879	100	34,7	18,8	—	46,5
Büro- und Verwaltungsgebäude	639	1 191,1	2 555 157	100	8,6	85,8	4,1	1,6
Landwirtschaftliche Betriebsgebäude	883	390,7	208 122	100	0	97,6	1,1	1,3
Nichtlandwirtschaftliche Betriebsgebäude	2 743	3 617,9	4 039 805	100	3,0	91,2	4,4	1,5
Sonstige Nichtwohngebäude	490	437,1	922 183	100	40,4	28,9	4,1	26,6
Nichtwohngebäude insgesamt	4 805	5 800,5	8 122 146	100	10,5	79,0	4,0	6,6

Genehmigte Baumaßnahmen an bestehenden Nichtwohngebäuden 1992								
Gebäudeart	Gebäude		Veranschlagte Baukosten der Bauwerke					
	insgesamt	mit Nutzfläche	insgesamt		davon entfielen auf			
					öffentliche Bauherren	Unternehmen	private Haushalte	Organisationen ohne Erwerbszweck
	Anzahl	1 000 m ²	1 000 DM		%			
Anstaltsgebäude	44	41,4	155 498	100	54,2	6,9	1,5	35,3
Büro- und Verwaltungsgebäude	330	95,2	201 637	100	9,2	84,5	5,1	1,1
Landwirtschaftliche Betriebsgebäude	221	41,8	30 440	100	0,3	94,1	4,6	1,1
Nichtlandwirtschaftliche Betriebsgebäude	1 262	772,2	770 670	100	1,0	95,6	3,3	0,2
Sonstige Nichtwohngebäude	305	88,2	232 461	100	67,0	9,5	1,9	23,5
Nichtwohngebäude insgesamt	2 162	1 038,7	1 390 706	100	19,2	69,9	3,2	7,8

Baufertigstellungen im Wohnbau*) 1991 und 1992 nach Bauherren								
Bauherr	Baumaßnahmen		Wohnungen		Wohnfläche		Veranschlagte reine Baukosten	
	Anzahl	%	Anzahl	%	1 000 m ²	%	1 000 DM	%
1991								
Wohngebäude insgesamt	37 433	100	62 784	100	6 049	100	11 317 918	100
davon entfielen auf								
öffentliche Bauherren	349	0,9	935	1,5	65	1,1	144 725	1,3
Unternehmen	10 642	28,4	24 540	39,1	2 117	35,0	3 732 230	33,0
darunter								
Wohnungsunternehmen ¹⁾	9 034	24,1	21 160	33,7	1 804	29,8	3 157 953	27,9
private Haushalte	26 359	70,4	36 913	58,8	3 840	63,5	7 369 123	33,3
Organisationen ohne Erwerbszweck	83	0,2	396	0,6	26	0,4	71 840	0,6
1992								
Wohngebäude insgesamt	39 332	100	73 538	100	6 834	100	13 458 659	100
davon entfielen auf								
öffentliche Bauherren	262	0,7	1 058	1,4	78	1,1	171 792	1,3
Unternehmen	11 554	29,4	32 170	43,7	2 629	38,5	4 904 486	36,4
darunter								
Wohnungsunternehmen ¹⁾	9 704	24,7	27 406	37,3	2 221	32,5	4 115 013	30,6
private Haushalte	27 399	69,7	39 692	54,0	4 082	59,7	8 270 303	61,4
Organisationen ohne Erwerbszweck	117	0,3	618	0,8	45	0,7	112 078	0,8

*) Errichtung neuer Wohngebäude und Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden – 1) ohne Immobilienfonds und sonstige Unternehmen

Fertiggestellte Wohngebäude 1991 und 1992 nach Gebäudearten und Haustypen						
Gebäudeart	Haustyp	Wohngebäude		Veranschlagte Baukosten je m ² Wohnfläche	Durchschnittliche Wohnfläche je Wohnung	Veranschlagte Baukosten je Gebäude
		insgesamt	darin durchschnittliche Wohnungen je Gebäude			
		Anzahl		DM	m ²	DM
1991						
Wohngebäude mit ... Wohnung(en)						
1	Einzelhaus	10 623	1,0	2 125	137,5	292 212
	Doppelhaus	6 027	1,0	1 931	116,1	224 253
	Reihenhaus	5 231	1,0	1 820	113,8	207 142
	sonstiger Haustyp	154	1,0	1 914	117,5	224 955
2	Einzelhaus	2 538	2,0	1 986	96,2	382 294
	Doppelhaus	747	2,0	1 851	97,3	360 363
	Reihenhaus	287	2,0	1 811	86,6	313 564
	sonstiger Haustyp	36	2,0	1 978	97,2	384 694
3 und mehr ¹⁾	Einzelhaus	1 834	6,5	1 752	72,3	829 336
	Doppelhaus	580	6,0	1 814	74,1	811 907
	Reihenhaus	829	7,6	1 763	71,7	956 204
	sonstiger Haustyp	557	10,8	1 758	68,5	1 304 781
1992						
Wohngebäude mit ... Wohnung(en)						
1	Einzelhaus	10 625	1,0	2 216	138,2	306 107
	Doppelhaus	5 716	1,0	2 021	117,4	237 232
	Reihenhaus	5 143	1,0	1 885	114,7	215 922
	sonstiger Haustyp	188	1,0	1 920	113,8	218 548
2	Einzelhaus	2 741	2,0	2 054	98,2	403 339
	Doppelhaus	835	2,0	1 948	99,3	386 893
	Reihenhaus	285	2,0	1 847	90,4	333 726
	sonstiger Haustyp	42	2,0	2 007	100,0	401 333
3 und mehr ¹⁾	Einzelhaus	2 408	7,0	1 851	70,8	912 236
	Doppelhaus	593	6,4	1 796	73,0	844 946
	Reihenhaus	1 077	8,4	1 939	70,6	1 146 817
	sonstiger Haustyp	710	10,8	1 887	70,3	1 428 341

1) einschl. Wohnheimen

Baufertigstellungen im Nichtwohnbau 1991 und 1992 nach Bauherren ¹⁾						
Bauherr	Baumaßnahmen		Nutzfläche		Veranschlagte reine Baukosten	
	Anzahl	%	1 000 m ²	%	1 000 DM	%
1991						
Nichtwohngebäude insgesamt	6 876	100	6 356,0	100	7 722 951	100
davon entfielen auf						
öffentliche Bauherren	366	5,3	363,7	5,7	946 390	12,3
Unternehmen	5 630	81,9	5 577,9	87,8	6 149 787	79,6
darunter						
Produzierendes Gewerbe	2 209	32,1	2 478,6	39,0	2 348 125	30,4
private Haushalte	533	7,8	230,9	3,6	276 060	3,6
Organisationen						
ohne Erwerbszweck	347	5,0	183,5	2,9	350 714	4,5
1992						
Nichtwohngebäude insgesamt	7 186	100	6 962,1	100	8 951 309	100
davon entfielen auf						
öffentliche Bauherren	430	6,0	452,1	6,5	1 454 122	16,2
Unternehmen	5 790	80,6	6 013,3	86,4	6 686 062	74,7
darunter						
Produzierendes Gewerbe	2 148	29,9	2 411,3	34,6	2 249 646	25,1
private Haushalte	576	8,0	265,9	3,8	338 579	3,8
Organisationen						
ohne Erwerbszweck	390	5,4	230,8	3,3	472 546	5,3

1) Errichtung neuer Gebäude und Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden

Baufertigstellungen im Nichtwohnbau 1991 und 1992 nach Gebäudearten							
Merkmal	Einheit	Nichtwohngebäude					
		insgesamt	davon				
			Anstaltsgebäude	Büro- und Verwaltungsgebäude	landwirtschaftliche Betriebsgebäude	nichtlandwirtschaftliche Betriebsgebäude	sonstige Nichtwohngebäude
1991							
Gebäude	Anzahl	4 882	49	536	1 001	2 903	393
	%	100	1,0	11,0	20,5	59,5	8,0
Nutzfläche	1 000 m²	5 585	88	978	439	3 713	367
	%	100	1,6	17,5	7,9	66,5	6,6
Rauminhalt	1 000 m³	34 950	435	5 163	2 439	24 985	1 927
	%	100	1,2	14,8	7,0	71,5	5,5
Veranschlagte Kosten des Bauwerkes	1 000 DM	6 642 916	197 913	1 920 979	204 375	3 742 337	577 312
	%	100	3,0	28,9	3,1	56,3	8,7
1992							
Gebäude	Anzahl	5 051	73	579	977	2 946	476
	%	100	1,4	11,5	19,3	58,3	9,4
Nutzfläche	1 000 m²	6 003	147	1 002	431	4 007	415
	%	100	2,4	16,7	7,2	66,7	6,9
Rauminhalt	1 000 m³	38 569	768	5 347	2 526	27 332	2 596
	%	100	2,0	13,9	6,5	70,9	6,7
Veranschlagte Kosten des Bauwerkes	1 000 DM	7 858 641	345 784	2 199 969	222 884	4 030 601	1 059 403
	%	100	4,4	28,0	2,8	51,3	13,5

Fertiggestellte Nichtwohngebäude im Fertigteilbau und deren Anteil am Nichtwohnbau 1991 und 1992 nach Gebäudearten

Gebäudeart	Nichtwohngebäude im Fertigteilbau		Rauminhalt		Nutzfläche		Veranschlagte Baukosten der Bauwerke			
	ins- gesamt	Anteil am Nicht- wohnbau ins- gesamt	ins- gesamt	Anteil am Nicht- wohnbau ins- gesamt	ins- gesamt	Anteil am Nicht- wohnbau ins- gesamt	ins- gesamt	Anteil am Nicht- wohnbau ins- gesamt	je m² Nutzfläche	
									Fertig- teilbau	konven- tioneller Bau
Anzahl	%	1 000 m³	%	1 000 m²	%	1 000 DM	%	DM		
1991										
Anstaltsgebäude	2	4,1	36	8,3	3,7	4,2	10 079	5,1	2 724	2 249
Büro- und Verwaltungsgebäude	113	21,1	1 126	21,8	225,0	23,0	399 678	20,8	1 776	1 964
Landwirtschaftliche Betriebsgebäude	322	32,2	846	34,7	161,8	36,9	57 522	28,1	356	466
Nichtlandwirtschaftliche Betriebsgebäude darunter	1 257	43,3	13 501	54,0	1 897,2	51,1	1 641 604	43,9	865	1 008
Fabrik- und Werkstatt- gebäude	507	42,0	5 722	54,2	786,2	50,9	660 101	46,6	840	917
Handelsgebäude einschl. Lagergebäuden	666	46,5	7 407	57,0	1 017,3	54,1	920 195	47,1	905	1 039
Sonstige Nicht- wohngebäude	58	14,8	675	35,0	152,2	41,5	168 287	29,2	1 106	1 573
Nichtwohngebäude insgesamt	1 752	35,9	16 184	46,3	2 439,9	43,7	2 277 170	34,3	933	1 189
1992										
Anstaltsgebäude	8	11,0	136	17,7	28,1	19,1	88 151	25,5	3 137	2 169
Büro- und Verwaltungsgebäude	101	17,4	1 139	21,3	232,7	23,2	344 262	15,6	1 479	2 413
Landwirtschaftliche Betriebsgebäude	354	36,2	1 127	44,6	191,7	44,5	85 688	38,4	447	572
Nichtlandwirtschaftliche Betriebsgebäude darunter	1 330	45,1	14 980	54,8	2 064,4	51,5	1 684 562	41,8	816	1 207
Fabrik- und Werkstatt- gebäude	571	48,3	5 820	54,9	833,7	53,6	674 330	47,0	809	1 054
Handelsgebäude einschl. Lagergebäuden	673	45,4	8 900	56,5	1 172,3	52,2	955 823	41,1	815	1 278
Sonstige Nicht- wohngebäude	65	13,7	395	15,2	66,9	16,1	95 255	9,0	1 424	2 769
Nichtwohngebäude insgesamt	1 858	36,8	17 778	46,1	2 583,8	43,0	2 297 918	29,2	889	1 626

Abgang ganzer Gebäude im Wohn- und Nichtwohnbau 1991 und 1992 nach Abgangsursachen											
Abgangsursache a = 1991 b = 1992		Wohngebäude						Nichtwohngebäude			
		insgesamt		mit Wohnungen		mit Wohnfläche		insgesamt		mit Nutzfläche	
		Anzahl	%	Anzahl	%	1 000 m ²	%	Anzahl	%	1 000 m ²	%
Abgang ganzer Gebäude	a	903	100	1 947	100	163	100	1 926	100	1 163	100
insgesamt	b	873	100	1 842	100	153	100	1 855	100	1 085	100
darunter											
zum Zweck der											
Schaffung öffentlicher	a	41	4,5	110	5,6	8	4,9	29	1,5	12	1,0
Verkehrsflächen	b	38	4,4	114	6,2	9	5,9	23	1,2	16	1,5
Schaffung von Freiflächen	a	85	9,4	145	7,4	12	7,4	250	13,0	176	15,1
	b	112	12,8	313	17,0	18	11,8	231	12,5	103	9,5
Errichtung eines neuen	a	473	52,4	970	49,8	85	52,1	255	13,2	164	14,1
Wohngebäudes	b	504	57,7	899	48,8	80	52,3	337	18,2	220	20,3
Errichtung eines neuen	a	91	10,1	243	12,5	19	11,7	439	22,8	413	35,5
Nichtwohngebäudes	b	65	7,4	209	11,3	14	9,2	401	21,6	420	38,7
wegen bauverordnungsrecht-											
licher Unzulässigkeit des	a	10	1,1	16	0,8	1	0,6	8	0,4	8	0,7
Gebäudes	b	6	0,7	15	0,8	1	0,7	9	0,5	3	0,3
wegen Nutzungsänderung	a	85	9,4	190	9,8	18	11,0	733	38,1	164	14,1
	b	61	7,0	132	7,2	14	9,2	708	38,2	171	15,8

Wohnungen in Wohn- und Nichtwohngebäuden*) am 31. 12. 1986 – 1992 nach Verwaltungsbezirken								
Verwaltungsbezirk	1986 (Basis)	1987	1988	1989	1990	1991	1992	Veränderung 1992 gegenüber 1986 %
Regierungsbezirke								
Düsseldorf	2 269 450	2 279 267	2 290 198	2 303 441	2 316 421	2 333 470	2 350 997	+3,6
Köln	1 675 756	1 684 699	1 694 050	1 704 599	1 716 866	1 732 513	1 752 032	+4,6
Münster	931 977	937 311	943 737	951 879	959 855	969 891	981 659	+5,3
Detmold	729 244	732 432	735 699	741 088	747 371	755 864	765 693	+5,0
Arnsberg	1 540 788	1 546 226	1 551 697	1 559 221	1 567 819	1 578 599	1 592 362	+3,4
Nordrhein-Westfalen	7 147 215	7 179 935	7 215 381	7 260 228	7 308 332	7 370 337	7 442 743	+4,1
davon								
kreisfreie Städte	3 436 961	3 446 899	3 457 868	3 471 286	3 485 254	3 503 222	3 527 975	+2,7
Kreise	3 710 254	3 733 036	3 757 513	3 788 942	3 823 078	3 867 115	3 914 768	+5,5

*) ohne Wohnungen in Gebäuden mit vollständiger oder teilweiser Wohnheimnutzung

Wohnungsbestand am 31. 12. 1992 nach Verwaltungsbezirken						
Verwaltungsbezirk	Wohnungen ¹⁾ in Wohn- und Nichtwohngebäuden					
	Wohnungen	darin Räume ²⁾	Räume je Wohnung	Einwohner ³⁾ je Wohnung	Wohnfläche	Wohnfläche je Einwohner ³⁾
					100 m ²	m ²
Regierungsbezirke						
Düsseldorf	2 350 997	9 520 752	4,1	2,2	1 817 952	34,5
Köln	1 752 032	7 487 575	4,3	2,3	1 463 980	35,8
Münster	981 659	4 466 742	4,6	2,6	859 031	34,1
Detmold	765 693	3 604 525	4,7	2,5	700 241	36,2
Arnsberg	1 592 362	6 808 069	4,3	2,4	1 285 266	34,1
Nordrhein-Westfalen	7 442 743	31 887 663	4,3	2,4	6 126 470	34,8
davon						
kreisfreie Städte	3 527 975	13 696 784	3,9	2,2	2 573 120	34,0
Kreise	3 914 768	18 190 879	4,7	2,6	3 553 351	35,5

1) ohne Wohnungen in Gebäuden mit vollständiger oder teilweiser Wohnheimnutzung – 2) einschl. Küchen – 3) am 30. 6. 1992

Wohnungen in Wohn- und Nichtwohngebäuden*) am 31. 12. 1992 nach Anzahl der Räume und Verwaltungsbezirken %								
Verwaltungsbezirk	Wohnungen in Wohn- und Nichtwohngebäuden							
	insgesamt	davon mit ... Raum/Räumen ¹⁾						
		1	2	3	4	5	6	7 und mehr
Regierungsbezirke								
Düsseldorf	100	2,3	7,2	27,2	32,9	17,2	7,4	5,8
Köln	100	3,1	6,8	22,7	29,0	19,1	10,4	8,9
Münster	100	1,7	4,7	20,0	30,3	20,1	10,7	12,5
Detmold	100	1,4	4,1	17,8	28,5	21,4	12,4	14,3
Arnsberg	100	1,6	5,5	24,8	32,9	17,8	8,6	8,8
Nordrhein-Westfalen	100	2,2	6,1	23,7	31,2	18,6	9,3	8,9
davon								
kreisfreie Städte	100	3,2	8,1	29,4	33,7	15,3	5,9	4,4
Kreise	100	1,3	4,3	18,6	28,9	21,6	12,4	13,0

*) ohne Wohnungen in Gebäuden mit vollständiger oder teilweiser Wohnheimnutzung – 1) einschl. Küchen

Bestand an Wohngebäuden*) am 31. 12. 1992 nach Gebäudearten und Verwaltungsbezirken													
Verwaltungsbezirk	Wohngebäude												
	insgesamt				davon								
					mit 1 Wohnung			mit 2 Wohnungen			mit 3 und mehr Wohnungen		
	Gebäude	Wohnungen	Wohnfläche je Wohnung	Gebäude	Wohnfläche je Wohnung	Gebäude	Wohnfläche je Wohnung	Gebäude	Wohnfläche je Wohnung				
										Anzahl	%	m²	Anzahl
Regierungsbezirke													
Düsseldorf	845 381	100	2 317 877	77	441 624	52,2	115	151 406	17,9	82	252 351	29,9	66
Köln	797 585	100	1 726 594	84	511 376	64,1	115	140 105	17,6	84	146 104	18,3	66
Münster	464 330	100	964 751	87	278 102	59,9	123	97 537	21,0	86	88 691	19,1	68
Detmold	394 303	100	746 542	91	224 959	57,1	125	110 987	28,1	86	58 357	14,8	70
Arnsberg	631 720	100	1 567 192	81	309 299	49,0	119	158 779	25,1	84	163 642	25,9	67
Nordrhein-Westfalen	3 133 319	100	7 322 956	82	1 765 360	56,3	118	658 814	21,0	84	709 145	22,6	67
davon													
kreisfreie Städte	1 040 839	100	3 481 517	73	437 788	42,1	114	186 429	17,9	81	416 622	40,0	65
Kreise	2 092 480	100	3 841 439	91	1 327 572	63,4	120	472 385	22,6	85	292 523	14,0	69

*) ohne Wohngebäude mit vollständiger oder teilweiser Wohnheimnutzung



Zahlenspiegel

Zahlenspiegel Nordrhein-Westfalen

Die mit einem Stern versehenen Positionen werden von allen statistischen Landesbehörden im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

Lfd. Nr.	Merkmal	Einheit	1991	1992
			Monatsdurchschnitt	
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit				
1	* Bevölkerung am Monatsende ¹⁾	1 000	17 423	17 597
Natürliche Bevölkerungsbewegung ¹⁾				
2	* Eheschließungen ²⁾	Anzahl	9 274	9 242
3	je 1 000 Einw. und 1 Jahr		6,4	6,3
4	* Lebendgeborene ³⁾	Anzahl	16 536	16 408
5	je 1 000 Einw. und 1 Jahr		11,4	11,2
6	Totgeborene	je 1 000 Geborene	3,5	3,8
7	* Gestorbene ⁴⁾ ohne Totgeborene	Anzahl	16 067	15 734
8	je 1 000 Einw. und 1 Jahr		11,1	10,7
9	* darunter im ersten Lebensjahr	Anzahl	125	114
10	je 1 000 Lebendgeborene		7,5	7,0
11	* Geburten- (+) bzw. Sterbefallüberschuß (–)	Anzahl	+469	+714
12	je 1 000 Einw. und 1 Jahr		+0,3	+0,5
Wanderungen				
13	* über die Grenzen des Landes Zugezogene	Anzahl	33 571	35 492
14	* über die Grenzen des Landes Fortgezogene	"	20 688	22 058
15	* Wanderungsgewinn (+) bzw. -verlust (–)	"	+12 883	+13 434
16	* innerhalb des Landes Umgezogene ⁵⁾	"	38 827	40 879
Arbeitsmarkt				
17	* Arbeitslose am Monatsende	1 000	560	584
18	* darunter Männer	"	301	322
Landwirtschaft				
Viehbestand ⁶⁾				
19	* Rindvieh (einschl. Kälbern)	1 000	1 848	1 823p
20	* darunter Milchkühe (ohne Ammen- und Mutterkühe)	"	495	478p
21	* Schweine	"	5 675	5 834p
22	* darunter Schlacht- und Mastschweine	"	2 186	2 265p
23	* Zuchtsauen	"	579	605p
24	* darunter trächtig	"	391	410p
Schlachtungen von Tieren inländischer Herkunft				
25	* Rinder	1 000 St.	98	83
26	* Kälber	"	16	15
27	* Schweine	"	983	926
28	* darunter Hausschlachtungen	"	5	5
29	* Schlachtmengen ⁷⁾	1 000 t	120	112
30	* darunter Rinder	"	30	26
31	* Kälber	"	2	2
32	* Schweine	"	88	84
Geflügel				
eingelegte Bruteier ⁸⁾				
33	* für Legehennenküken zum Gebrauch	1 000	933	850
34	* für Masthühnerküken zum Gebrauch	"	3 753	3 290
35	* Geflügelfleisch ⁹⁾	1 000 kg	4 544	4 274
Milcherzeugung				
36	* Kuhmilcherzeugung	1 000 t	227	222
37	* darunter an Molkereien und Händler geliefert	%	95,8	95,7
38	* Milchleistung je Kuh und Tag	kg	14,6	14,9p
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe ¹⁰⁾				
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe insgesamt				
39	Auftragseingangsindex (nominal)	1985 = 100	125	122
40	* Index der Nettoproduktion (von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt)	1985 = 100	116	112
41	* Beschäftigte am Monatsende (einschl. der tätigen Inhaber)	1 000	2 038	1 983
42	* darunter Arbeiter (einschl. der gewerblich Auszubildenden)	"	1 408	1 355
43	* geleistete Arbeiterstunden	"	187 377	180 564
44	* Löhne (brutto)	Mill. DM	5 345	5 430
45	* Gehälter (brutto)	"	3 811	4 014
46	* Gesamtumsatz (ohne MWSt.)	"	43 201	43 324
47	* darunter Auslandsumsatz	"	11 218	11 180

1) Bei den Werten des Jahres 1991 handelt es sich um vorläufige Werte. – 2) nach dem Ereignisort – 3) nach der Wohngemeinde der Mutter – 4) nach der Wohngemeinde des 7) aus gewerbli. Schlachtungen (ohne Geflügel); einschl. Schlachtfetten, jedoch ohne Innereien – 8) in Betrieben mit einem Fassungsvermögen von 1 000 und mehr Eiern – Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten

1992			1993				Lfd. Nr.
Juli	August	September	Juni	Juli	August	September	
17 604	17 622	17 641	1
11 926	10 948	11 494	11 416	2
8,0	7,3	8,0	3
17 603	17 246	17 160	17 086	4
11,8	11,6	11,9	5
3,5	4,2	3,6	3,3	6
15 176	14 956	14 894	15 577	7
10,2	10,0	10,3	8
96	109	107	112	9
5,5	6,3	6,2	6,6	10
+2 427	+2 290	+2 266	+1 509	11
+1,6	+1,5	+1,6	12
39 825	39 284	41 533	13
23 738	23 580	25 132	14
+16 087	+15 704	+16 401	15
44 002	41 835	44 054	16
592	593	582	683	725	718	716	17
323	323	318	389	413	409	410	18
.	.	.	1 787	.	.	.	19
.	.	.	458	.	.	.	20
.	6 080	.	.	.	6 054	.	21
.	2 280	.	.	.	2 324	.	22
.	600	.	.	.	581	.	23
.	401	.	.	.	392	.	24
81	78	85	70	63	68	76	25
15	15	16	15	14	12	16	26
925	894	962	973	930	933	932	27
2	2	2	3	2	2	2	28
111	108	116	114	107	109	112	29
26	25	27	23	20	22	24	30
2	2	2	2	2	2	2	31
83	81	87	89	85	85	86	32
534	822	658	754	477	803	552	33
3 488	3 489	3 036	1 831	1 628	1 629	1 522	34
4 091	3 949	4 220	3 460	3 104	3 230	3 271	35
233	222	215	239	239	233	216	36
96,5	95,9	95,0	97,1	97,0	96,4	95,7	37
15,7	15,0	14,9	16,7	16,8	16,4	15,7	38
121	107	124	113	107	106	116	39
105	96	114	112	94	95	108	40
1 990	1 987	1 982	1 846	1 838	1 832	1 824	41
1 365	1 360	1 352	1 242	1 236	1 231	1 222	42
183 168	165 295	183 015r	160 990	152 259	153 010	163 263	43
5 529	5 440	5 413	5 073	5 005	4 957	4 956	44
3 970	3 822	3 801	4 118	3 832	3 705	3 732	45
43 591	37 605	47 206r	41 981	38 235	37 443	43 191	46
11 177	8 867	12 088r	11 082	9 442	9 232	11 036	47

Verstorbenen – 5) ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene – 6) statt Monatsdurchschnitt 1991 bzw. 1992: Viehbestand am 3. Dezember 1991 bzw. 3. Dezember 1992 – 9) aus Schlachtungen inländischen und ausländischen Geflügels in Schlachtereien mit einer Schlachtkapazität von 2 000 und mehr Tieren im Monat – 10) Betriebe von

Zahlenspiegel Nordrhein-Westfalen

Die mit einem Stern versehenen Positionen werden von allen statistischen Landesbehörden im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

Lfd. Nr.	Merkmal	Einheit	1991	1992
			Monatsdurchschnitt	
Noch: Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe¹⁾				
1	* Kohleverbrauch	1 000 t SKE ²⁾	1 907	1 778
2	* Gasverbrauch ³⁾	Mill. m ³	1 006	929
3	* Stadt-, Kokerei- und Ferngas	"	273	199
4	* Erd- und Erdölgas	"	732	730
5	* Heizölverbrauch	1 000 t	385	362
6	* leichtes Heizöl	"	147	122
7	* schweres Heizöl	"	238	240
8	* Stromverbrauch	Mill. kWh	6 647	6 468
9	* Stromerzeugung (industrielle Eigenerzeugung)	"	2 837	2 737
Bergbau				
10	* Index der Nettoproduktion (von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt)	1985 = 100	80	77
11	Beschäftigte (einschl. der tätigen Inhaber) ⁴⁾	1 000	126	119
12	darunter Arbeiter (einschl. der gewerblich Auszubildenden)	"	100	93
13	geleistete Arbeiterstunden	"	11 121	10 708
14	Löhne (brutto)	Mill. DM	412	421
15	Gehälter (brutto)	"	192	203
16	Gesamtumsatz (ohne MWSt.)	"	1 729	1 682
17	darunter Auslandsumsatz	"	89	62
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe				
18	Auftragseingangsindex (nominal)	1985 = 100	100	96
19	* Index der Nettoproduktion (von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt)	1985 = 100	107	105
20	Beschäftigte (einschl. der tätigen Inhaber) ⁴⁾	1 000	494	477
21	darunter Arbeiter (einschl. der gewerblich Auszubildenden)	"	320	306
22	geleistete Arbeiterstunden	"	42 853	41 006
23	Löhne (brutto)	Mill. DM	1 338	1 337
24	Gehälter (brutto)	"	1 154	1 195
25	Gesamtumsatz (ohne MWSt.)	"	13 815	13 519
26	darunter Auslandsumsatz	"	4 084	3 948
Investitionsgüter produzierendes Gewerbe				
27	Auftragseingangsindex (nominal)	1985 = 100	145	143
28	* Index der Nettoproduktion (von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt)	1985 = 100	127	119
29	Beschäftigte (einschl. der tätigen Inhaber) ⁴⁾	1 000	936	914
30	darunter Arbeiter (einschl. der gewerblich Auszubildenden)	"	641	619
31	geleistete Arbeiterstunden	"	85 749	82 796
32	Löhne (brutto)	Mill. DM	2 422	2 464
33	Gehälter (brutto)	"	1 776	1 884
34	Gesamtumsatz (ohne MWSt.)	"	17 178	17 397
35	darunter Auslandsumsatz	"	5 434	5 541
Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe				
36	Auftragseingangsindex (nominal)	1985 = 100	142	141
37	* Index der Nettoproduktion (von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt)	1985 = 100	124	120
38	Beschäftigte (einschl. der tätigen Inhaber) ⁴⁾	1 000	362	354
39	darunter Arbeiter (einschl. der gewerblich Auszubildenden)	"	268	259
40	geleistete Arbeiterstunden	"	35 898	34 556
41	Löhne (brutto)	Mill. DM	920	942
42	Gehälter (brutto)	"	503	536
43	Gesamtumsatz (ohne MWSt.)	"	6 652	6 684
44	darunter Auslandsumsatz	"	1 362	1 337
Nahrungs- und Genußmittelgewerbe				
45	* Index der Nettoproduktion (von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt)	1985 = 100	132	129
46	Beschäftigte (einschl. der tätigen Inhaber) ⁴⁾	1 000	120	119
47	darunter Arbeiter (einschl. der gewerblich Auszubildenden)	"	79	78
48	geleistete Arbeiterstunden	"	11 755	11 498
49	Löhne (brutto)	Mill. DM	254	266
50	Gehälter (brutto)	"	185	196
51	Gesamtumsatz (ohne MWSt.)	"	3 827	4 041
52	darunter Auslandsumsatz	"	249	293
Handwerk ⁵⁾				
53	* Beschäftigte (einschl. der tätigen Inhaber) ⁶⁾	30. 9. 76 = 100	98,0	99,4
54	* Gesamtumsatz (ohne Umsatzsteuer)	Vj.-D. 1976 = 100	190,9	205,4

1) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten; – seit 1985 werden Brennstoffverbräuche nur noch vierteljährlich (für das Berichtsquartal) kJ/m³ – 4) am Monatsende – 5) ohne handwerkliche Nebenbetriebe – 6) am Ende des Berichtsquartals

erhoben. – 2) eine t Steinkohle oder -briketts = 1,03 t Steinkohlenkoks = 1,45 t Braunkohlenbriketts = 3,85 t Rohbraunkohle – 3) umgerechnet auf den Heizwert von 35 169

erhoben, – 2) eine t Steinkohle oder -briketts = 1,03 t Steinkohlenkoks = 1,45 t Braunkohlenbriketts = 3,85 t Rohbraunkohle – 3) umgerechnet auf den Heizwert von 35 169

Zahlenspiegel Nordrhein-Westfalen

Die mit einem Stern versehenen Positionen werden von allen statistischen Landesbehörden im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

Lfd. Nr.	Merkmal	Einheit	1991	1992
			Monatsdurchschnitt	
	Öffentliche Energieversorgung			
1	* Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	11 860	11 806
2	* Stromverbrauch (einschl. Verlusten)	"	10 594	10 500
3	Stromabgabe der industriellen Eigenanlagen an Fremde	"	1 762	1 707
	Bauhauptgewerbe			
	Bauhauptgewerbe (nach der Totalerhebung hochgerechnet)			
4	* Beschäftigte (einschl. der tätigen Inhaber) ¹⁾	Anzahl	241 850	240 849
5	* geleistete Arbeitsstunden	1 000	25 167	25 574
6	* darunter für Wohnungsbauten	"	8 216	8 484
7	* gewerbliche und industrielle Bauten ²⁾	"	9 879	9 923
8	* Verkehrs- und öffentliche Bauten	"	7 072	7 167
9	* Löhne (brutto)	Mill. DM	719,3	762,8
10	* Gehälter (brutto)	"	197,2	218,0
11	* baugewerblicher Umsatz (ohne MWSt.)	"	2 879,6	3 162,5
	Bautätigkeit und Wohnungswesen			
	Baugenehmigungen			
12	* Wohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	2 577	2 776
13	* darunter mit 1 und 2 Wohnungen	"	2 169	2 327
14	* Rauminhalt	1 000 m ³	3 052	3 339
15	* veranschlagte Kosten der Bauwerke	1 000 DM	1 058 450	1 230 027
16	* Wohnfläche	1 000 m ²	529	579
17	* Nichtwohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	443	401
18	* Rauminhalt	1 000 m ³	3 142	3 056
19	* veranschlagte Kosten der Bauwerke	1 000 DM	593 573	678 137
20	* Nutzfläche	1 000 m ²	489	484
21	* Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	6 701	7 280
	Handel und Gastgewerbe			
22	* Index der Umsätze im Einzelhandel ³⁾	1986 = 100	133,7	132,4
	davon des Einzelhandels mit			
23	Nahrungsmitteln, Getränken, Tabakwaren	"	122,6	112,6
24	Textilien, Bekleidung, Schuhen, Lederwaren	"	123,2	125,6
25	Einrichtungsgegenständen (ohne elektronische und Haushaltsgroßgeräte)	"	150,6	158,0
26	elektrotechnischen Erzeugnissen, Haushaltsgroß- geräten, Musikinstrumenten	"	124,8	115,7
27	Papierwaren, Druckerzeugnissen, Büromaschinen pharmazeutischen, kosmetischen und medizinischen Erzeugnissen, Reinigungsmitteln	"	161,1	167,7
28	Kraft- und Schmierstoffen (Tankstellen ohne Agenturtankstellen)	"	139,2	149,1
29	Fahrzeugen, Fahrzeugteilen, -zubehör und -reifen	"	149,8	147,8
30	sonstigen Waren, Waren verschiedener Art ⁴⁾	"	171,8	173,6
31		"	123,1	124,0
32	Index der Umsätze im Großhandel ⁵⁾	1986 = 100	123,5	120,0
	davon des Großhandels mit			
33	Rohstoffen und Halbwaren	"	107,2	100,8
34	Fertigwaren	"	139,6	139,0
35	* Index der Umsätze im Gastgewerbe ³⁾	1986 = 100	119,8	124,6
36	davon Beherbergungsgewerbe	"	153,8	165,5
37	Gaststättengewerbe	"	108,4	111,4
38	Kantinen	"	143,2	144,7
	Warenverkehr mit den neuen Bundesländern und dem Ostteil Berlins			
39	Bezüge Nordrhein-Westfalens	1 000 DM	186 919	201 020
40	Lieferungen Nordrhein-Westfalens	"	944 214	1 342 595
41	* Ausfuhr insgesamt	Mill. DM	12 848,0	12 934,3
42	* davon Güter der Ernährungswirtschaft	"	459,2	472,5
43	* Güter der gewerblichen Wirtschaft	"	12 388,7	12 461,8
44	* davon Rohstoffe	"	182,3	166,8
45	* Halbwaren	"	848,8	829,8
46	* Fertigwaren	"	11 357,7	11 465,3
47	* davon Vorerzeugnisse	"	3 213,0	3 114,5
48	* Enderzeugnisse	"	8 144,7	8 345,8
	Ausfuhr nach ausgewählten Verbrauchsländern			
49	Belgien und Luxemburg	Mill. DM	1 530,1	1 565,9
50	Dänemark	"	217,8	227,6
51	Frankreich	"	1 384,2	1 401,2
52	Griechenland	"	103,7	114,6
53	Großbritannien	"	1 086,2	1 047,0
54	Italien	"	1 040,6	1 031,9
55	Niederlande	"	1 505,4	1 487,8
56	Portugal	"	136,5	116,1
57	Republik Irland	"	59,7	58,9
58	Spanien	"	501,0	504,3

1) am Monatsende – 2) einschl. landwirtschaftlichen Baus – 3) einschl. Mehrwertsteuer; Berichtsmonat: vorläufige Ergebnisse; Vormonate: endgültige Ergebnisse – gültige Ergebnisse

1992			1993				Lfd. Nr.
Juli	August	September	Juni	Juli	August	September	
10 547	10 118	11 027	10 590	9 843	9 596	10 318	1
9 718	8 634	9 858	9 433	9 224	9 312	...	2
1 828	1 649	1 658	1 461	1 605	1 674	1 746	3
242 221	243 347	243 673	234 881	234 989	237 311	236 609	4
28 389	23 570	28 693	27 224	24 993	25 731	27 771	5
9 455	7 453	9 562	9 891	8 885	9 238	10 143	6
10 868	9 537	10 896	9 851	9 351	9 423	10 034	7
8 066	6 580	8 235	7 482	6 757	7 070	7 594	8
796,0	748,9	775,6	757,5	765,5	780,6	761,7	9
233,0	214,1	209,2	242,4	233,5	222,2	218,6	10
3 409,6	3 129,1	3 234,9	3 332,6	3 305,7	3 202,2	3 431,6	11
3 229	2 851	3 096	4 406	3 021	3 445	3 425	12
2 783	2 349	2 578	3 557	2 473	2 904	2 768	13
3 653	3 497	3 740	5 593	3 778	4 029	4 275	14
1 335 891	1 291 201	1 408 750	2 101 250	1 464 564	1 546 032	1 666 228	15
626	612	656	967	667	701	758	16
463	407	417	430	368	386	419	17
3 371	2 918	2 778	3 000	2 628	2 099	3 371	18
844 091	629 209	623 987	723 421	601 954	564 117	898 205	19
553	504	459	480	412	374	541	20
7 992	7 747	8 444	11 942	8 231	8 482	9 372	21
134,0	113,9	126,1	124,4	129,7	116,8	125,3	22
114,0	102,9	105,7	109,8	110,6	102,8	106,1	23
117,1	99,0	131,4	108,6	123,8	111,9	139,4	24
152,4	127,0	152,3	159,9	161,6	140,6	164,2	25
105,3	99,4	116,1	97,7	104,2	101,6	107,6	26
148,7	165,0	168,6	145,9	160,2	171,0	176,6	27
157,0	137,6	142,3	139,6	143,2	134,4	137,9	28
153,4	137,6	143,3	146,9	145,5	133,7	141,6	29
187,9	133,9	164,6	169,2	164,7	136,8	147,0	30
126,9	112,7	113,2	112,2	124,9	112,1	113,0	31
121,1	109,1	124,0	119,7	113,7	110,5	122,5	32
102,8	94,9	104,5	101,3	95,9	93,8	100,6	33
139,2	123,1	143,3	138,0	131,3	126,9	144,2	34
118,8	113,8	130,5	138,0	122,4	126,1	129,1	35
139,0	141,0	201,6	166,3	136,3	149,9	184,9	36
111,0	105,8	109,3	128,6	117,3	118,4	111,4	37
150,2	110,3	139,4	157,6	139,1	137,5	152,9	38
200 215	224 264	342 919	168 155	143 508	39
1 599 253	1 329 828	1 572 930	1 354 543	1 120 120	40
14 322,5	10 997,6	12 929,0	41
519,2	482,7	475,1	42
13 803,3	10 514,8	12 454,0	43
153,2	157,3	180,8	44
887,3	757,0	764,9	45
12 762,8	9 600,6	11 508,3	46
3 345,6	2 732,3	3 146,9	47
9 417,2	6 868,3	8 361,4	48
1 504,7	1 198,1	1 578,3	49
233,3	228,6	249,6	50
1 606,9	1 023,2	1 421,4	51
140,0	96,2	103,1	52
1 164,4	994,5	1 073,8	53
1 285,5	619,1	1 055,3	54
1 638,8	1 264,8	1 503,3	55
128,6	108,9	94,3	56
77,9	63,1	60,1	57
585,8	368,8	479,0	58

4) u. a. Warenhäuser, SB-Warenhäuser, Verbrauchermärkte und Versandhandel – 5) ohne Mehrwertsteuer; Berichtsmonat: vorläufige Ergebnisse; Vormonate: end-

Zahlenspiegel Nordrhein-Westfalen

Die mit einem Stern versehenen Positionen werden von allen statistischen Landesbehörden im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

Lfd. Nr.	Merkmal	Einheit	1991	1992
			Monatsdurchschnitt	
	Noch: Handel und Gastgewerbe			
1	* EG-Länder zusammen	Mill. DM	7 565,1	7 555,3
2	EFTA-Länder zusammen	"	1 725,9	1 707,4
3	übrige Länder	"	3 556,9	3 671,6
	Fremdenverkehr¹⁾			
4	* Gästeankünfte	1 000	974	989
5	* darunter von Auslandsgästen	"	169	167
6	* Gästeübernachtungen	"	2 962	3 019
7	* darunter von Auslandsgästen	"	415	413
	Verkehr			
	Binnenschifffahrt			
8	Güterumschlag in den Binnenhäfen	1 000 t	10 288	10 061
9	* davon Gütereingang	"	5 952	5 821
10	* Güterversand	"	4 336	4 240
11	Güterdurchgang an der Grenzstelle Emmerich	1 000 t	11 493	11 221
12	davon Bergverkehr	"	7 706	7 482
13	Talverkehr	"	3 787	3 739
	Kraftfahrzeuge			
14	* Zulassungen bzw. Anmeldungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge ²⁾	Anzahl	79 888	73 709
15	darunter Personenkraftwagen einschl. Kombinationskraftwagen	"	71 800	65 470
16	Lastkraftwagen	"	3 849	3 438
17	Krafträder einschl. Kraftröllern und Leichtkrafträdern	"	2 865	3 518
	Straßenverkehrsunfälle			
18	Unfälle insgesamt	Anzahl	43 749	44 067
19	* davon mit Personenschaden	"	6 509	6 735
20	mit nur Sachschaden	"	37 240	37 332
21	* getötete Personen	"	118	115
22	* verletzte Personen	"	8 312	8 571
23	darunter schwerverletzte Personen	"	2 070	2 063
	Deutsche Bundesbahn³⁾			
24	Güterempfang	1 000 t	(6 602)	(5 683)
25	Güterversand	"	(7 791)	(6 591)
	Deutsche Bundespost⁴⁾			
26	Briefsendungen	Mill.	266	277
27	Paketsendungen	1 000	5 286	6 808
	Geld und Kredit			
	Kredite und Einlagen⁵⁾			
28	* Kredite an Nichtbanken (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	Mill. DM	566 516	586 811
29	* darunter Kredite an inländische Nichtbanken	"	553 258	572 362
30	* kurzfristige Kredite (bis 1 Jahr einschl.)	"	112 606	118 156
31	* an Unternehmen und Privatpersonen	"	111 217	116 044
32	* an öffentliche Haushalte	"	1 389	2 112
33	* mittelfristige Kredite (über 1 bis unter 4 Jahre)	"	48 881	49 617
34	* an Unternehmen und Privatpersonen	"	40 832	43 237
35	* an öffentliche Haushalte	"	8 049	6 380
36	* langfristige Kredite (von 4 Jahren und darüber)	"	393 004	406 587
37	* an Unternehmen und Privatpersonen	"	324 083	330 199
38	* an öffentliche Haushalte	"	68 921	76 388
39	durchlaufende Kredite	"	12 025	12 451
40	an Unternehmen und Privatpersonen	"	9 934	10 228
41	an öffentliche Haushalte	"	2 091	2 223

1) in Beherbergungsstätten mit 9 und mehr Gästebetten; ohne Campingplätze – 2) Quelle: Kraftfahrt-Bundesamt – 3) Ergebnisse für die Bereiche der DB-Direktionen Essen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute; ohne Landeszentralbank, ohne Kreditinstitute mit überregionalen Sonderaufgaben (ohne Belastungen auf Sparkonten).

und Köln – 4) Ergebnisse für die Bereiche der Oberpostdirektionen Dortmund, Düsseldorf, Köln und Münster – 5) Die Angaben umfassen die in NRW gelegenen Filialnetze sowie ohne Postgiro- und Postsparkassenämter. Ab 1992 vierteljährlich die für den betreffenden Monat gültigen Bestandszahlen, außer bei Gutschriften und

Zahlenspiegel Nordrhein-Westfalen

Die mit einem Stern versehenen Positionen werden von allen statistischen Landesbehörden im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

Lfd. Nr.	Merkmal	Einheit	1991	1992
			Monatsdurchschnitt	
Noch: Geld und Kredit				
1	* Einlagen und aufgenommene Gelder ¹⁾ von Nichtbanken (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	Mill. DM	490 695	488 550
2	* Sichteinlagen und Termingelder ¹⁾	"	322 937	315 194
3	* von Unternehmen und Privatpersonen	"	272 918	290 831
4	* von öffentlichen Haushalten	"	50 019	24 363
5	* Spareinlagen	"	167 758	173 356
6	* bei Sparkassen	"	96 818	99 910
7	* Gutschriften auf Sparkonten (einschl. Zinsgutschriften) ²⁾	"	10 686	11 879
8	* Belastungen auf Sparkonten ²⁾	"	10 687	11 406
Zahlungsschwierigkeiten				
9	* Konkurse (eröffnete und mangels Masse abgelehnte)	Anzahl	301	337
10	* Vergleichsverfahren	"	1	1
11	* Wechselproteste (ohne die bei der Post) ²⁾	"	1 352	1 450
12	* Wechselsumme ²⁾	Mill. DM	17	21
Sozialleistungen				
13	Wohngeldempfänger	Anzahl	498 765	373 981
14	davon Empfänger von Mietzuschuß	"	472 274	348 787
15	von Lastenzuschuß	"	26 491	25 195
16	Wohngeldanspruch je Fall	DM	152	131
17	Mietzuschuß je Fall	"	151	129
18	Lastenzuschuß je Fall	"	160	152
Gesetzliche Krankenversicherung (ohne mitversicherte Familienangehörige)				
19	Mitglieder insgesamt	1 000	10 490	10 638
20	darunter Pflichtmitglieder	"	6 107	6 172
21	Rentner und Rentenantragsteller	"	3 113	3 163
Steuern				
Steueraufkommen				
22	* Gemeinschaftsteuern	Mill. DM	12 662,4	13 624,7
23	* Steuern vom Einkommen	"	6 671,4	7 247,0
24	* Lohnsteuer ³⁾	"	4 591,5	5 119,7
25	* veranlagte Einkommensteuer	"	1 074,5	1 107,5
26	* nichtveranlagte Steuern vom Ertrag	"	266,3	226,6
27	* Körperschaftsteuer ³⁾	"	739,0	793,3
28	* Steuern vom Umsatz	"	5 991,0	6 377,7
29	* Umsatzsteuer	"	2 384,3	2 784,5
30	* Einfuhrumsatzsteuer	"	3 606,7	3 593,2
31	* Bundessteuern	"	2 515,1	2 680,6
32	* darunter Zölle	"	404,7	369,1
33	* Verbrauchsteuern (ohne Biersteuer)	"	1 698,4	1 812,8
34	darunter Mineralölsteuer	"	868,9	966,8
35	* Landessteuern	"	600,4	661,8
36	* darunter Vermögensteuer	"	152,3	146,1
37	* Kraftfahrzeugsteuer	"	209,8	245,1
38	* Biersteuer	"	38,8	36,4
39	* Gemeindesteuern ⁴⁾	"	3 767,9	4 158,3
40	* darunter Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (brutto)	"	3 060,5	3 408,9
41	* Grundsteuer A	"	14,5	14,7
42	* Grundsteuer B	"	615,0	656,4
Steuerverteilung auf die Gebietskörperschaften ⁴⁾				
43	* Steuereinnahmen des Bundes	Mill. DM	27 979,9	30 174,5
44	* darunter Anteil an den Steuern vom Einkommen	"	8 732,2	9 469,4
45	* Anteil an den Steuern vom Umsatz	"	11 682,4	12 436,5
46	* Anteil an der Gewerbesteuerumlage	"	200,0	226,9
47	* Steuereinnahmen des Landes	"	14 094,1	15 281,5
48	* darunter Anteil an den Steuern vom Einkommen	"	8 732,2	9 469,4
49	* Anteil an den Steuern vom Umsatz	"	3 345,5	3 556,4
50	* Anteil an der Gewerbesteuerumlage	"	200,0	226,9
51	* Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände	"	5 917,6	6 506,7
52	* darunter Anteil an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer	"	2 549,7	2 802,2
53	* Anteil an der Gewerbesteuer	"	2 660,4	2 955,1

1) einschl. durchlaufender Kredite, Sparbriefen, Inhaber-Sparschuldverschreibungen, Sparkassenobligationen u. ä. – 2) ab 1992 vierteljährlich zusammengefaßte Werte

– 3) nach Berücksichtigung der Einnahmen und Ausgaben aus der Zerlegung – 4) statt Monatsdurchschnitt 1991 bzw. 1992: Vierteljahresdurchschnitt

Zahlenspiegel Nordrhein-Westfalen

Die mit einem Stern versehenen Positionen werden von allen statistischen Landesbehörden im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

Lfd. Nr.	Merkmal	Einheit	1991	1992	
			Monatsdurchschnitt		
	Preise				
	Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte				
1	* Gesamtlebenshaltung	1985 = 100	109,6	113,9	
2	* darunter Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	"	107,4	111,1	
3	Wohnungsmieten ¹⁾ , Energie	"	107,0	111,2	
4	Möbel, Haushaltsgeräte und andere Güter für die Haushaltsführung	"	109,0	112,6	
5	Bekleidung, Schuhe	"	110,9	114,7	
	Preisindex für die Lebenshaltung von 4-Personen-Haushalten von Arbeitern und Angestellten mit mittlerem Einkommen				
6	Gesamtlebenshaltung	1985 = 100	109,5	113,9	
7	darunter Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	"	107,2	111,0	
8	Wohnungsmieten ¹⁾ , Energie	"	108,2	112,9	
9	Möbel, Haushaltsgeräte und andere Güter für die Haushaltsführung	"	108,6	112,0	
10	Bekleidung, Schuhe	"	111,0	114,7	
	Preisindex ²⁾ für Wohngebäude				
11	* Bauleistungen am Bauwerk	1985 = 100	121,5	128,7	
12	davon Rohbauarbeiten	"	120,7	127,7	
13	Ausbauarbeiten	"	122,5	130,0	
14	Preisindex ²⁾ für gemischt genutzte Gebäude	} Bauleistungen am Bauwerk	121,1	127,9	
15	für Bürogebäude		"	122,0	128,5
16	für gewerbliche Betriebsgebäude		"	121,7	127,7
17	Preisindex für den Straßenbau ²⁾	"	117,4	122,8	
	Löhne und Gehälter				
	Arbeiter in Industrie und Hoch- und Tiefbau ³⁾				
	Bruttowochenverdienste				
18	* männliche Arbeiter	DM	899	944	
19	* darunter Facharbeiter	"	952	1 001	
20	* weibliche Arbeiter	"	620	654	
21	* darunter Hilfsarbeiter	"	610	641	
	Bruttostundenverdienste				
22	* männliche Arbeiter	DM	22,45	23,67	
23	* darunter Facharbeiter	"	23,74	25,04	
24	* weibliche Arbeiter	"	16,22	17,27	
25	* darunter Hilfsarbeiter	"	15,98	16,96	
	bezahlte Wochenarbeitszeit				
26	männliche Arbeiter	h	40,1	39,9	
27	weibliche Arbeiter	"	38,3	37,9	
	Angestellte, Bruttomonatsverdienste ³⁾				
	in Industrie und Hoch- und Tiefbau				
	kaufmännische Angestellte				
28	* männlich	DM	5 619	5 850	
29	* weiblich	"	3 881	4 053	
	technische Angestellte				
30	* männlich	DM	5 831	6 143	
31	* weiblich	"	3 978	4 189	
	in Handel, Kredit und Versicherungen				
	kaufmännische Angestellte				
32	* männlich	DM	4 642	4 899	
33	* weiblich	"	3 186	3 437	
	Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen				
34	Gesamtindikator der konjunkturellen Entwicklung ⁴⁾		+1,3	+0,2	

1) einschl. Wasserverbrauch in den Wohnungen – 2) statt Monatsdurchschnitt 1991 bzw. 1992: Vierteljahresdurchschnitt – 3) mit der jeweiligen Anzahl der Beschäftigten Ermittlungsverfahren vgl. Stat. Rundschau NW, Heft 11/83.)

gewichteter Durchschnitt der 4 Erhebungsmonate Januar, April, Juli und Oktober – 4) faktorenanalytische Verknüpfung von 10 konjunkturabhängigen Einzelreihen (Zun

Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen für das Bundesgebiet

Lfd. Nr.	Merkmal	Einheit	1991	1992
			Monatsdurchschnitt	
Bevölkerungsstand und Bevölkerungsbewegung				
1	Bevölkerung ¹⁾	1 000	80 275	...
2	Eheschließungen ²⁾	je 1 000 Einwohner	5,7	5,7
3	Lebendgeborene ²⁾	"	10,4	10,1
4	Gestorbene ²⁾	"	11,4	11,1
Erwerbstätigkeit ³⁾				
5	Erwerbstätige	1 000	28 993p	29 141p
6	Arbeitslose ¹⁾	"	1 689	1 808
Landwirtschaft				
7	Gewerbl. Schlachtungen, Schlachtmenge	1 000 t	494	447
8	Milcherzeugung	"	2 201	2 134
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe				
9	Beschäftigte	1 000	9 274	8 275
10	Geleistete Arbeiterstunden	Mill.	781	718
11	Umsatz	Mill. DM
12	darunter Auslandsumsatz	"	44 731	44 689
13	Index der Nettoproduktion ³⁾	1985 = 100	122,1	119,8
Bauhauptgewerbe				
Bauhauptgewerbe, alle Betriebe				
14	Beschäftigte	1 000	1 391	1 412
15	geleistete Arbeitsstunden	Mill.	144	152
16	darunter für Wohnungsbau	"	48	51
Handel				
Einzelhandel ³⁾				
17	Umsatz insgesamt	1986 = 100	136,5	138,3
Innerdeutscher Warenverkehr ³⁾				
18	Bezüge	Mill. DM	749	852
19	Lieferungen	"	3 894	5 282
Außenhandel				
20	Einfuhr	Mill. DM	53 660	53 129
21	Ausfuhr	"	55 484	55 934
Geld und Kredit ¹⁾				
22	Bargeldumlauf	Mrd. DM	171,8	200,5
23	Spareinlagen	"	754,1	770,7
Kredite an				
24	Unternehmen und Privatpersonen	Mrd. DM	2 517,8	2 739,0
25	öffentliche Haushalte	"	629,2	739,3
Steuern				
26	Einnahmen aus Steuern insgesamt	Mill. DM	48 096	53 201
27	Steuern vom Einkommen	"	24 900	27 609
28	Lohnsteuer	"	17 848	20 610
29	veranlagte Einkommensteuer	"	3 461	3 461
30	nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	"	948	939
31	Körperschaftsteuer	"	2 643	2 599
32	Bundessteuern (ohne EG-Anteile Zölle)	"	7 802	8 758
33	darunter Verbrauchsteuern (ohne Biersteuer)	"	6 352	6 972
34	Landessteuern	"	2 426	2 747
35	Zölle (100 %)	"	692	645
Preise ³⁾				
36	Preisindex der Erzeugnisse des Grundstoff- und Produktionsgütergewerbes	1985 = 100	93,6	92,4
37	Preisindex für Wohngebäude (Bauleistungen am Bauwerk)	1985 = 100	124,3	131,3
38	Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte	1985 = 100	103,4	104,8
39	Index der Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte	1985 = 100	94,1	91,9
Preisindex für die Lebenshaltung				
40	aller privaten Haushalte	1985 = 100	110,7	115,1
41	von 4-Personen-Arbeitnehmerhaushalten mit mittlerem Einkommen	"	110,5	114,9

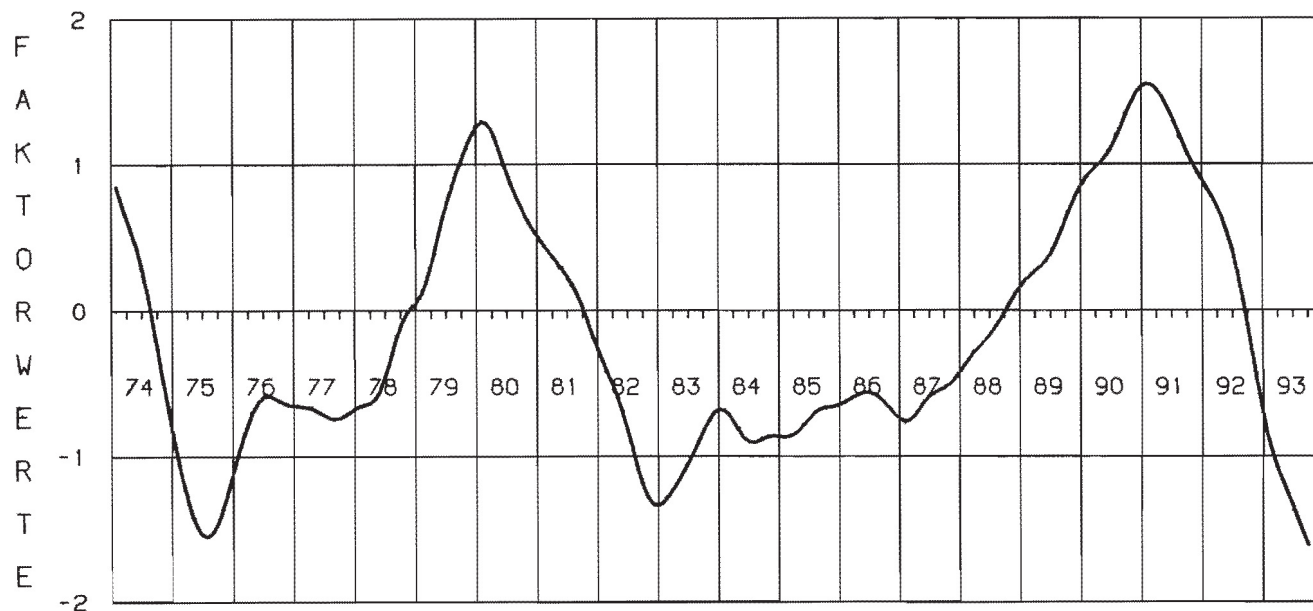
1) Jahres- bzw. Monatsende – 2) Bevölkerung geschätzt – 3) Die Angaben beziehen sich auf den Gebietsstand von vor dem 3. Oktober 1990. – – – Quelle: Statistisches

1992			1993				Lfd. Nr.
Juli	August	September	Juni	Juli	August	September	
...	1
7,5	7,5	7,2	7,3	7,2	7,3	...	2
10,7	10,4	10,6	10,5	10,3	10,5	...	3
10,5	10,4	10,1	10,7	9,9	10,0	...	4
29 057p	29 077	29 289	28 599p	28 442p	28 488p	...	5
1 828	1 822	1 784	2 166	2 326	2 315	2 288p	6
433	437	457	453	405	430	443	7
2 239	2 147	2 061	2 297	2 298	8
8 269	8 245	8 209	7 566	7 515	7 497	...	9
702	652	734	643	597	591	...	10
168 417	150 049	...	167 095	152 350	149 067	...	11
43 391	37 064	48 825	44 215	38 766	37 145	...	12
116,0	108,2	125,4	112,5	105,6	102,3	114,5	13
1 434	1 442	1 449	1 404	1 407	1 421	...	14
168	150	179	171	159	157	...	15
56	50	61	63	57	57	...	16
138,6	120,8	132,2	130,0	135,6	123,3	133,0p	17
734	798	1 179	667	786	18
5 199	5 036	5 834	4 939	5 523	19
58 560	43 020	50 080	44 050p	42 880p	20
59 841	48 734	55 634	50 350p	45 880p	21
177,5	177,4	179,3	195,1	199,2	197,6	199,4p	22
740,8	731,1	729,0	785,7	787,4	792,4	798,2p	23
2 653,7	2 671,1	2 689,3	2 824,8	2 839,0	2 846,8	2 882,3p	24
660,9	662,3	657,1	775,9	797,1	803,1	808,6p	25
48 436	48 455	60 054	64 463	47 518	49 763	63 019p	26
22 551	22 690	40 111	39 535	21 464	20 573	38 943	27
21 993	22 118	19 772	20 734	22 488	20 984	19 751	28
-1 233	-762	11 220	9 549	-1 710	-1 115	10 460	29
1 327	2 213	557	1 776	1 391	1 556	1 159	30
464	-878	8 562	7 476	-705	-852	7 574	31
8 816	8 118	7 633	7 580	7 247	8 350	7 613p	32
6 736	6 954	7 216	7 048	6 733	7 191	...	33
2 381	3 382	2 077	2 649	2 561	3 601	2 389p	34
657	619	622	566	602	635	651p	35
92,6	92,3	92,2	89,8	90,0	89,6	89,1	36
.	132,7	.	.	.	138,0	.	37
105,1	105,1	105,1	104,8	104,9	104,8	104,6	38
93,7	92,1	91,0	86,6	85,0p	82,9p	82,5p	39
115,2	115,4	115,7	120,0	120,2	120,2	120,3	40
115,1	115,2	115,4	119,4	119,6	119,6	119,7	41

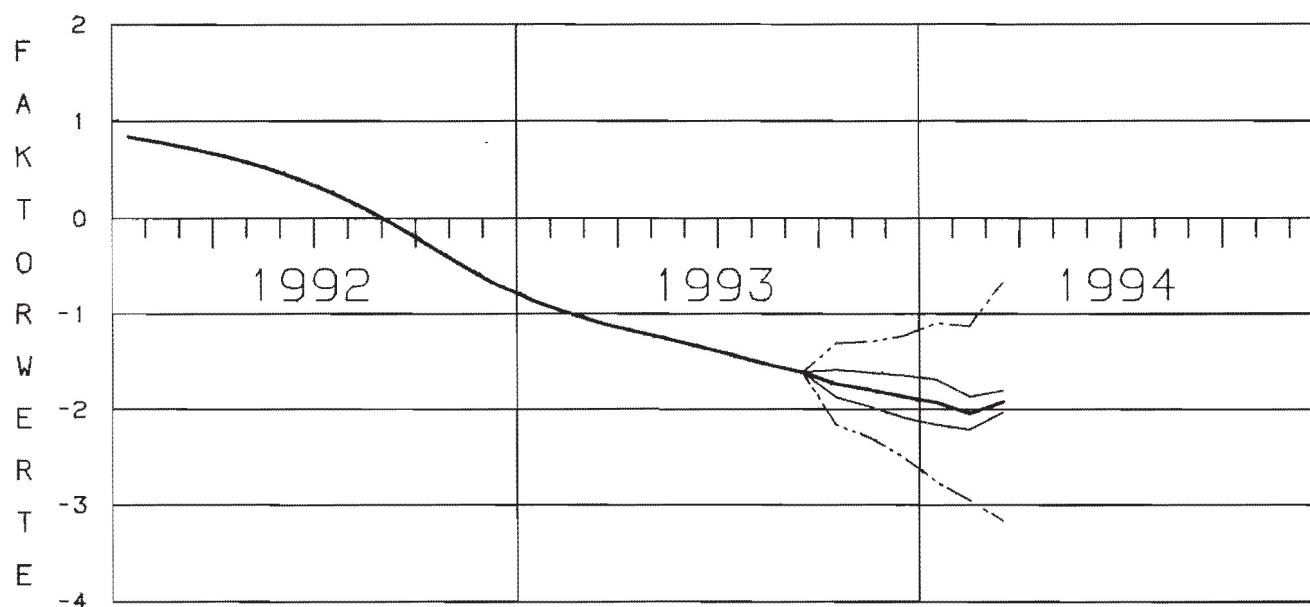
Bundesamt

MONATLICHER GESAMTINDIKATOR DER KONJUNKTURELLEN ENTWICKLUNG ¹⁾

BIS SEPTEMBER 1993 REALISIERTE WERTE ²⁾



AB OKTOBER 1993 BIS MÄRZ 1994 PROGNOTIZIERTE WERTE ³⁾



—— 95%-VERTRAUENSBEREICH DER REGRESSIONSSCHÄTZUNGEN

- - - - 95%-VERTRAUENSBEREICH DER EINZELNEN INDIKATORWERTE

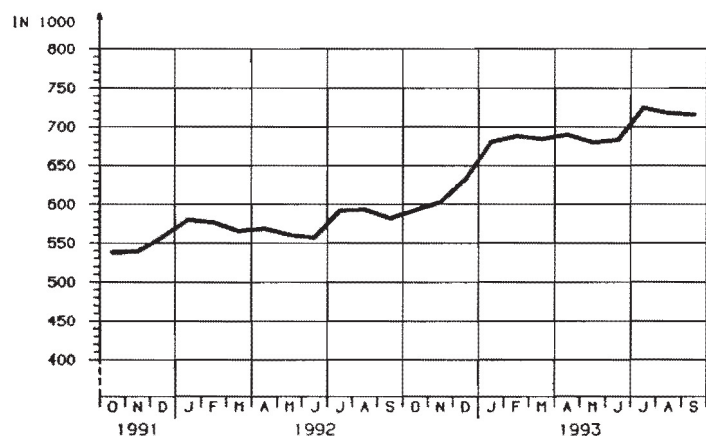
1) LETZTE UMSTELLUNG DES INDIKATORMODELLS AUF NEUE REIHEN IM HEFT 1/93.

2) ZUM ERMITTLUNGSVERFAHREN VGL. STAT. RUNDSCHAU NW, HEFT 11/83. -

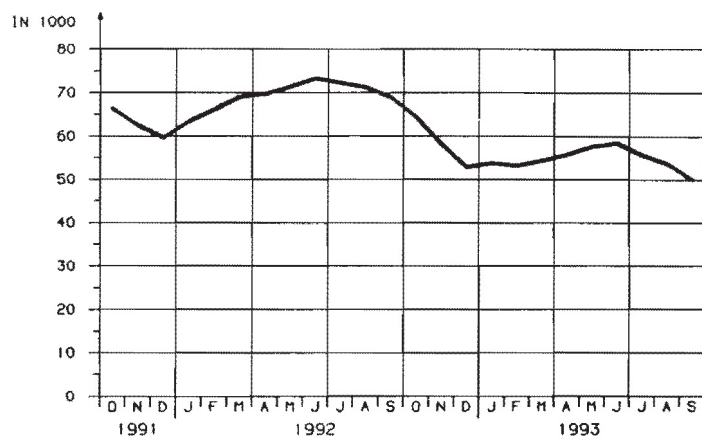
3) ZUM PROGNOSEMODELL VGL. STAT. RUNDSCHAU NW, HEFT 3/87.

ARBEITSMARKT, PREISE, LÖHNE, GEHÄLTER OKTOBER 1991 BIS SEPTEMBER 1993

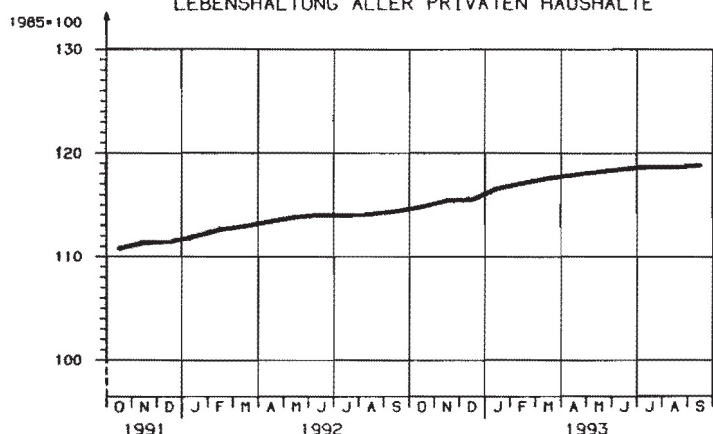
ARBEITSLOSE



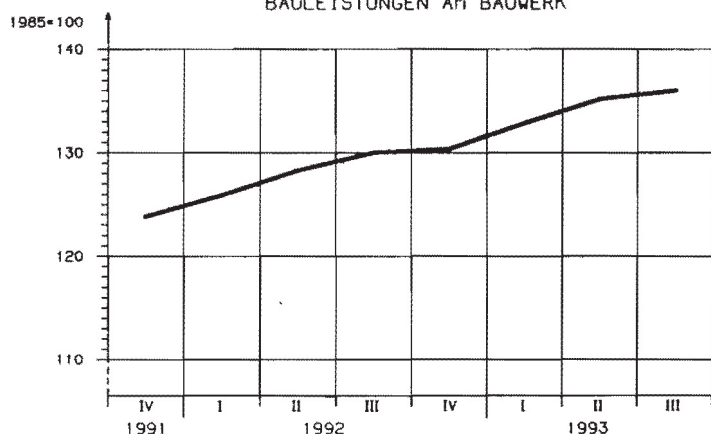
OFFENE STELLEN



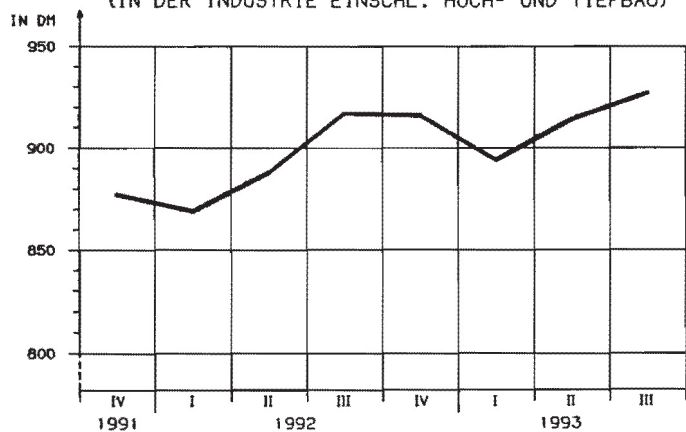
PREISINDEX FÜR DIE
LEBENSHALTUNG ALLER PRIVATEN HAUSHALTE



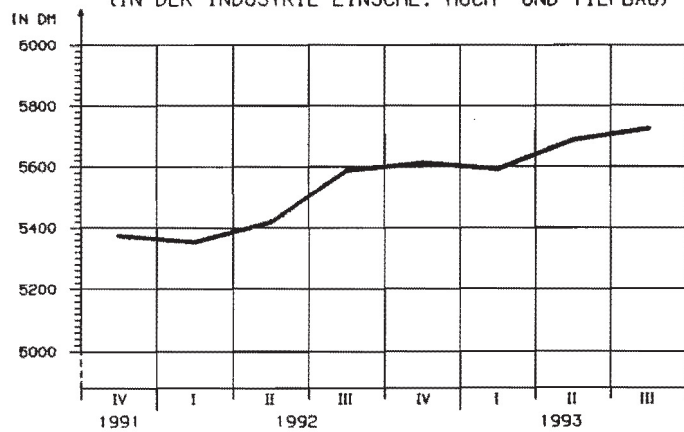
PREISINDEX FÜR WOHNGEBÄUDE,
BAULEISTUNGEN AM BAUWERK



BRUTTOWOCHENVERDIENST DER ARBEITER
(IN DER INDUSTRIE EINSCHL. HOCH- UND TIEFBAU)



BRUTTOMONATSVERDIENST DER ANGESTELLTEN
(IN DER INDUSTRIE EINSCHL. HOCH- UND TIEFBAU)



QUELLE: LANDESDATENBANK NRW

GRAFISCHE DATENVERARBEITUNG: LDS NRW

